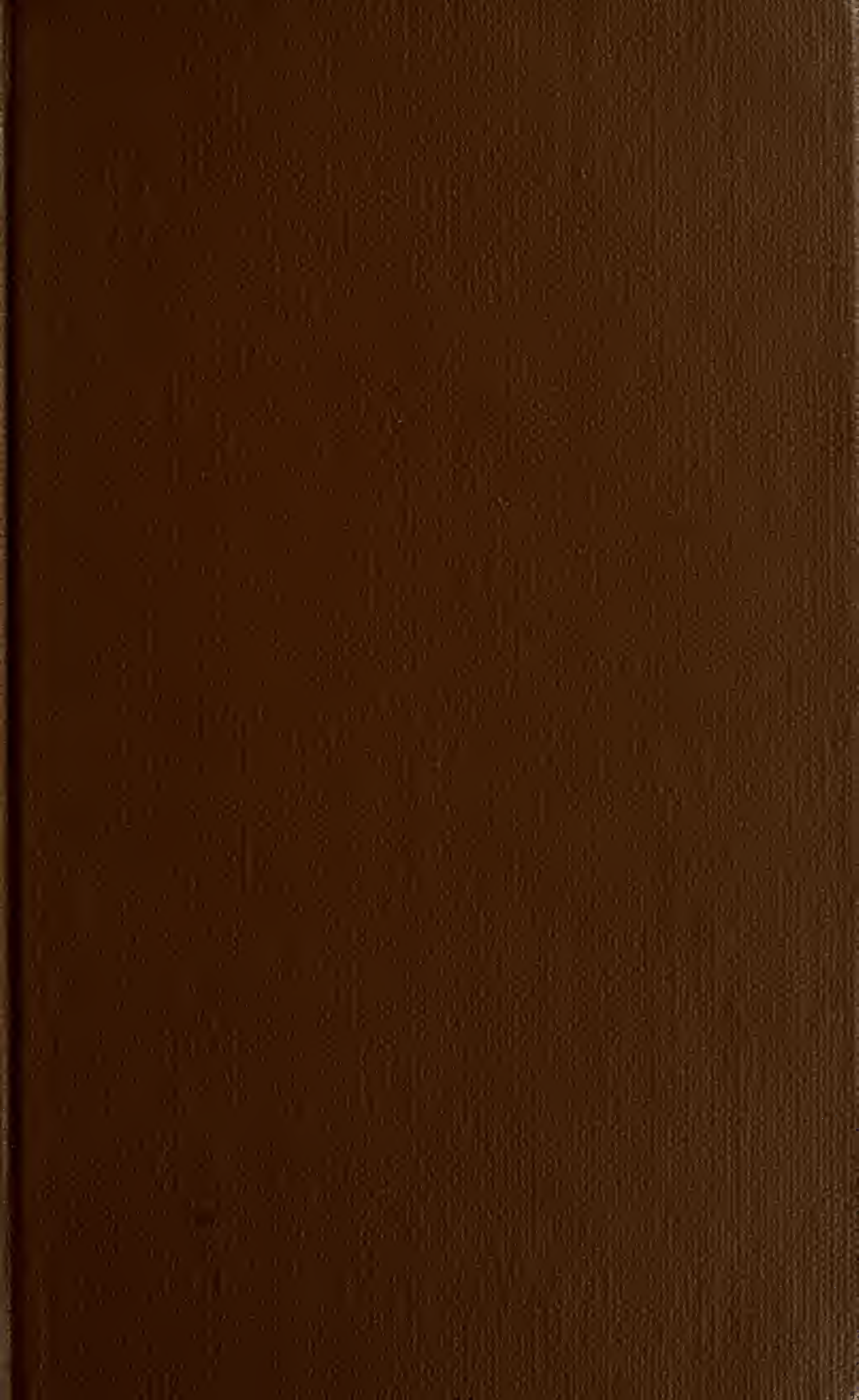
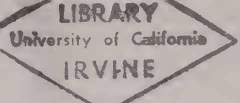
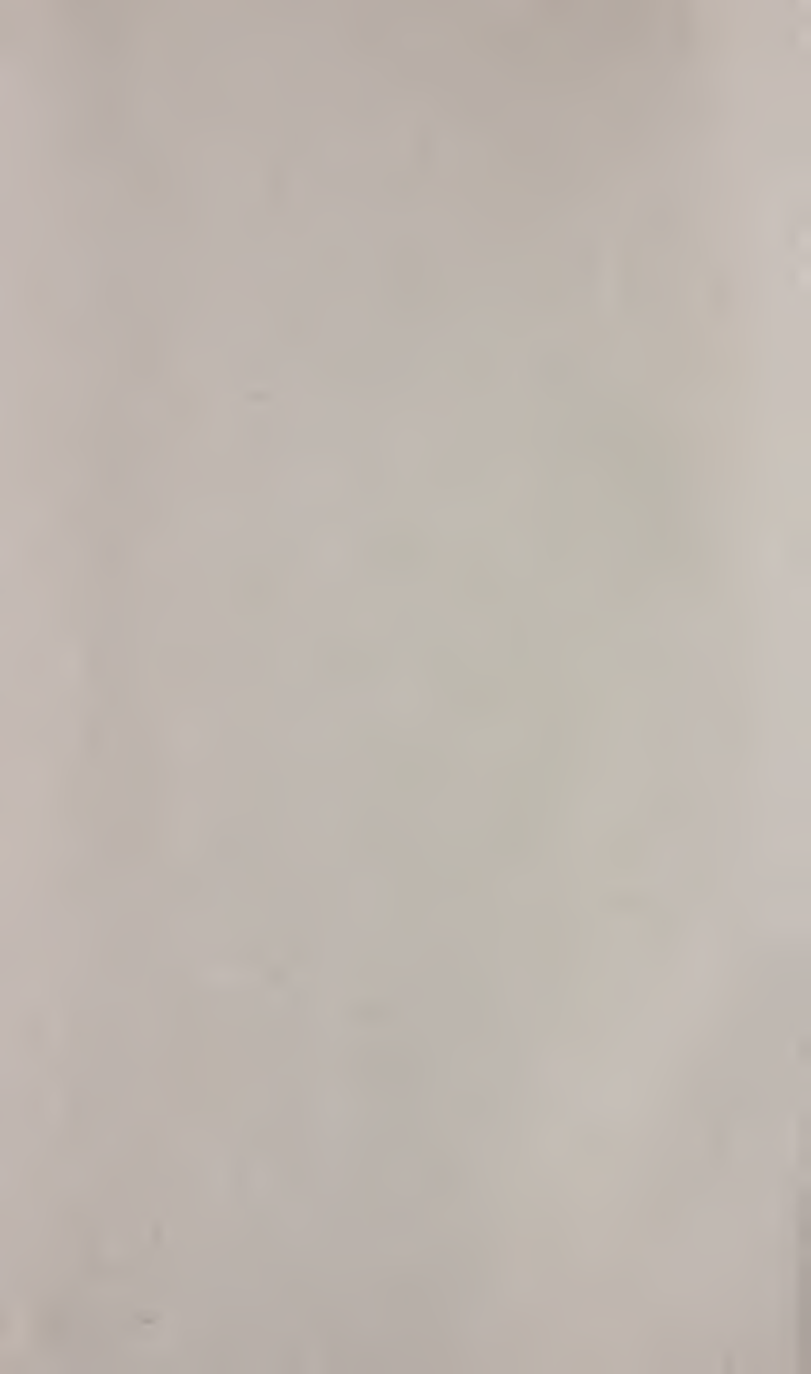
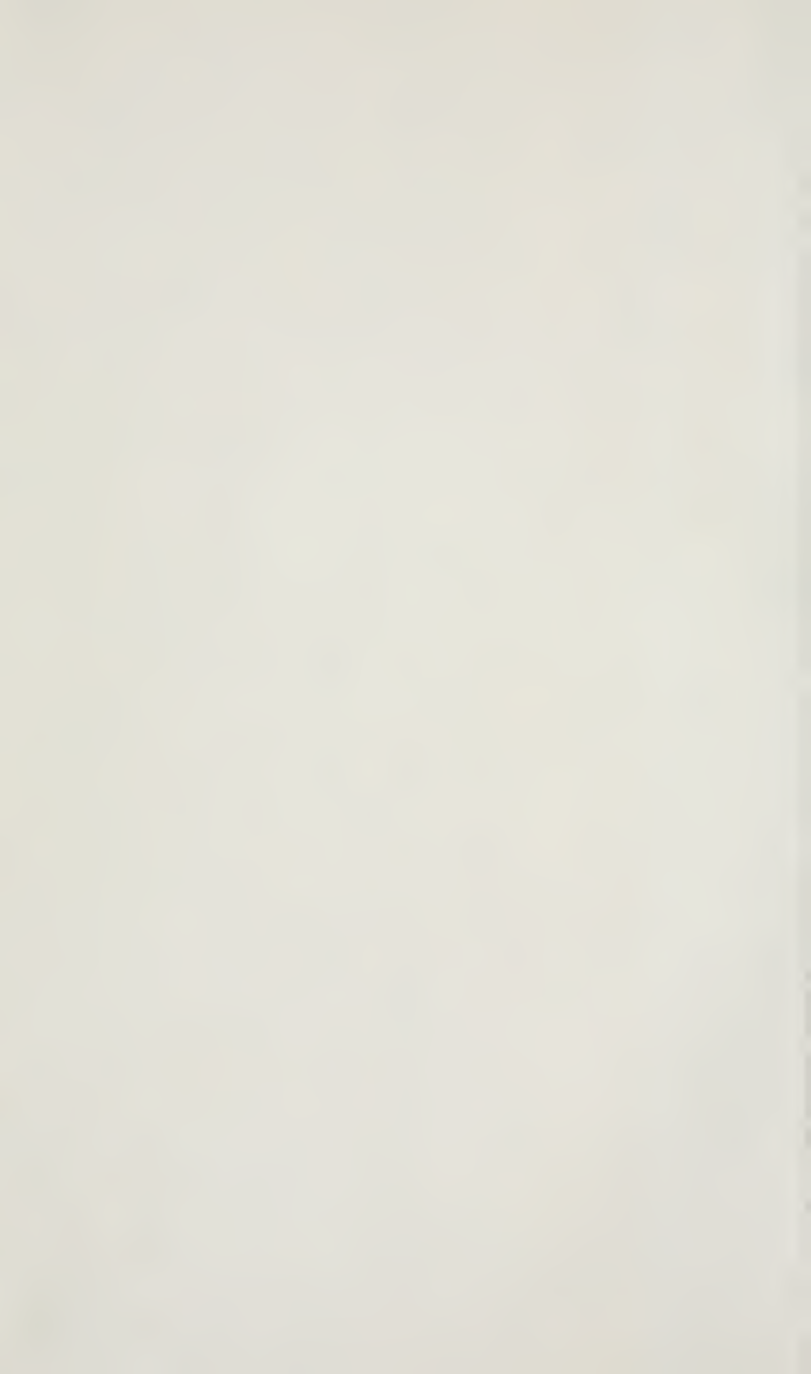












Deutschland

nach dem Kriege von 1866.

Von

Wilhelm Emmanuel,

Freiherrn von Ketteler,

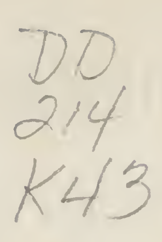
Bischof von Mainz.

Die Wahrheit wird euch frei machen.
Joh. VIII, 32.

Mainz,

Verlag von Franz Kirchheim.

1867.



Mainz,
Druck von Franz Sausen.

Vorwort.

Vergangenheit und Zukunft fordern uns auf, unsere Ansicht über die Ereignisse, die hinter uns liegen, festzustellen, unsere jetzige Lage, unsere Wünsche, Hoffnungen und Befürchtungen für die Zukunft auszusprechen.

Das ist eine Pflicht gegen uns selbst, gegen unsere deutschen Mitbrüder, die in ihren religiösen und politischen Ueberzeugungen von uns abweichen, gegen unser gemeinsames Vaterland. Eine Pflicht gegen uns selbst; denn es ist Pflicht eines Christen, über die jüngsten Zeitereignisse, welche auch für das ganze christliche Leben eine so große Bedeutung haben, ein Urtheil und so viel möglich ein richtiges Urtheil zu haben. Eine Pflicht gegen unsere in ihren religiösen und politischen Ueberzeugungen von uns abweichenden deutschen Mitbrüder, damit sie nicht falsch, nicht mit Vorurtheilen von uns denken. Eine Pflicht gegen unser gemein=

sames Vaterland, dessen Wohlfahrt davon abhängt, daß die rechten Wege bei der Neugestaltung so vieler Verhältnisse eingeschlagen werden. Wir sehen einen Weg voll innerer Kämpfe, voll der Schmach und des Verderbens für unser deutsches Vaterland vor uns; wir sehen aber auch noch Wege, die uns retten können. Wir müssen uns darüber klar werden.

Zu dieser Aufklärung und Verständigung und zur Warnung vor den Gefahren soll diese Schrift einen Beitrag liefern. Ich kann bei derselben nur für zwei Dinge einstehen; erstens, daß ich sie ohne jeden Rückhalt und Hintergedanken geschrieben und mich deßhalb mit der möglichsten Freimüthigkeit über Alles äußere, was ich berühre; zweitens, daß ich die feste Ueberzeugung habe, daß nur die Wahrheit, aber diese auch immer frei macht, d. h. uns und unserm Vaterlande allein helfen kann. Die Liebe zur Wahrheit und die Liebe zu Deutschland sind ohne Ausnahme die leitenden Gedanken meiner Schrift.

Ich habe in dieser Schrift die Ansicht ausgesprochen, daß, wenn kein neuer verderblicher Bruderkrieg über uns kommen soll, was ich unmöglich herbeiwünschen und deßhalb ebenso unmöglich als Mittel zur künftigen Gestaltung Deutschlands berücksichtigen kann, nur ein Anschluß der Südstaaten an den Nordbund unter gewissen Bedingungen fast als die einzig mögliche Lösung erscheint, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, bei der nächsten Kata-

strophe zu Grunde zu gehen oder, was für uns dasselbe ist, mit dem linken Rheinufer französisch zu werden, — ich bitte hierbei nicht zu übersehen, daß die erste dieser Bedingungen ist: Zustimmung Oesterreichs und ein friedlicher, Oesterreich befriedigender, Bruderbund zwischen den beiden dann entstehenden Theilen Deutschlands. Zu unserer überaus peinlichen Situation gehört vor Allem das Schweigen Oesterreichs über seine Auffassung, über seine Anforderungen bezüglich der allgemeinen deutschen Fragen. Wir gestehen Oesterreich vollkommen, trotz Nikolsburg und Prag, das Recht zu, mitzusprechen und seine Ansprüche über Alles zu erheben, was über die Maingrenze hinaus geschieht. Wir können aber nicht warten und vielleicht Deutschland dem Untergange preisgeben, bis Oesterreich gesprochen hat. Wenn Oesterreich seiner inneren, durch das Zusammenwirken der gesammten europäischen Revolution schlau bewirkter Verwickelungen wegen, sich vielleicht veranlaßt sieht, noch länger zu schweigen, so müssen wir in Gottes Namen, doch immer mit offenen Armen gegen Oesterreich, uns einrichten, so gut es geht. Wenn dann Oesterreich aus allen diesen inneren Kämpfen, wie wir zuversichtlich hoffen, wieder gestärkt hervorgeht, wenn ein starkes, gesundes Verfassungsleben hergestellt ist, so wird sicher der Tag kommen, wo das übrige Deutschland die Verbindung mit Oesterreich wieder fester knüpfen, vielleicht Oesterreich selbst um Hilfe und Schutz bitten wird. Wir dürfen bei Allem,

was wir erstreben, nur diese friedliche Entwickelungen im Auge haben; wir können nur wünschen, daß Deutschland durch Gerechtigkeit und Wahrheit wieder gewinne, was es verloren hat; wir können nur in diesem friedlichen Geiste die Zukunft besprechen; wir können nur mit gleichem Wohlwollen gegen alle deutschen Volksstämme zu einem Kampfe gegen die inneren Feinde auffordern, gegen jene Bestrebungen von oben und unten, die alle Fundamente staatlicher Ordnung erschüttern. Der Mensch denkt, Gott lenkt — das wissen wir dabei wohl.

Ich habe in dieser Schrift theils politische Ansichten, theils Grundsätze des Christenthums, welche die ewigen Grundlagen der Weltordnung sind, besprochen. Es versteht sich von selbst, daß ich für erstere keine höhere Geltung beanspruche, als die Gründe verdienen, die ich dafür angeführt habe.

Mainz im Januar 1867.

Inhalt.



I.

Idee und Form.

Zu einem richtigen Urtheil über alle Gebiete des menschlichen Wirkens und menschlicher Einrichtungen gehört vor Allem eine klare Einsicht in das Verhältniß zwischen den Ideen und den Formen ihrer Verwirklichung. Nur wo beide und zwar in der rechten Weise verbunden sind, entwickelt sich Alles nach seiner wahren Bestimmung.

Die Ideen sind das Höchste im Menschen. In ihrer Bildung und Erfassung offenbart sich jene höhere Seite der Seele, nach welcher sie Gott zugewendet ist und von ihm, der unerschaffenen Wahrheit, erleuchtet wird. Die Ideen sind die Kraft, die den Menschen emporheben und ihm das Streben nach einem Zustande hoher geistiger Vollkommenheit und Glückseligkeit einflößen. Alles Große und Erhabene geht im Menschen von seinen

Ideen aus. Und mag er auch noch so tief in's Irdische, Materielle versinken, die ideale Kraft seiner Seele läßt ihn nicht ruhen in dieser Erniedrigung; sie erfaßt ihn immer wieder und treibt ihn nach oben. Ausgehend von dem dunkeln und allgemeinen Triebe nach Wahrheit, Tugend, Schönheit, Glückseligkeit, welcher der menschlichen Natur angeboren ist, gelangt der Geist durch richtige Bethätigung seiner Erkenntniß= und Denkkraft zu immer klareren und höheren Ideen. Aber auch in seiner höchsten Entwickelung auf Erden, erlangt er seine volle Befriedigung nicht und strebt nach einer höheren Erkenntniß, einer höheren sittlichen Vollkommenheit, einer höheren Glückseligkeit, als sie ihm hier geboten wird. Und je höhere Weisheit und Tugend in einem Menschen lebt, desto sehnsüchtiger blickt er nach einem anderen Lande, wo die Ideale seiner Seele besser als hier verwirklicht werden. Daher sind auch die Ideen der Wahrheit, Güte, Gerechtigkeit, Schönheit, Seligkeit ein Unterpfand eines anderen ewigen Lebens, eines Lebens, wo die Seele jenes Maß der Wahrheit, Tugend und Glückseligkeit findet, nach dem sie hier sich sehnt. Hier ist es auch, wo unserer Seele die übernatürliche Ordnung, das Christenthum entgegenkömmt, welches in seinen Lehren, Gnaden und Verheißungen die Ideale unseres Geistes über all' sein Ahnen und Begreifen hinaus erfüllt. Das sagt jenes tiefe Wort des heiligen Augustinus, daß unsere Seele keine volle Ruhe findet, bis sie in Gott ruhet. Nur in

dem unerschaffenen Lichte des ewigen Geistes findet das erschaffene Licht unseres Geistes seinen Frieden.

Jedoch auch auf Erden schon sollen wir die hohen und ewigen Ideen unseres Geistes in dem irdischen Stoffe verwirklichen; hiebei sind wir aber gebunden an diesen Stoff und an die Gesetze, welche Gott in ihn gelegt hat. Daher fordert jede Idee eine äußere Form, so zu sagen einen Körper. Ohne diesen Körper, diese Form ist sie gleichsam bestimmungslos, chaotisch und für uns nicht vorhanden. Aber die Formen der Ideen sind nicht etwas willkürliches, sondern sie sind an gottgegebene Gesetze gebunden. Das gilt selbst für unsere Gedanken, welche nur dann wahr sind, wenn sie an die Gesetze der Logik sich binden, wie unser Wort, diese Verkörperung des Gedankens, nur richtig ist, wenn es dem Gesetze der Sprache sich unterwirft. Das gilt aber auch gerade so für alle jene praktischen Ideen, die im politischen und socialen Leben der Völker ihre Verwirklichung finden sollen. Ueberall muß beides vereint sein wie Leib und Seele: wahre Ideen in berechtigten und entsprechenden Formen.

Wo dieses Verhältniß nicht besteht, da ist Verderben. Ideen ohne die rechte Form und ohne sich an die gottgegebenen Gesetze zu binden, verwandeln sich in verderbliche Irrthümer; sie sind wie ein Strom ohne Bette, wie ein Feuer ohne Schranken. Anstatt aufzubauen, zerstören sie. Das

ist die eine Nachtseite der Weltgeschichte, welche sie bis auf die Tage der französischen Revolution, bis auf unsere Tage uns vor Augen stellt.

Nicht minder verderblich, wenn auch zunächst weniger zerstörend, sind die Formen ohne Ideen: bloße Formen, denen die Ideen, durch die sie geschaffen wurden, entwichen sind; der Ausdruck, in welchem der schöpferische Gedanke nicht mehr vorhanden ist; der Körper, nachdem der Geist sich von ihm getrennt hat. Da ist der Tod mit seiner natürlichen Folge, der Verwesung. Diese fortbestehenden Formen ohne Ideen sind zugleich Lüge und Heuchelei. So war es auch immer auf Erden. Es ist das eine andere dunkele Seite der Menschengeschichte.

Alles wahre Gedeihen hängt also davon ab, daß wahre Ideen die Formen erfüllen, in denen das menschliche Leben sich bewegt, und daß diese Formen sich gestalten nach den wahren Gesetzen, die Gott in die Natur der Dinge gelegt hat.

In dieser Betrachtung haben wir nun auch das Gesetz für alle politischen und Rechtsverhältnisse ausgesprochen. Auch da liegt alles wahre Gedeihen in dem rechten Verhältniß zwischen der Idee und der Form ihrer Verwirklichung. Auch allen bürgerlichen und staatlichen Verhältnissen liegen Ideen zu Grunde, die sich in ihnen 'verwirklichen sollen; Ideen, die von Gott stammen, Ideen, deren Bewußtsein wir in der höchsten Fähigkeit unserer Seele tragen. Wenn aber diese Ideen sich verwirklichen wollen ohne ihre

rechtmäßige Form, ohne Rücksicht auf die Geschichte, auf die Rechtsentwickelung, auf die Leitung und Lenkung der Vorsehung, auf den Willen und das Gebot Gottes, so werden sie zerstörende Ströme. Ebenso unheilvoll ist es aber auch, wenn die Rechtsformen, wenn die bürgerlichen und staatlichen Institutionen ihren wahren idealen Inhalt verloren haben und nun mit dem Anspruche fortbestehen, den sie nur so lange mit vollem Rechte erheben konnten, als sie die Verwirklichung einer von Gott stammenden Idee waren. Dann fängt das ganze Staatswesen an abzusterben, in Verwesung überzugehen; dann wird es falsch, lügenhaft, unwahr. Solche Formen ohne die schöpferischen Ideen, die sie ins Leben gerufen, waren vielfach die Staaten am Ende des vorigen Jahrhunderts geworden. Eine Form ohne Inhalt waren jene Monarchien, die von den erhabenen Ideen des Christenthums auferbaut waren, dann aber den Geist des Christenthums verlassen hatten, und das, was zur Ehre Gottes und zum Heile der Menschen geschaffen war, lediglich ihrem Interesse dienstbar machen wollten. Sie glichen einem großen Gottestempel, wo früher Altäre standen und der Gottesdienst geübt wurde. wo jetzt aber ein Fabrikherr sich niedergelassen hat und für sich und seine Webstühle die Verehrung in Anspruch nimmt, die man früher hier dem lebendigen Gott erwiesen hatte. Eine Form ohne Idee war auch vielfach unser altes heiliges römisches Reich geworden. Die Idee, die es ins Leben gerufen, war noch

da; aber viele Fürsten des Reichs hatten nicht minder als ihre Unterthanen diese Idee lange verloren. Was den höchsten Interessen der Menschheit gedient hatte, sollte vielfach nur dem Privatnutzen dienen. Eine Form ohne berechtigte Idee war mehr und weniger auch die Verfassung Deutschlands, wie man sie im Bundestage dem deutschen Volke gegeben hatte. Männer der bloßen Form sind jene sogenannten Conservativen, die lediglich bei der Form des Gesetzes stehen bleiben, ohne den Geist zu berücksichtigen, der sie ins Leben gerufen hat, und welche deßhalb für diese Rechtsformen selbst dann, wenn der Geist aus ihnen lange entwichen ist, ja wenn sie dem geraden Gegentheile dienen, noch alle jene Ansprüche der Heiligkeit, der göttlichen Sanktion des Rechtes erheben, welche dem wahren Rechte in vollem Maße gebührt. Diese Anschauung führt zu jenem hohlen, lügenhaften Legitimismus, der so unendlich viel Verderben über uns gebracht und der dem wahren Legitimismus und der wahren Achtung vor dem Rechte vielleicht mehr geschadet hat, als selbst der Geist der Revolution.

Es genügt also nicht, weder einseitige erhabene Ideen auszusprechen, noch ebenso einseitig mit irgend einer vorhandenen Rechtsform einen Cultus zu treiben unter dem Scheine, als ob vom Bestande dieser Rechtsform das ganze Heil abhängig wäre; es kömmt vielmehr darauf an, die Ideen mit den Formen in ihrer rechten Verbindung zu erfassen, um so den rechten Standpunkt für die Beurtheilung

auch der bürgerlichen und staatlichen Institutionen zu gewinnen. Es erhellt aber aus dem Gesagten zugleich, wie gefährlich die Lage aller alten Staaten mit langer Geschichte werden muß, wenn die großen Principien der Gerechtigkeit, welche ihr öffentliches und Privatrecht geschaffen, ihre Rechtsformen nicht mehr beleben, wenn ihr Recht vielfach ein bloß formelles, ja wenn das formelle Recht selbst ein Deckmantel materieller Ungerechtigkeit geworden ist. Wie oft ist dies im Laufe der Weltgeschichte geschehen; wie oft sind die Formen ein Mittel geworden, die Ideen, die ihnen ursprünglich zu Grunde lagen, sogar zu bekämpfen! Wir wissen zwar wohl, daß auch das bloß formelle Recht für den Einzelnen verpflichtend bleibt, wir wissen aber nicht minder, daß nichts die Staaten tiefer erschüttert, als wenn die ewigen Ideen der Gerechtigkeit mit den bestehenden Formen der Gerechtigkeit in Kampf gerathen.

II.

Die Thaten der Menschen und die Vorsehung.

Bei allen menschlichen Handlungen wirken immer zwei Kräfte bewegend oder hemmend zusammen: der freie Wille des Menschen und die göttliche Vorsehung, welche die menschlichen Handlungen theils anregt und leitet, theils nur zuläßt, theils aufhält und hindert. Die menschlichen Handlungen, die mit dem göttlichen Willen übereinstimmen, regt Gott an und leitet sie; jene aber, die seinem göttlichen Willen widersprechen, läßt er entweder zu oder er verhindert sie. Er läßt sie zu, insoweit es nöthig ist, damit die Freiheit des Menschen eine Wahrheit sei, oder insoweit das Böse zur Vollstreckung seiner Gerichte und zur Förderung seiner Menschen- und Weltleitung dienen kann; er verhindert sie, wenn sie seiner letzten und höchsten Absicht in der göttlichen Weltleitung im Wege stehen würden. So

straft Gott oft das Böse durch das Böse, oder er läßt durch dasselbe Hindernisse entfernen, welche sich dem Guten entgegenstellen.

Daraus ergeben sich zwei überaus wichtige Grundsätze, die wir ohne Unterlaß vor Augen haben müssen, um sowohl unser eigenes Leben mit den täglichen Vorkommnissen desselben, als auch die großen Weltereignisse richtig zu beurtheilen.

Erstens: Es gibt auf Erden keine menschliche That, die absolut und in jeder Beziehung verderblich wäre; denn mag sie auch an sich für den Menschen, der sie vollbringt, durchaus böse sein, sowohl ihrem Beweggrunde, als dem Ziele und den Mitteln nach, durch welche sie vollbracht wird, so hat sie doch ihrer göttlichen Zulassung nach und unter der Leitung der Vorsehung irgend etwas Gutes zur Folge. Im Privatleben wird so oft der Fehler des Einen für den Andern eine Uebung der höchsten christlichen Tugenden, die in der Prüfung ihre Vollendung finden; im öffentlichen Leben wird ein großes Unglück oft die Quelle der größten Segnungen. Ein Nabuchodonosor wird in der Hand Gottes ein Werkzeug, um das Volk Israel vom Götzendienste zu befreien; und die wilden Häuptlinge der germanischen Völker werden wunderbare Werkzeuge der göttlichen Vorsehung. Auf dem Boden, den sie zertreten, säet Gott den Samen, aus dem die Völker hervorsprossen, die später die Träger des Christenthums werden. Hat ja doch Gott

selbst das Verbrechen der Juden am Sohne Gottes der ganzen Welt zur Erlösung werden lassen. Das ist so die Weise der ewigen Liebe, die das, was sie nicht hindern kann, ohne im Menschen sein höchstes Gut, seine Gottebenbildlichkeit, seine Freiheit zu vernichten, zu Werkzeugen ihrer Erbarmung umgestaltet.

Zweitens: So wahr aber dieses ist, so berechtigt uns dennoch diese Wahrheit nicht, das Gute bös, das Böse gut zu nennen; die ungerechten Thaten der Menschen deßhalb für gerecht zu erklären, weil die göttliche Vorsehung sie zum Guten wendet. Das Böse nicht mehr bös nennen, weil es auch gute Folgen hat, ist eine Fälschung der Wahrheit, eine Beeinträchtigung der Sittlichkeit, ein Untergraben wahrer Grundsätze. Wer so urtheilt, verfällt unaufhaltsam dem Nützlichkeitsprincip, jener Maxime der Lüge, die zu den größten Selbsttäuschungen führt, dem Menschen jenes einfache Auge für die Wahrheit raubt und ihn zuletzt dahin bringt, auch das Allerschlechteste noch zu rechtfertigen. Es zerstört die persönliche Verantwortlichkeit, die Ehrlichkeit und Gerechtigkeit; es untergräbt das Gewissen des Menschen und macht ihn endlich vollkommen gewissenlos, da er sich immer mehr daran gewöhnt, Alles nach jenem vermeintlichen Nutzen und nicht nach Wahrheit und Gerechtigkeit zu beurtheilen.

Wir werden in den folgenden Erörterungen vielfach Gelegenheit haben, diese leitenden Grundsätze praktisch an-

zuwenden; sie werden uns vor den beiden Klippen bewahren, daß wir einestheils die ewig wahren Grundsätze nicht dem momentanen Erfolge, nicht dem Glanze vollbrachter Thatsachen, nicht schönen Redensarten opfern, und daß wir anderntheils die Keime des Guten, einer wohlthätigen Gestaltung, den Finger Gottes auch in solchen Ereignissen nicht verkennen, die wir an sich tadeln müssen; daß wir nicht mürrisch, wehklagend und träge den Zeitereignissen gegenüberstehen. Mag eine Zulassung Gottes noch so schmerzlich sein; sie ist in seiner Absicht heilsam und sie wird für uns um so heilsamer werden, je mehr wir die Absicht Gottes in dieser Zulassung erkennen und benützen. Das gilt auch von den letzten Zeitereignissen, das wird gelten von den kommenden; sie werden uns vielleicht noch größere Schmerzen bringen, aber diese Schmerzen sollen zum Heile werden. Mit dieser freudigen Zuversicht sollen wir Christen allen Neugestaltungen in der Welt muthig entgegengehen; dadurch werden wir vor jenem Pessimismus bewahrt, vor jener traurigen und jede gute Thatkraft lähmenden Weltanschauung, die immer glaubt, es sei mit der Welt zu Ende, wenn Gott sie nicht nach unsern kurzsichtigen, menschlichen Ansichten leitet. Die größten Weltereignisse, welche für die Entwicklung des ganzen Menschengeschlechts die segensreichsten Folgen hatten, erschienen oft den Zeitgenossen, selbst den besten unter ihnen, als trostlos und verderbenbringend. Das müssen wir stets vor Augen haben, daß Gottes Vor-

sehung die Welt leitet, und daß seine Gedanken hoch über unseren Gedanken liegen. Wir wollen daher unser christliches Urtheil nicht verfälschen lassen; wir wollen an jede Handlung, des Fürsten wie des Bettlers, als Maßstab das Gesetz Gottes anlegen; wir wollen das Böse bös nennen, wenn es auch die besten Erfolge hat; wir wollen aber mit grenzenloser Zuversicht auf die Vorsehung, auf die unendlich barmherzige Weltleitung Gottes hinblicken und, wenn vieles geschieht, was wir beklagen müssen, mit allem Vertrauen denken, daß es Gott zum Besten und zum Heile der Menschen gestalten kann, und daß es unsere Pflicht ist, dazu mitzuwirken, soviel wir vermögen.

Nachdem wir diese allgemeinen Grundsätze ausgesprochen haben, gehen wir nun dazu über, die letzten Ereignisse und die Lage zu betrachten, in die wir durch dieselben versetzt sind. Fassen wir zuerst den unseligen Bruderkrieg selbst und seine Ursachen ins Auge.

III.

Die Elbeherzogthümer.

Der erste Grund oder richtiger die nächste Veranlassung des jüngsten Krieges war der Streit über die Elbeherzogthümer. Welche tiefere Gründe eigentlich eine Verständigung Oesterreichs und Preußens über diese Frage verhindert haben, ist der Oeffentlichkeit verborgen geblieben; das ist nur Jenen bekannt, die in den geheimen Kampf der Diplomatie eingeweiht sind, wo so viele Gründe maßgebend einwirken, die wir nicht erfahren. Jedenfalls hat Oesterreich nicht im ganzen Verlaufe der Verhandlung die Austragung dieser Angelegenheit vor dem Bunde und die Anerkennung der Rechte des Herzogs von Augustenburg als unerläßliche Bedingung einer Verständigung geltend gemacht. Es scheint vielmehr, daß Oesterreich für die Verstärkung Preußens durch Ueberlassung der Herzogthümer

an dasselbe eine Compensation irgend welcher Art im Auge hatte und daß es erst dann darauf verzichtete, auf diesem Wege diese Streitfrage zu erledigen, als es die Erlangung derselben für unmöglich hielt. In diesem Falle hat Oesterreich nicht eigentlich zur Vertheidigung eines begründeten Rechtsanspruches in der Person des Herzogs von Augustenburg, auch nicht zunächst in Anerkennung des Bundesrechtes, sondern hauptsächlich seiner eigenen Machtstellung wegen den letzten Weg, der zum Bruche führte, eingeschlagen. Wir bemerken dieses nicht als Tadel, sondern um den Sachverhalt richtig hinzustellen; inwieweit hierbei Preußen, das sich selbst im Norden verstärken wollte, billigen Ansprüchen Oesterreichs entgegen war, können wir nicht beurtheilen.

Selbst wenn aber eine solche Unbilligkeit auf Seiten Preußens vorlag, können wir doch auch das Verhalten Oesterreichs in dieser Frage nicht durchaus billigen und müssen es vielmehr beklagen, daß eine solche Sache der ostensible Vorwand eines solchen beklagenswerthen Krieges zwischen Oesterreich und Preußen geworden ist.

Wir verkennen nicht, daß das formelle Recht in der Angelegenheit der Elbeherzogthümer auf Seite Oesterreichs lag. Noch vor zwei Jahren hatte Preußen selbst erklärt, „der Erbprinz von Augustenburg habe in den Augen Deutschlands die besten Erbfolgerechte, seine Anerkennung durch den Bund sei gewiß.“ Kurz vorher hatte der König von Preußen dem

Abgeordnetenhause in feierlicher Weise die Verheißung gegeben, die Successionsfrage werde durch den deutschen Bund geprüft werden unter seiner Mitwirkung. Klarer und deutlicher kann eine Sachlage nicht gedacht werden. Der König selbst verspricht den Ständen seines Landes, daß die Successionsfrage von dem deutschen Bunde geprüft werden solle; er läßt in London durch seinen Gesandten erklären, daß der Erbprinz von Augustenburg die besten Erbfolgerechte habe und seine Anerkennung durch den Bund gewiß sei. So klar beide Verheißungen sind, ebenso unbestreitbar ist es, daß das Versprechen, die Angelegenheit durch den deutschen Bund zur Entscheidung zu bringen, mit dem Bundesrechte durchaus übereinstimmte. Und dennoch ist zwei Jahre später lediglich und allein die Forderung Oesterreichs, den einen Theil dieser Verheißung zu erfüllen, nämlich den streitigen Gegenstand vor dem Bunde zu verhandeln, für Preußen zu einem casus belli geworden. Was der König von Preußen im Dezember 1863 seinen Ständen verheißen hat, das hat Oesterreich am 1. Juni 1866 gefordert und lediglich die Forderung dessen, was der König versprochen hatte, wird jetzt Veranlassung eines blutigen Bruderkrieges. Das ist die überaus merkwürdige Sachlage, wie sie in dieser Art gewiß in der Weltgeschichte ihres Gleichen nicht hat. Das formelle Recht war dabei evident auf Seite Oesterreichs.

Auf der anderen Seite war dieser Weg dennoch für Preußen inzwischen fast zur Unmöglichkeit geworden. Nach

der Art, wie es die Elbeherzogthümer=Frage in den zwei letz=ten Jahren behandelt hatte, konnte Preußen wegen seiner inneren Lage kaum mehr auf diesen Weg eingehen, so sehr es dadurch auch mit seinen eigenen Worten und mit dem Bundesrechte in Widerspruch kam, ohne die Regierung den größten inneren Erschütterungen auszusetzen. Die Ent=scheidung am Bunde stand fest; sie würde fast einstimmig für den Herzog von Augustenburg ausgefallen sein. Die=selbe Partei, welche in der Majorität der preußischen Kam=mer mit der Regierung des Königs seit Jahren im erbit=tertsten Conflicte sich befand, hatte zur selben Zeit als deutsche Fortschrittspartei in ganz Deutschland mit dem Rechte des Herzogs von Augustenburg die colossalste Agi=tation betrieben. Es lag ihr dabei so wenig am Erbrechte des Herzogs von Augustenburg, wie an der Person des=selben, da diese Partei an nichts weniger denkt, als an Anerkennung fürstlicher Erbrechte. Der Herzog von Augusten=burg war vielmehr lediglich ein Vorwand. Es war aber dieser Partei allerdings gelungen, in einem großen Theile Deutschlands jene Stimmung eines verfälschten Enthusias=mus hervorzurufen, die selbst ein gutes Volk verblenden und zu blinden Werkzeugen von Parteiführern machen kann. Wer dieses Treiben der Fortschrittspartei mehrere Jahre hindurch erlebt hat und dagegen das Verhalten der=selben Partei in diesem Augenblicke betrachtet, wo diese Frage in der gerade entgegengesetzten Richtung gelöst ist,

muß über die Charakterlosigkeit solcher Menschen, die sich zu Volksführern aufwerfen, wahrhaft erstaunen. Jetzt liegt diese Partei vorläufig der siegreichen Macht zu Füßen, worüber wir uns auch nicht im Mindesten wundern. Wenn aber vor Ausbruch des Krieges die Schleswig-Holsteinische Frage an den Bund gebracht worden wäre, wenn dann der Bund sich für das Erbrecht des Augustenburgers ausgesprochen, wenn unter dem Jubel der Fortschrittspartei in ganz Deutschland der Augustenburger die Huldigung des Landes empfangen hätte: dann wäre die ganze Sachlage zermalmend auf das königliche Regiment in Preußen zurückgefallen. Nicht der Herzog von Augustenburg hätte dann gesiegt, sondern die Fortschrittspartei in und außer Preußen hätte mit ihren Plänen, am Schleppthau führend die vielen schwachen Regierungen, die wir in Deutschland haben, einen Triumphzug durch Deutschland gehalten. Es ist kaum zu denken, wie in diesem Falle die preußischen Minister als Diener ihres Königs vor einer solchen Majorität der preußischen Kammer hätten bestehen können. Ueber den inneren Conflict in Preußen selbst sprechen wir uns hier noch nicht aus; wir constatiren nur die Thatsache, daß, wie die Sachen sich gestaltet hatten, die Regierung sich einem Bundesurtheil nicht mehr unterwerfen konnte, dessen Resultat sie vorhersah, ohne sich selbst aufzugeben, obgleich sie dadurch mit ihren eigenen Worten in den unerhörtesten Conflict kam.

Diese Lage Preußens konnte Oesterreich aber berücksichtigen, da es nicht durch offenbare Rechte Anderer gebunden war. Wenn der Herzog von Augustenburg ein unbestreitbares Erbrecht gehabt hätte, so wäre es um so mehr Pflicht Oesterreichs gewesen, ohne Rücksicht auf die inneren Verhältnisse Preußens für dasselbe einzutreten und es nicht einer Nützlichkeitsdiplomatie unterzuordnen, als Oesterreich die besondere Aufgabe und das Bestreben hat, überall das Recht zu vertreten. Es hätte dann nur dadurch gefehlt, den Antrag an den Bund nicht früher gestellt zu haben. Ein solches offenbares Recht des Herzogs von Augustenburg lag aber nicht vor, und durch den Verkauf der Erbrechte seines Hauses, dem er wenigstens stillschweigend zugestimmt hatte, war er selbst, wenn auch ein Schein eines formellen Rechtes übrig blieb, desselben unwürdig geworden. Oesterreich konnte deßhalb ohne Rechtsverletzung Preußen eine Concession machen, wodurch die nächste Ursache dieses unseligen Bruderkrieges abgewendet und zugleich die Elbeherzogthümerfrage in einer dem allgemeinen deutschen Interesse entsprechenden Weise geregelt wurde.

Wir bedauern, daß dies nicht geschehen ist und daß dadurch Oesterreich einigermaßen Mitschuld am Ausbruch des Krieges trägt. Oesterreich war ohne Zweifel nicht nur berechtigt, sondern sich selbst und ganz Deutschland verpflichtet, dem Streben Preußens, es aus Deutschland zu verdrängen, mit Waffengewalt, ja mit seiner ganzen Macht

entgegen zu treten. Wenn aber dies der eigentliche Grund des Krieges für Oesterreich gewesen ist, so hatte es um so viel mehr Ursache, den Schein zu vermeiden, daß die Schleswig-Holsteinische Angelegenheit die Veranlassung desselben sei, und lag es um so vielmehr in seinem Interesse, die eigentliche wahre Ursache des fürchterlichen Bruderkrieges offen und klar der Welt und namentlich Deutschland gegenüber zu verkünden und dadurch jede Schuld an diesem Blutvergießen von sich abzuwenden. Dadurch, daß dies nicht geschehen, bleibt wenigstens ein Schein einer Mitschuld auch auf Seite Oesterreichs [1]).

---

1) Durch die inzwischen erfolgte Veröffentlichung des italienischen Grünbuches ist der entscheidende Grund des Krieges für Oesterreich nicht mehr zweifelhaft. In dem Schreiben des Generals La Marmora an den Gesandten in Berlin vom 3. April sind mit Bezug auf die Sendung des Generals Govone die Grundzüge des Bündnisses zwischen Italien und Preußen: für Preußen Durchführung der deutschen Bundesverfassung nach dessen Vorschlägen, also mit Ausschluß Oesterreichs, für Italien Eroberung aller österreichisch-italienischen Gebiete. Beides soll durch Waffengewalt erzwungen werden. Wir sehen jetzt, welchen Werth alle diese Klagen in jenen Monaten über die Rüstungen Oesterreichs hatten; wir sehen, was es bedeutete, wenn man zur selben Zeit Oesterreich zumuthete zu entwaffnen, wo man dieses Bündniß gegen Oesterreich schloß. Unter diesen Verhältnissen war Oesterreich zum Kriege gezwungen; um so mehr bedauern wir aber, daß Oesterreich nicht den wahren Grund des Krieges offen ausgesprochen hat.

IV.

Der innere Verfassungsconflict in Preußen.

Der zweite Grund des Krieges, wohl der Hauptgrund desselben, war der innere Verfassungsconflict. Der Besitz der Herzogthümer und der Sieg bei Königgrätz waren vielleicht die einzigen Mittel, um den Indemnitätsbeschluß der letzten Tage zu erwirken. Der innere Conflict allein erklärt uns die sonst ganz unbegreifliche Thatsache, daß wir einen König, der seiner ganzen Lebensrichtung nach sich im tiefsten innern Gegensatz zur Revolution befindet, der in seiner Jugend ein inniger Freund des Kaisers Nicolaus gewesen ist, daß wir eine große, intelligente und wahrlich nicht gesinnungslose conservative Partei in Preußen in diesen Tagen in Alliance mit der Revolution auf den Schlachtfeldern und getragen von den Principien der Revolution in den diplomatischen Verhandlungen gesehen haben.

Vor einigen Wochen berichteten uns die öffentlichen Blätter ein merkwürdiges Gespräch zwischen dem Grafen Bismarck und einem früheren hannöverschen Minister. Als dieser dem Grafen Bismark jene Alliance vorwarf und ihn zugleich daran erinnerte, daß Preußen durch dieselbe alle rechtmäßigen Gewalten untergraben habe, suchte Letzterer die preußische Regierung dadurch zu rechtfertigen, daß sie sich ihren Gegnern gegenüber in einer Nothwehr befunden habe und daß deßhalb Preußen in der Lage gewesen wäre, im Kampfe um seine Existenz überall dort Hilfe zu nehmen, wo sie gefunden werden konnte. In der nächsten Beziehung sind diese Worte unrichtig. Kein deutscher oder außerdeutscher Staat, am wenigsten alle jene Staaten, die von den Kriegsereignissen betroffen wurden, dachten daran, Preußen in der Stellung zu beeinträchtigen, die es sowohl im deutschen Bunde, als auch nach Außen hin als selbstständige Macht eingenommen hatte. Keine Thatsache ist evidenter als diese. Preußens Machtstellung in Deutschland und nach Außen hatte sich vielmehr in den letzten dreißig Jahren wesentlich vergrößert. Wohl konnten die andern Staaten an eine Bedrohung ihrer Existenz durch Preußen denken, aber umgekehrt von einer Bedrohung Preußens zu reden, war in dieser Hinsicht ein offenbarer Widerspruch gegen alle vorliegenden Thatsachen. Nur in einem, aber freilich sehr unberechtigten Sinne hat man diese Behauptung öfter geltend gemacht, indem man nämlich bei

derselben nicht an die wirkliche Machtstellung Preußens dachte, sondern an irgend eine erträumte Weltstellung Preußens für die Zukunft und Alles, was sich dieser Zukunftsstellung Preußens nicht fügen wollte, dann eine Bedrohung der Existenz Preußens nannte. Abgesehen aber von dieser Illusion hatte Preußen in Deutschland, vielleicht in der ganzen Welt keinen Gegner, der seine wirkliche Machtstellung bedrohte. Dagegen haben die Worte Bismarck's einen vollkommen wahren Sinn in Bezug auf die inneren Conflicte Preußens. Preußen befand sich vor dem Kriege in einer innern Lage, die auf die Dauer gar nicht fortbestehen konnte, und bei welcher das preußische Königthum in Gefahr war. Hätte der Verfassungsstreit lediglich durch eine innere Entwickelung ausgetragen werden sollen, so mußte entweder der König zu der gefährlichen Operation übergehen, die Verfassung aufzuheben und auf ein rein monarchisches Regiment zurückzugreifen, oder er mußte sich der Kammermajorität unterwerfen, was einem Terrorismus der Kammermajorität und einem Untergang des monarchischen Principes gleich geachtet wurde. In dieser Hinsicht konnte also Bismarck allerdings an einen Kampf um die Existenz denken, und vielleicht lag seiner Aeußerung gegen den hannöverschen Minister auch dieser Sinn tief in seinem Herzen verborgen zu Grunde. Nur eine glänzende äußere Politik konnte Preußen über seine innern Schwierigkeiten hinweghelfen und der Versuch zu

dieser glänzenden äußern Politik mußte also gewagt werden. Nicht Oesterreich, das schon an sich, seiner Natur nach weit von aller Aggressiv-Politik entfernt ist und überdies seiner ganzen inneren und äußeren Lage wegen über Alles nach Frieden sich sehnte; nicht die schwachen Kleinstaaten Deutschlands bedrohten die Existenz Preußens, sondern der innere Kampf der Parteien bedrohte die preußische Monarchie und deßhalb griff man zur äußern Politik und zu allen Bundesgenossen, die in derselben Hilfe bringen konnten.

Hier müssen wir aber auf eine bedenkliche Erscheinung aufmerksam machen, die nicht nur in Preußen, sondern in allen Staaten mit ähnlichen Verfassungsverhältnissen in der Gegenwart auftritt und uns deßhalb auch auf einen gemeinschaftlichen innern Grund in diesen Verfassungszuständen hinführt: daß nämlich die Regierungen nur durch eine glänzende äußere Politik, nur durch Siege und Ruhm die innern Schäden, an denen sie leiden, die Krankheiten ihrer innern Zustände zudecken können. Etwas ganz Aehnliches ist in Frankreich der Fall. Die Orleans wollten Frankreich beruhigen durch eine innere Politik, durch eine innere Entwickelung der Principien, die in dem Mechanismus des Constitutionalismus liegen. Statt Ruhe war aber der äußerste Gegensatz innerer Kämpfe daraus entstanden, der endlich wieder, wie schon so oft, zur Revolution führte. Napoleon hat diesen innern Kampf nicht *innerlich* geheilt. Es liegen zu demselben noch

alle Elemente vor und er kann unter veränderten Verhältnissen in jedem Augenblicke wieder ausbrechen. Er hat es nur verstanden, den innern Kampf mit starker Hand niederzuhalten und ein Mittel dazu war ihm vor Allem die äußere Politik, ein Ablenken der Augen Frankreichs von Innen nach Außen, ein Blenden dieser französischen Augen durch jenes Licht, das sie stets blendet, durch Frankreichs Ruhm. Deßhalb kann aber auch Napoleon jeden Augenblick in die Lage kommen, zu handeln, wie Bismarck dem hannöverschen Minister gesagt hat, und wenn seine innere Existenz es erfordert, so werden auch ihm alle Alliirten in der Welt genehm sein, um durch äußere Erfolge den innern Brand zu löschen.

Wir dürfen daher bei Beurtheilung des innern Verfassungsconflictes in Preußen nicht bei der nächsten Veranlassung in der neuen Heeresorganisation stehen bleiben. Sie liegt viel tiefer. Wenn wir die Anstrengungen beider Parteien sahen, ihr Verfahren durch die Verfassungsbestimmungen zu rechtfertigen, so erweckte das in uns immer das Gefühl eines vergeblichen und unmöglichen Bemühens. Nicht dadurch ist dieser Conflict entstanden, daß eine der beiden Parteien einen Paragraphen der Verfassung unrichtig deutete, sondern dadurch, daß im Wesen des modernen Constitutionalismus [1]) Wider=

---

1) Man hat sich in der neueren Zeit gewöhnt, den Begriff einer „freien volksthümlichen Verfassung“ mit dem modernen Constitu=

sprüche liegen, die mit derselben Nothwendigkeit immer wieder auf einander platzen müssen wie zwei Dampfmaschinen, die auf demselben Geleise gegeneinander getrieben werden. In England zeigen sich diese Folgen des Constitutionalismus noch nicht in dem Umfange, weil hier die große politische Irrlehre von der Allgewalt des Staates noch nicht so um sich gegriffen hat, weil man dort die Freiheit noch vor Allem unter dem Gesichtspunkt der persönlichen Freiheit auffaßt. In den übrigen europäischen Staaten dagegen müssen diese inneren Conflicte um so mehr permanent werden, je reiner sich der Constitutionalismus nach seinen Principien entwickelt und je allgemeiner die Richtung wird, den Staat zu einer Experimentiranstalt für neue Systeme zu machen. Nach der Fiction des Constitutionalismus ruht diese absolute Staatsgewalt in der Hand von drei Factoren, die sich coordinirt sind. Schon diese Vorstellung ist lauter Maschine und lauter Mechanik, die der Wirklichkeit nicht entspricht. Es ist zwischen dem wirklichen, lebendigen und dem fictiven gemachten Staate des modernen Doctrinarismus kein geringerer Unterschied, als zwischen einem lebendigen Menschen und einem Automaten, und zu wähnen, man könne den wirklichen Staat durch die künstlichen Mittel und Gesetze des modernen Constitutionalismus

---

tionalismus zu identificiren. Nichts kann unrichtiger sein. Wenn wir gegen diesen Constitutionalismus uns aussprechen, so geschieht es fast noch mehr im Interesse der Freiheit, als in dem der Autorität.

gründen und erhalten, ist keine mindere Täuschung, als wenn man den lebendigen Organismus des Menschen nach den Gesetzen und durch die Mittel der Mechanik behandeln wollte. Die Maschinerie des Constitutionalismus bewegt sich so lange ohne Störung, bis eine Meinungsverschiedenheit zwischen diesem Triumvirat ausbricht. In einem solchen Falle tritt die Bedeutung des einen Factors mehr zurück, während die beiden Andern, von denen der Eine das monarchische Princip vertritt, der Andere, freilich auch durch große Illusionen, das Volk vertreten soll, sich dann ohne Vermittelung gegenüber stehen. Dieser Kampf zwischen der Autorität der Regierung und zwischen der Majorität einer Kammer liegt im Wesen des doctrinären Constitutionalismus. Daher auch überall absolut dieselben Erscheinungen, ein immer wiederkehrender Kreislauf, und zwar nicht in langen Perioden, sondern in ganz wenig Jahren, wo immer dieser Constitutionalismus sich in seinem eigenen Wesen zeigen kann. Zuerst eine kurze Zeit des Friedens, dann ein Kampf zwischen Regierung und Majorität, die nicht das Volk, sondern nur eine Partei, oft nur eine kleine Partei ist; dann die Periode einer „neuen Aera“, d. h. jener Moment, wo die Regierung der Majorität weicht und mit namenloser Kurzsichtigkeit meint, die Huldigungen, die sie empfängt, wären Zeichen ihrer Stärke; dann nach ganz kurzer Zeit der Moment, wo die Regierung einsieht, daß sie das Regiment der Majorität abtreten muß, wenn sie

noch forterištiren will, und eine Krisis, für die es im innern Verfassungsleben, in den innern Principien des Constitutionalismus keine Lösung gibt, und wo entweder ein Napoleon kömmt, um die innere Revolution niederzuhalten, oder ein Bismarck, um durch Schleswig-Holstein und Königgrätz auf kurze Zeit allen Widerspruch zu unterdrücken. Der moderne Constitutionalismus ist, so wie er nach den Doctrinen des sog. modernen Staates aufgefaßt wird, ein System voll innerer Widersprüche und es ist eine unselige Illusion zu glauben, diese Widersprüche ließen sich heben durch Interpretation des Buchstabens der Verfassung. Es trifft daher auch keinen einzelnen Menschen die ganze Verantwortung für diese Conflicte. In einem Sinne hatte die Kammermajorität Recht. Sie stand am Meisten auf dem Boden des modernen Staates, obwohl die Consequenz desselben in der Herrschaft der Parteimajorität für Preußen ein unermeßliches Unglück gewesen wäre. Auf der andern Seite lag die Berechtigung Bismarck's darin, daß er die Autorität und das monarchische Princip vertrat, und er hat dies mit beispiellosem Muthe und Geschicke gethan und dadurch, wenigstens vor der Hand, von Preußen das Unheil dieser Majoritätswirthschaft der Kammer abgewendet, wenn auch die erste Veranlassung dieses Streites unberechtigt war, denn nur vom Standpunkte des absoluten schrankenlosen monarchischen Principes kann man dem Monarchen das Recht zusprechen, solche Anforderungen an sein

Volk zu stellen, wie sie in Folge der neuen preußischen Militär-Organisation an Menschen und Geld gestellt wurden. Wir beklagen es daher, daß ein an sich vielfach berechtigter Kampf des monarchischen Principes gegen die Parteiherrschaft nicht auch eine durchaus berechtigte Veranlassung gehabt hat. Dieser innere Conflict scheint uns also die wahre Ursache des Krieges gewesen zu sein, während er selbst ein Symptom jener Krankheit war, an welcher das ganze europäische moderne Staatswesen durch seine falschen Staatsdoctrinen darnieder liegt.

V.

Der sogenannte „Beruf Preußens."

Wenn aber auch die innere Lage Preußens wohl die Hauptursache des Krieges war, welche namentlich auf die maßgebenden Kreise bestimmend einwirkte, so wirkte doch noch ein drittes Element mächtig mit, nämlich alle jene Richtungen in und außer Preußen, die wir der Kürze wegen Borussianismus nennen wollen. Es hat den Krieg mit Oesterreich von lange her vorbereitet, und hat ihn allein möglich gemacht. Die inneren Zerwürfnisse lähmten die Macht Preußens, der Geist des Borussianismus, der sich des Krieges bemächtigte, hob diese innere Schwäche auf und gab zum Kriege die nöthige Actionskraft.

Wir müssen zunächst den Begriff dessen, was wir Borussianismus nennen, näher ins Auge fassen. Es wäre weit gefehlt, ihn für identisch zu nehmen mit dem Geist

der preußischen Könige oder mit der Gesinnung aller jener Männer, die auf die Geschicke Preußens einen maßgebenden Einfluß geübt haben. Der Vater des jetzigen Königs, der auf dem Todesbette seinen Kindern vor Allem eine innige Verbindung mit Oesterreich anempfohlen hat, nachdem er in den furchtbarsten Weltereignissen die Wichtigkeit dieses Bündnisses für Deutschland und Preußen kennen gelernt hatte; der Bruder und Vorgänger desselben, der die deutsche Kaiserkrone ablehnte, weil er sie nicht von der Hand des Unrechtes annehmen, weil er sich nicht auf Kosten Oesterreichs erheben wollte, waren gewiß weit von jenem Geiste entfernt. Wir glauben, daß selbst der jetzige König, wenn auch von ihm beeinflußt, doch in seiner tieferen Gesinnung ihm ferne steht. Vielen der besten und edelsten preußischen Staatsmänner, der treuesten Diener ihrer Könige, war diese Denkweise gänzlich fremd. Selbst Friedrich der Große, obwohl seine Tendenz mit dem Borussianismus in ursachlicher Verbindung steht, war doch nicht im vollen Sinne das, was wir mit dem Namen Borussianismus bezeichnen. Dieser ist vielmehr ein System, das sich erst nach und nach ausgebildet und allmälig zu seiner vollen Klarheit entwickelt hat. Er ist mehr aus der Schule, als aus dem practischen Leben hervorgegangen und hat eigentlich den Höhepunkt seiner Entwickelung erst in unseren Tagen gefunden.

Unter Borussianismus verstehen wir nämlich eine fixe Idee über den Beruf Preußens, eine unklare Vorstellung

einer Preußen gestellten Weltaufgabe, verbunden mit der Ueberzeugung, daß dieser Beruf und diese Aufgabe eine absolut nothwendige sei, die sich mit derselben Nothwendigkeit erfüllen müsse, wie der losgelöste Fels herabrollt, und daß es daher unstatthaft sei, diesem Weltberufe sich im Namen des Rechtes oder der Geschichte entgegenzustellen. Bei den Anhängern des Borussianismus steht dieser Beruf Preußens obenan, höher als alle Rechte, und Alles, was sich ihm entgegenstellt, ist deshalb Unrecht. Er vollzieht sich mit absoluter innerer Nothwendigkeit. Der Inhalt dieses Berufes Preußens ist nach der Stellung der Anhänger dieser Richtung sehr verschieden. Ist der Mann dieser Richtung ein begeisterter Diener seines Königs, so denkt er dabei an die Oberherrschaft eines absoluten preußischen Königthums; ist er Soldat, an einen preußischen Militärstaat mit seinem Kriegsherrn; ist er Büreaukrat, an eine Glorificirung des preußischen Büreaukratismus; ist er Prediger, an die Verbreitung des Protestantismus unter Führung des preußischen Königthums; ist er endlich ein Fortschrittsmann, an den Sieg seiner Partei unter der preußischen Spitze, wo dann die königliche Spitze natürlich nur so lange benutzt werden soll, als sie ein Mittel für die Parteizwecke ist; sie alle aber, so verschieden im übrigen ihre Ansichten sind, machen daraus eine fixe Idee, einen Beruf Preußens, der sich erfüllen müsse, und mehr als alles andere berechtigt sei, sich zu erfüllen. Der Borussianismus ist daher Doctrinarismus

im höchsten Grade; er ist ein abstractes System; er ist deßhalb auch im eigentlichsten Sinne ein willkürliches Phantasiegebilde. Seinen dankbarsten Boden hat er dieser seiner Natur nach auch bei den Professoren und in den Logen.

Um aber dem Verdachte zu entgehen, als ob ich bei Schilderung dieses Borussianismus selbst einer fixen Idee und einem trügerischen Phantasiebilde verfallen wäre, will ich über dessen Wesen einige Anhänger desselben selbst reden lassen. Der bekannte J. G. Droysen sagt über die Aufgabe Preußens: „Die vierhundertjährige Geschichte dieses Staates zeigt eine Stätigkeit des Wachsens, eine Bestimmtheit der Richtungen, einen geschichtlichen Charakter, wie immer nur die lebensvollsten staatlichen Bildungen haben; Vorzüge, die in dem Glück und Geschick ausgezeichneter Regenten mehr ihren Ausdruck als ihre Erklärung finden. Was diesen Staat gegründet hat, was ihn trägt und leitet, ist, wenn ich so sagen darf, eine geschichtliche Nothwendigkeit.“ Dieses letzte Wort, das Herr Droysen ausspricht, obwohl er selbst zweifelt, ob er so sagen darf, ist der eigentliche Kern seines Gedankens. Welcher doctrinäre Schwindel liegt doch in einer solchen Auffassung, wenn man beliebige Thatsachen in der Geschichte, die dem subjectiven Systeme zusagen, „geschichtliche Nothwendigkeiten“ nennt. Da hört natürlich jeder rechtliche und jeder sittliche Maßstab bei Beurtheilung der Thatsachen

gänzlich auf; alles wird geschichtlich nothwendig und deßwegen auch rechtlich und sittlich. Die Folgen dieser Anschauungen zeigen sich gleich weiter in den nächsten Sätzen. Herr Droysen fährt nämlich fort: „Preußen umfaßt nur Bruchtheile deutschen Landes und Volkes. Aber zum Wesen und Bestand dieses Staates gehört jener Beruf für das Ganze, dessen er fort und fort weitere Theile sich angegliedert hat. In diesem Berufe hat er seine Rechtfertigung und seine Stärke. Er würde aufhören nothwendig zu sein, wenn er ihn vergessen könnte[1]." Da haben wir den besten Commentar zu den Ereignissen der letzten Tage, die man ganz und gar nach diesem Droysen'schen Principe öffentlich zu rechtfertigen sucht. Ganz ähnlich spricht ein anderer ebenso unverdächtiger und competenter Zeuge den Gedanken des Borussianismus aus. Der bekannte Professor Häusser in Heidelberg sagt: „Aus der Lage der Dinge entsprang nicht nur die Berechtigung, sondern die Nothwendigkeit eines Staates wie Preußen. Das Bedürfniß, das in dem Leben der Nation unbefriedigt war, mußte ausgefüllt werden. In der kraftlosen Anarchie des Reiches mußten, wenn die Nation nicht zu Grunde gehen sollte, festere Staatsbildungen entstehen, getragen vom Landesfürstenthum und dem Protestantismus[2]." Wir wollen hier diesen offenbaren sophistischen Trugschluß des

---

1) Geschichte der preußischen Politik von J. G. Droysen. Berlin 1855. Erster Theil. S. 4.

2) Preußische Jahrbücher, Aprilheft 1862.

Herrn Häusser nicht weiter verfolgen, der ganz übersieht, daß eben diese „festeren Staatsbildungen," die sich nicht mehr als feste Glieder des Organismus des deutschen Reiches erkennen wollten, sondern nach souveräner Selbstständigkeit strebten, der Grund „der kraftlosen Anarchie des Reiches" waren, und daß es deßhalb eine große Unwahrheit ist, dafür das Reichsregiment verantwortlich zu machen, statt der Reichsfürsten selbst, die das Reich ruinirten; wir wollen uns vielmehr darauf beschränken, hervorzuheben, wie Herr Droysen und Herr Häusser alles Das vollkommen bestätigten, was wir vom Borussianismus gesagt haben. Diese Herren bilden sich beliebig einen Gedanken, eine Phantasie, machen ihn zu einem absoluten Gedanken, zu einem Götzen, den sie anbeten, oder richtiger, in dem sie sich selbst anbeten, und diese doctrinäre Phantasie ist dann das Alleinberechtigte, das absolut Berechtigte, das an sich Nothwendige, vor dem sich Alles, Recht, Sittlichkeit und Geschichte beugen muß. Deutschland ist das wahre Heimathsland dieser gefährlichen Phantasten. Es erhellt daraus aber auch, daß diese Geistesrichtung nicht lokal ist; es können auch in anderen Ländern ähnliche Systeme aufgestellt werden, die dort eine andere Bezeichnung haben werden, aber alle darin zusammentreffen, daß sie ohne Rücksicht auf Gott, ohne Rücksicht auf Recht und Geschichte, ihre Interessen für die allein berechtigten halten und sie mit allen Mitteln durchführen wollen.

Dieses verderbliche System, wie es sich in Deutschland in Bezug auf den Beruf Preußens ausgebildet hat, hat nun schon lange auf ein Zerwürfniß mit Oesterreich hingearbeitet. Nach demselben hat Oesterreich begreiflich keinen Platz mehr in Deutschland; es steht dem Berufe Preußens, der sich mit Naturnothwendigkeit vollzieht, hindernd entgegen; und ebenso ist, um mit Herrn Droysen zu sprechen, das „Angliedern weiterer Theile“ für Preußen auf Kosten der übrigen deutschen Staaten lediglich wieder eine Naturnothwendigkeit, sowie es für die Gestirne Naturnothwendigkeit ist, sich in ihren eigenen Bahnen zu bewegen. Zum ersten Male begegnete mir im Leben dieser Borussianismus in seiner naturnothwendigen Angliederungsrichtung im Jahre 1848. Das war überhaupt ein Angliederungsjahr; freilich nicht für das preußische Königthum, sondern für die Revolution, die damals das Angliedern und die Naturnothwendigkeit anders deutete, aber gewiß mit demselben Rechte, wie Herr Professor Droysen für seine Ansicht. Man gestatte mir, dieses persönliche Erlebniß meiner ersten Begegnung mit dieser Angliederungstheorie hier kurz zu erwähnen; es ist nicht ohne allgemeines Interesse. Ich war damals Pfarrer in Hopsten, in meiner Heimath Westphalen. Das Vertrauen der Bewohner der dortigen Gegend nöthigte mich im vollen Gegensatze zu allen meinen Wünschen, eine Wahl für das deutsche Parlament in Frankfurt anzunehmen. Zum dortigen Wahl-

bezirke gehörte auch die Grafschaft Tecklenburg, ein altpreußisches Land und protestantisch. Bei einer Versammlung aller Wahlmänner, die damals in Tecklenburg gehalten wurde, wurde insbesondere die Aufgabe des Deputirten in Frankfurt bezüglich der deutschen Verfassungsfrage besprochen, und bei dieser Gelegenheit trat ein im übrigen höchst achtungswerther Mann mit der Ansicht auf, es sei vor Allem Beruf des Parlamentes, die Grenzen Preußens bis an den Main zu erweitern und so ein norddeutsches Königthum unter Preußens Krone zu constituiren, und es sei meine Pflicht als Deputirter, in dieser Richtung zu wirken. Damals hörte ich zum ersten Male die Idee aussprechen, die sich jetzt, zwanzig Jahre später, verwirklicht hat. Ich war ganz erstaunt, in einer Zeit, wo ohnehin alles Recht erschüttert war, aus einem solchen Munde eine neue colossale Rechtsverletzung als Heilmittel anpreisen zu hören und lehnte natürlich mit aller Entschiedenheit die Zumuthung ab, an einem solchen Plane der Zerreißung Deutschlands mitzuarbeiten. Wie hätte ich damals daran denken können, daß ich später als Bischof von Mainz Augenzeuge der Verwirklichung dieses Planes und der Ausdehnung der preußischen Grenzen bis an den Main sein würde? Wie oft habe ich seitdem an diesen Herrn in Tecklenburg zurückgedacht, dessen Aeußerung mir ein Beweis geworden ist, wie allgemein und von wie lange her das vorbereitet war, was jetzt geschehen. Ich zweifle jetzt nicht mehr, daß

dieser Herr nicht eigentlich seinen Privatgedanken ausgesprochen, sondern ihn in jener geheimen Gesellschaft sich angeeignet hat, in der namentlich das, was wir Borussianismus nennen, seinen Sitz hat. Diese Ansicht von einem ungemessenen Berufe Preußens hat den Krieg vorbereitet; sie ist im Verlaufe des Krieges eine starke Macht geworden, um denselben zu führen; sie hat nach den großen Siegen Alles in Preußen mit sich fortgerissen, selbst jene Kreise, die ihr ganzes Leben der Vertheidigung des Rechtes gewidmet haben; sie hat endlich die Bedingungen des Friedens dictirt und herrscht augenblicklich fast ohne Widerspruch in Preußen.

Welche Gefahren liegen aber in einer solchen Anschauung für den Frieden Europa's überhaupt und auch für Preußen insbesondere. Sie ist ihrer ganzen Natur nach aggressiv gegen Alles, eine Art Kriegserklärung an Alles, was sich diesem naturnothwendigen Berufe entgegenstellt. Diese Kriegserklärung ist aber um so gefährlicher, weil der Inhalt dieses Berufes ein ganz willkürlicher ist. Das Recht, welches Herr Droysen und Herr Häusser hat, sich einen beliebigen doctrinären Gedanken von dem Berufe Preußens auszubilden, hat auch jeder Andere; und das Recht, welches diese Herren haben, ihren angeblich naturnothwendigen Gedanken durch naturnothwendige Angliederungen zu verwirklichen, hat auch jeder Andere für seine Doctrinen. Wo ist bei solcher Willkür noch eine Grenze?

Solchen Theorien gegenüber ist kein Recht und kein Staat mehr gesichert. Warum soll dieser naturnothwendige Gedanke am Main stehen bleiben, warum an der Donau u. s. f.?

Diese Anschauungen sind aber auch überaus gefährlich für Preußen. Wenn gleich das Bemühen, einen beliebigen doctrinären Parteigedanken als die geschichtliche Nothwendigkeit eines Landes mit dem absoluten Rechte der Angliederung hinzustellen und dadurch jede Rechtsverletzung zu sanktioniren, in dieser Art noch nicht dagewesen ist, so finden sich doch Anklänge dazu in anderen Ländern reichlich vor. Nicht Preußen allein mit seiner Geschichte ist in der Welt; es gibt auch noch andere Völker mit Selbstbewußtsein und älterer Geschichte. Wer will es ihnen wehren, daß auch sie unter einem anderen Namen eine gleiche Theorie ausbilden? Wenn es einmal darauf ankömmt, ohne Rücksicht auf Recht und Geschichte einem Volke einen naturnothwendigen Weltberuf mit absolutem Angliederungsrechte zu stellen, so wird ohne Zweifel Frankreich auch bald seine Droysen und Häusser finden, die in der französischen Eitelkeit nicht weniger Anhaltspunkte finden werden. Wer weiß, welchen Weltberuf sich Rußland, welchen die nordamerikanischen Staaten sich einmal beilegen werden? Jeder falsche Grundsatz, den man zu seinem Vortheil ausbeutet, wird unfehlbar sich später gegen den wenden, der ihm huldiget. Nur die äußerste Verblendung kann es verkennen, wie gefährlich solche Theorien für Preußen selbst bei veränderten

Verhältnissen werden können. Es ist eine wahre Thorheit, zu glauben, daß vor einem solchen doctrinären Hirngespinnst von Weltberuf die ganze Welt stehen bleiben und sich willenlos angliedern lassen werde. Je aufrichtiger wir das Beste Preußens wollen, desto mehr können wir in solchen Richtungen nur die Wege zum Verderben erkennen.

VI.

Der Zweck heiligt die Mittel.

Wir haben die Gründe des Krieges betrachtet; wir müssen jetzt die Mittel, ihn zu führen, ins Auge fassen. Wir verkennen dabei nicht, in welchem Maße zu dem Erfolge die Tapferkeit des preußischen Heeres, die Tüchtigkeit seiner Führung und Ausrüstung, und, worauf wir besonders Gewicht legen, das starke Pflichtgefühl, das den größten Theil der preußischen Soldaten erfüllte, mitgewirkt haben. Je mehr wir aber gern und freudig bereit sind, das Tüchtige im preußischen Staatswesen und in seiner Militärverfassung überall vollkommen anzuerkennen, desto mehr schmerzt es uns, wenn wir demselben Elemente ganz anderer Art beigemischt sehen. So ist es auch hier gewesen. Die Tapferkeit des Heeres allein erklärt nicht den

so überaus überraschenden Erfolg dieses Krieges und der Glanz der preußischen Armee ist ohne ihre Schuld getrübt durch andere Mittel, die angewendet wurden, um diesen Sieg zu erringen; insbesondere durch die Bundesgenossen, denen man sich anzuschließen nicht gescheut hat.

Was naturnothwendig ist, ist nicht nur an sich berechtigt, sondern es sind auch alle Bedingungen und Voraussetzungen seiner Verwirklichung, alle nothwendigen Mittel dazu berechtigt. Eine Theorie, eine Doctrin, die ihre beliebigen Hirngespinnste für naturnothwendig hält, muß daher auch alle Mittel für erlaubt halten, die zu ihrem naturnothwendigen Ziele führen. Wenn Preußens Beruf naturnothwendig Angliederung ist, so ist auch kein Mittel mehr schlecht, das ihm dient, diese Angliederung zu vollziehen. So grundverkehrt nun eine solche Anschauung auch sein mag, so ist sie doch vorhanden, und wenn auch nicht überall mit voller innerer Erkenntniß, dennoch weit verbreitet. Sie allein erklärt das, was vor unseren Augen geschehen ist; sie allein erklärt, wie es möglich war, daß Preußen die äußerste Verlegenheit, in die Oesterreich durch die schlaue Politik Napoleons in Italien gerathen war, dazu benutzte, um diesen seinen alten deutschen Bundesgenossen in der Verbindung mit der Revolution in Italien und Ungarn niederzuwerfen. Das aber ist geschehen.

Wie ganz anders war die Lage vor kaum fünfzig Jahren; und wenn die Geister der drei Fürsten, die damals

verbunden waren, auf uns herabblicken, wie mögen sie dann diese neuen Bündnisse Preußens beurtheilen. Damals war der König von Preußen ein hervorragendes Mitglied der heiligen Alliance; gewiß das absolute Gegentheil der Alliance, in der jetzt die braven preußischen Heere gekämpft haben. Unter den Augen jener drei Fürsten wurde die Völkerschlacht bei Leipzig geschlagen, wo wahrhaft die Völker Europas gegen Napoleon kämpften, und die Ströme Blutes, die da flossen, um die Herrschaft Napoleons zu brechen, waren der Kitt, mit dem jener Bund geschlossen wurde. Napoleon vertrat auch einen Beruf; er wollte auch der Vollstrecker höherer Rathschlüsse der Vorsehung sein; sein angeblicher Beruf knüpfte sich aber an seinen Namen und an Frankreich; auch er vertrat ein Princip, eine Theorie ohne Recht, ohne Geschichte, ohne Gottes Gebot. Wenn es darauf ankam, den Erfolg, glänzende Siege als ein Gottesurtheil, als einen Beweis des göttlichen Segens geltend zu machen, so konnte Napoleon sich nicht auf einen, sondern auf zahllose Siege berufen. Mit diesem seinen angeblichen Berufe hatte er alle Völker- und alle Fürstenrechte zertreten. Gegen diese willkürlichen gottlosen Theorien kämpften die Fürsten und ihre Völker bei Leipzig, und zogen dann vereint den weiten Siegeslauf bis Paris. Welche Veränderungen seitdem! Der Neffe dieses Napoleon hat den niedergestürzten Thron seines Oheims wieder aufgerichtet, er vertritt dieselben Principien und ist nicht minder erfüllt von

dem Gedanken, daß er an der Spitze Frankreichs einen Beruf habe. Alle seine Kundgebungen zeigen, daß er von der Naturnothwendigkeit dieses Berufes überzeugt ist. Er hat es oft und wiederholt ausgesprochen, daß ein Mittel zu seinem Berufe auch eine Zerstörung dessen ist, was die Sieger über seinen Oheim aufgebaut haben. Er war aber klug genug, um die Lehre, daß es leicht ist, einen Bund von Stäben zu zerbrechen, wenn man jeden einzelnen für sich knickt, auch auf die höhere Diplomatie anzuwenden. In den letzten zehn Jahren war Oesterreich an der Reihe, dieses eine Glied jenes Bundes, den das Blut bei Leipzig geschaffen hat. In dieser langen Zeit hat er Oesterreich mit allen Mitteln einer gewandten Diplomatie beschädigt. Die Hindernisse, die es Oesterreich fast unmöglich machen, zu einem innern Ausgleich zu kommen, wegen der Stellung Ungarns, ebenso wie der ganze Kampf Italiens gegen Oesterreich sind theils ganz sein Werk oder, wo das nicht, doch nur durch ihn ermöglicht; und nachdem Oesterreich so von der ganzen Revolution gehetzt, tief geschwächt und gelähmt war, da hat Preußen keinen Anstand genommen, diese höchste Verlegenheit des alten Kaiserhauses zu benützen, um, geschützt von dem Neffen des alten Oheims, der bei Leipzig von dem König von Preußen im Bunde mit Oesterreich geschlagen worden war, in Alliance mit der italienischen Revolution, ja in Verbindung sogar mit der Revolution in Ungarn, Oesterreich aus Deutschland zu verdrängen, Deutschland selbst zu zer-

reißen, um den angeblichen Beruf Preußens zu verwirklichen. Von der einen Seite von der italienischen Revolution angegriffen, von der andren von den preußischen Heeren, von der dritten durch eine von Preußen geförderte Revolution in Ungarn bedroht, im Hintergrund hoch oben Napoleon, der dieses eine Glied des Bundes von Leipzig knicken wollte, da mußte freilich das so tief im Innern selbst geschwächte Oesterreich zusammenbrechen.

Hier liegt der Grund unsers Schmerzes; da möchten wir das Angesicht verhüllen und über unser deutsches Vaterland weinen. Nicht weil wir Preußen hassen, sondern weil wir es aufrichtig lieben, wird uns nie der Schmerz darüber verlassen, daß Preußen die äußerste Verlegenheit Oesterreichs, in die es durch die Revolution gekommen war, benützt hat, um in Verbindung mit der Revolution sich auf Kosten Oesterreichs zu bereichern. Wir schreiben diesen Gedanken mit Schmerz nieder, wir glauben aber, daß er die volle Wahrheit enthält, und wir müssen ihn deßhalb niederschreiben, weil wir die Wahrheit sagen wollen, da nur die Wahrheit frei macht. Wir Deutsche haben viele traurige Ereignisse in der deutschen Geschichte zu beweinen; wir wissen nicht, ob eines diesem gleich kömmt; ein Volk, wie das preußische, ein Heer, wie das preußische, ein Königthum, wie das preußische, in Alliance mit Viktor Emmanuel, Garibaldi, Klapka, unter Oberleitung eines Napoleon im Kampfe gegen Oesterreich!

Wir haben hier eine unselige Wirkung jener verderblichen Richtung vor uns, welche die höhere Politik von ihrer wahren Grundlage trennt. Wenn man für den Verkehr der Völker und Staaten einen exemptionellen Maßstab anlegt, als ob hiefür andere Gesetze bestünden, als die der gewöhnlichen Sittlichkeit und des gewöhnlichen Rechtes; wenn man sich der Täuschung hingibt, daß im Privatleben schlecht, unrecht und verwerflich sein könne, was in der höheren Politik recht, gut, ja nothwendig sei; wenn man mit einem Worte von den Geboten Gottes absieht und für so hohe Dinge andere Gebote, die gewissermaßen höher liegen sollen, aufstellt, so müssen solche Folgen nothwendig eintreten. Dadurch verfällt die hohe Politik sofort lediglich der Menschenklugheit, der Menschenwillkür, sie wird eine niedere Nützlichkeitspolitik, eine Politik der Intrigue, kurz eine Politik, bei welcher der Egoismus das einzige und maßgebende Gesetz ist. Sie wählt sich dann beliebige Ziele, die von der göttlichen Ordnung abweichen, und sie verfolgt diese Ziele mit allen Mitteln nach dem Grundsatze: Der Zweck heiligt die Mittel. Es ist eine große Selbsttäuschung, wenn die Welt den Jesuiten diesen Grundsatz vorwirft, gleichsam als ob sie durch diese ungerechte Anklage den Beweis führe, daß sie selbst diesem Grundsatze nie und nimmer huldige. Allein dieser Grundsatz gehört nicht einem Stande oder einer Klasse von Menschen an, sondern er ist ein Grundsatz der verdorbenen Menschennatur, wel-

cher überall und in jedem Menschen auftritt, der sich nicht dem Sittengesetze unbedingt unterwirft. Er herrscht namentlich unbeschränkt in jenem von der Religion abgetrennten Völkerrechte. Die Beziehungen der Völker ruhen wesentlich auf denselben Grundlagen, wie die Beziehungen der einzelnen Menschen unter einander, auf der Verwirklichung und gegenseitigen Anerkennung der von Gott in uns gelegten Gesetze der Sittlichkeit, des gegenseitigen Wohlwollens, des Gebotes: Was du nicht willst, daß dir geschehe, das thue auch einem anderen nicht. Alle diese Gesetze, die Gott für den Verkehr der Menschen und der Völker in unser Gewissen gelegt hat, finden ihre höchste und erhabenste Erklärung in dem Christenthum. Das idealste Völkerrecht wäre eine Verwirklichung der Gesetze des Christenthums in den Beziehungen der Völker unter einander; die idealste Diplomatie und Politik wäre die Diplomatie und Politik nach den Grundsätzen des Christenthums. Eine höhere Klugheit gibt es für den Völkerverkehr nicht, als jene, die das schlichteste Christenkind in seinem einfachen Privatleben befolgt. Man glaubte, die hohe Politik zu erheben, als man sie lostrennte von dieser wahren Grundlage des Sittengesetzes, und man hat sie dadurch unaussprechlich erniedrigt. Die hohe Politik ist nach ihren Gesichtspunkten und Motiven wahrlich nicht mehr hoch, sondern sehr niedrig. Nachdem man die ewigen Grundsätze der Sittlichkeit und der Gebote Gottes verlassen hat, hat man

an deren Stelle seit den letzten Jahrhunderten jene todte Form gesetzt, die von der Wage, auf der die Waaren gewogen werden, hergenommen ist, das sogenannte Gleichgewichtssystem. An Stelle der ewigen Gesetze der Sittlichkeit und der Religion sollte der Kaufmannsladen den Maßstab für den Völkerverkehr abgeben, und damit glaubte man für diese hohen Regionen einen höheren Maßstab gefunden zu haben. Hinter dieser leeren Form der Gleichgewichtstheorie verbarg sich aber der rohe Egoismus der Völker, und die Diplomatie ist seitdem die Wissenschaft geworden, die Eifersucht und den Neid der Nationen, den Völker-Egoismus hinter glatten äußeren Formen zu verstecken und alle Fäden zu spinnen, um diesen Egoismus geltend zu machen. In dieser Lostrennung des Völkerrechtes von dem Gesetze Gottes, in dieser Fiction, als ob die hohe Politik in ihren Zielen und Mitteln auf einem höheren Standpunkt stünde, als dem der gewöhnlichen Sittlichkeit und Gerechtigkeit liegt eine unermeßliche Gefahr für den Frieden der Welt. Wer die Revolution in der niederen Politik nicht will, darf sie auch in der höheren nicht wollen. Ein Völkerrecht ohne Gottes-Recht ist ein permanenter Kriegszustand oder nur eine Waffenruhe, die dem Kriege Aller gegen Alle vorausgeht. Dem Princip nach ist es Krieg, weil es kein Moment in sich trägt, das in seiner Ausgestaltung Frieden unter den Völkern gründen könnte.

Diese Anschauung führt denn auch nothwendig zu jener unbedingten Huldigung dem Erfolge gegenüber, die wir in so großer Ausdehnung vor uns sehen. Unrecht im Großen ist ganz gewiß nicht weniger ungerecht, als Unrecht im Kleinen und die Größe des Erfolges hebt die Größe des Unrechtes nicht auf. Gerade umgekehrt: der Arme, der ein Stück Brod stiehlt, ist weit minder strafbar, als der Reiche, der durch Unredlichkeit ein immenses Vermögen sich erworben hat. Aber so sehr ist unser sittliches Gefühl beschädigt, daß in der hohen Politik nur mehr der Erfolg entscheidet, mag auch das Ziel an sich unberechtigt und mögen die Mittel dazu verwerflich gewesen sein. Welche Verwirrung der Geister und der Gewissen! Im einzelnen Menschen besteht das wurzelhaft Böse darin, daß er Ziel und Mittel ohne Rücksicht auf Gott und Gottes Gebot, ohne Rücksicht auf Sitte und Sittengesetz bestimmt; ganz so und aus denselben Gründen ist es wurzelhaft bös im Völkerleben, wenn die Völker ihre Ziele und die Mittel zu deren Erreichung ohne Gott und Gottes Gesetz, ohne Sitte und Sittengesetz wählen und verfolgen. Das ist die Revolution in der höheren Politik, das ist die „Politik der Interessen" statt der der Wahrheit und Gerechtigkeit.

Wir können es daher auch nur tief beklagen, wenn die Religion für solche von Gott und Gottes Gebot losgetrennte hohe Politik und ihre Zwecke in Mitleidenschaft und Mitverantwortung gezogen wird. Das stärkt nicht die Re-

ligion, das schwächt sie. Das ist auch eine beklagenswerthe Richtung der letzten drei Jahrhunderte, der Religion und den Dienern der Religion zuzumuthen, allen Gewaltthaten der Politik gewissermaßen eine religiöse Weihe zu geben. Für wie viele Siege sind schon Dankgottesdienste gefeiert worden von den ungerechten Kriegen Ludwigs XIV. bis zu denen Napoleons, die nicht zum Lobe Gottes waren, die vielmehr Gott im Himmel verabscheut hat. Wie muß Gott in seiner ewigen Wahrheit und Gerechtigkeit den Versuch verabscheuen, ihn gewissermaßen zum Mitschuldigen solcher Menschenthaten zu machen, die mit seinem ewigen Gesetze, mit seinem heiligen Gebote, mit seinem göttlichen Willen im Widerspruch stehen! Je erhabener die Religion dasteht, desto mehr kann sie der Welt, desto mehr auch den Staaten nutzen. Selbst in eigenem Interesse sollte der Staat der Religion nicht diese Stellung zumuthen. Diese öffentlichen Gebete, diese kirchlichen Dank- und Freudenfeste, diese ewigen neuen Eide sind nicht vom Guten.

VII.

Folgen und Gefahren.

Nachdem wir die Ursachen des Krieges betrachtet haben, wollen wir die Folgen desselben, die Lage, in die wir durch ihn gerathen sind, die Gefahren, die uns deßhalb bedrohen, ins Auge fassen. Wir haben sie schon theilweise berührt; wir müssen sie aber in einem Bilde zusammenfassen, um das, was für die Zukunft noththut, richtig beurtheilen zu können.

Die erste Folge des Krieges ist die Zerreißung des Bundes, welchen die Völkerschlacht bei Leipzig und die Befreiungskriege gegen Napoleon und die napoleonischen Ideen geschaffen hatten. Die heilige Alliance ist mit vollem Recht

verrufen wegen dessen, was sie später geschaffen hat, aber in ihrem Ursprung war sie ein erhabener Bund, hervorgegangen aus dem Geiste der Befreiungskriege. Die Befreiungskriege waren ein Kampf des deutschen und des christlichen Volksgeistes gegen die Tyrannei eines gottlosen Franzosenthums; es waren Freiheitskriege in der höchsten und erhabensten Bedeutung des Wortes. Dieser Geist, der auf den Schlachtfeldern gekämpft hatte, erfüllte ursprünglich die heilige Alliance; dieser Geist fand seinen erhabenen Ausdruck in jener berühmten Urkunde, die ihr zu Grunde lag. Diese Urkunde bleibt denkwürdig sowohl ihres erhabenen Inhaltes, als ihrer völligen und totalen Wirkungslosigkeit wegen. Sie war dictirt von demselben Geiste, der die Völker durchdrang, die für ihre höchsten Güter auf den Schlachtfeldern ihr Blut vergossen. Die Fürsten selbst waren von diesen Gedanken so mächtig ergriffen und getragen, daß sie ihnen in dieser Urkunde Ausdruck gaben; aber diese Gedanken waren größer als die Fürsten, die sie in dieser Urkunde aussprachen, und noch viel größer als die Diener dieser Fürsten, die die Werkzeuge ihrer Regierungshandlungen wurden. Was wäre aus Deutschland geworden, wenn die Gedanken der heiligen Alliance, in welcher die Fürsten vor der Welt versprachen, das Christenthum zum Ausgang aller ihrer Regierungshandlungen zu machen, so zu regieren, daß ihr Volk „eigentlich keinen anderen Herrn habe, als den, welchem allein alle Macht gebührt, nämlich

Gott, unsern Erlöser Jesus Christus, das Wort des Allerhöchsten, das Wort des Lebens", und in diesem christlichen Sinne ihren Völkern Freiheit zu gewähren — in Erfüllung gegangen und die Grundsätze der Regierungen von da an geworden wären? Das absolute Gegentheil ist eingetreten und von diesem Versprechen wurde wahrhaft nichts gehalten. Wie das ancien régime, d. h. die Monarchie in Europa vor der Revolution, nichts war, als eine Herrschaft der Principien der Revolution in der Monarchie, so war dieses régime moderne nichts anderes, als ein etwas abgeschwächter Abklatsch des ancien régime. Wenn in der heiligen Alliance die Fürsten ihren Völkern versprochen hätten, statt nach den Grundsätzen des Christenthums, nach den modificirten Grundsätzen der französischen Encyclopädie zu regieren, dann hätten sie ihr Versprechen gehalten. Dasselbe galt noch mehr von den übrigen Regierungen in Deutschland. Principien der Encyclopädie in monarchischem Kleide, umgeben von einem Regierungs-Apparate mit allen kleinlichen Mitteln des Polizeistaates, dazu ein Gesichtspunkt, der sich kaum über das persönliche Familieninteresse erheben konnte — das war so ziemlich der Kreis, in dem sich die damaligen Regierungen bewegten. Trotzdem aber hatte die heilige Alliance als Völkerbund gegen den Napoleonismus eine erhabene Bedeutung, und dieses Band ist jetzt zerrissen. Das ist eine Folge des Krieges und eine Gefahr für die Zukunft.

Eine zweite Folge des Krieges ist, daß die höchst segensreiche Ueberzeugung, daß ein innerer Krieg in Deutschland unmöglich sei, zerstört worden ist. Diese Ueberzeugung war gleichfalls eine Wirkung der Befreiungskriege. Sie nahm von Jahr zu Jahr zu. Sie hatte sich in den Herzen des deutschen Volkes und in allen Ständen bereits so fest gesetzt, daß fast allgemein ein Krieg in Deuschland, ein Krieg unter den deutschen Völkern für unmöglich angesehen wurde. Selbst dann noch, als der Krieg unmittelbar bevorstand, hielt man ihn für unmöglich; von einem Ende Deutschlands bis zum andern hieß es damals: der Krieg ist nach der Lage der Dinge unvermeidlich, und dennoch wird er nicht eintreten, er ist unmöglich. Selbst viele ausrückende Offiziere glaubten, es könne nicht geschehen, daß sie gegen Deutsche kämpfen würden, und irgend ein unerwartetes Ereigniß werde das abwenden.

Diese Ueberzeugung war aber eines der höchsten nationalen Güter, die wir besaßen. Die Bruderkriege, die einst auf deutscher Erde gefochten wurden, sind doch weitaus das Entsetzlichste, was wir in der deutschen Geschichte zu beklagen haben. So lange sie möglich sind, kann in jedem Augenblicke wieder unermeßliches Verderben sich über Deutschland ergießen. Diese Ueberzeugung schien ein für allemal alle Gefahren, welche seit drei Jahrhunderten über uns hereingebrochen, von Deutschland abgewendet zu haben.

Sie ist jetzt gründlich beseitigt, sie ist mit den Wurzeln

aus dem mit dem gemeinschaftlichen Blute gedüngten Boden bei Leipzig herausgerissen. Wir haben wieder gesehen, daß deutsche Heere gegen einander kämpfen können und daß diese Kämpfe furchtbarer sind, als alle anderen Kämpfe, weil das deutsche Volk das tapferste Volk ist. Die blutigsten, die erbittertsten Schlachten der Neuzeit sind wieder von Deutschen gegeneinander auf deutschem Boden geschlagen worden und dieser Krieg hat so furchtbar gewirkt und die Geister für neue Bruderkämpfe so vorbereitet, daß man kaum noch den Ausdruck des Schmerzes und der Empörung über diesen Bruderkrieg vernimmt. Das ist eine Folge dieses entsetzlichen Bruderkrieges, das ist eine weitere Gefahr für die Zukunft, eine wahre Drachensaat, die in Deutschland ausgesäet worden ist.

Die dritte Folge des Krieges ist, daß sich jetzt sechs Theile Deutschlands als Ausland gegenüber stehen, ohne anderes Band, als das völkerrechtliche. Die Gesandten Rußlands, Frankreichs, Englands u. s. w. haben jetzt an den Höfen in Karlsruhe, Darmstadt, Stuttgart München, Berlin, Wien dieselbe Stellung, wie die Gesandten der deutschen Höfe. Das ist ein Gedanke, der das berechtigte deutsche Nationalgefühl so tief verletzt, daß er kaum zu ertragen ist. Die heilige Alliance wollte, wie sie ausdrücklich sagte, aus mehreren Völkern eine Familie machen; das war eine phantastische Illusion; in Deutschland ist jetzt das Gegentheil eingetreten und die Glieder einer und der-

selben Familie sind als fremde Völker auseinander gerissen. Das alte heilige Band, das die deutschen Völker vereinigt hat, besteht nicht mehr. In den zwölfhundert Jahren unserer deutschen Geschichte hat es nur Eine Periode gegeben, wo gleichfalls dieses Band zerrissen war, wo auch Glieder des deutschen Volkes einander als Ausland gegenüber standen; das war die Zeit des Rheinbundes unter Protection von Napoleon I. Die Befreiungskriege haben diese Trennung aufgehoben; der letzte Krieg hat auch dieses Werk des ersten Napoleon unter Protection des Neffen wieder hergestellt.

Die Gefahren, die dieser Zustand in sich birgt, sind offenbar. Die Rheinbundszeit war die Zeit der tiefsten Schmach und der tiefsten Erniedrigung Deutschlands. Die Einmischung fremder Mächte in die inneren Angelegenheiten des deutschen Volkes, die schon seit Jahrhunderten so viel Verderben über uns gebracht hat, hatte in jener Zeit ihren höchsten Punkt erreicht. Das große deutsche Volk hatte jedes Selbstbestimmungsrecht verloren und wurde nach dem Willen Napoleons und anderer fremder Mächte geleitet. Die deutschen Fürsten waren Bediente geworden und große Theile des deutschen Volkes waren so innerlich abgestumpft, daß sie diese Schmach kaum noch empfanden. Wir sagen nicht, daß ähnliche Zustände eintreten werden; wir sagen nur, daß unser deutsches Vaterland durch diese Folge des letzten Krieges unermeßlichen Gefahren ausgesetzt ist. Wie

viel Verderben hat die Einmischung fremder Höfe in deutsche Angelegenheiten uns schon gebracht und wie sehr steht zu befürchten, daß jetzt wieder deutsche Höfe der Tummelplatz aller denkbaren Intriguen zum Verderben Deutschlands sein werden. Das Vertrauen unter den deutschen Fürsten muß ja durch die Ereignisse des letzten Krieges gänzlich vernichtet sein. Wie nahe muß ihnen der Gedanke liegen, daß bei der ersten günstigen Gelegenheit auch sie ein Loos erwartet, wie das anderer Fürsten! Welcher Boden für alle fremden Mächte, wieder dieselbe Politik zu verfolgen, die in den letzten Jahrhunderten uns tief innerlich vergiftet hat!

Wenn wir auch kein völkerrechtliches Band mehr haben, so haben wir in dem Bewußtsein der deutschen Völker, daß sie Glieder eines großen Volkes sind, freilich noch ein starkes Band, das diese Gefahr vermindert. Aber auch dieses Band kann leider, wie wir es so oft erlebt haben, durch Ereignisse geschwächt, ja ganz zerrissen werden. Zur Zeit der Franzosenherrschaft war die Gesinnung eines großen Theils der deutschen Völker auf dem linken Rheinufer dem deutschen Vaterland tief entfremdet. In diesem Augenblicke ist es freilich anders; man kann sich aber nicht der größten Besorgnisse entschlagen, was in dieser Hinsicht wieder eintreten könnte, wenn unglückliche Ereignisse, wenn eine Periode innerer Zerwürfnisse, vielleicht neuer innerer Kriege vor uns läge. So furchtbar und fast unerträglich uns der Gedanke ist, so können wir die Besorgniß doch nicht unter=

drücken, daß unter solchen Umständen diese zerrissenen Theile des einen Volkes wieder dahin kommen könnten, sich innerlich mit derselben Wuth zu zerreißen und zu zerfleischen, wie es nur in den trübsten Zeiten der deutschen Geschichte geschehen ist. Gott bewahre davor unser armes deutsches Vaterland; aber diese Grenzen, die jetzt mitten durch Deutschland gezogen sind, deuten wie ein drohender Finger auf solche trüben Zustände hin.

Die vierte Folge des Krieges ist die Beschädigung der wahren Grundsätze, auf denen das Wohl der Staaten ruht, eine wahre Auflösung und Zersetzung derselben. Wir haben auf diese Wirkung des Krieges bereits in den vorigen Abschnitten weitläufig hingewiesen und wollen das Gesagte nicht wiederholen. Bleibende Zustände lassen sich nur auf wahren Grundsätzen aufbauen. Die Gerechtigkeit, so sagten unsere Vorfahren, ist das Fundament der Staaten und der Völker. Die Theorie der Nützlichkeit mit Verletzung der Gerechtigkeit, die Theorie des Erfolges als Maßstab der Berechtigung ist Flugsand, welcher von dem ersten Sturme, der durch die Welt geht, weggeblasen wird. Der letzte Krieg war in Europa ein Sieg dieser schlechten Theorien über die wahren Grundsätze der Gerechtigkeit. Darin liegt eine große Gefahr für die Zukunft. Je weiter diese falschen Principien fortschreiten, desto ungewisser, desto schwankender wird die Existenz aller Staaten werden.

In Verbindung hiermit steht die Erschütterung des

historischen Rechtes. Der letzte Krieg hat wieder einen guten Theil deutscher Geschichte, alter deutscher Traditionen, alter deutscher Rechtsverhältnisse hinweggeschwemmt. Wir werden immer moderner, immer mehr eine tabula rasa, immer mehr ein weites, geglättetes, nivellirtes Terrain, um alle denkbaren neuen Experimente mit uns vorzunehmen. Wir sind bald so weit mit unserer alten ehrwürdigen Geschichte, wie andere Völker, die gar keine Geschichte haben. Seit hundert Jahren geht ein Strom durch Europa, der alle geschichtlichen Erinnerungen und Rechtsverhältnisse mit dem Fundament wegschwemmen will; mit der französischen Revolution hat dieser Strom seinen zerstörenden Lauf begonnen; der letzte Krieg gehört ganz dieser Strömung an. Bald wird Deutschland wie Frankreich geeignet sein, lediglich nach geraden Linien, die man im Quadrat über die Karte von Deutschland zieht, in Departemente eingetheilt und statt nach den alten deutschen Stammesnamen nach fortlaufenden Nummern bezeichnet zu werden. Das Flußbett kann hie und da den Strom hindern, die Ebene zu bewässern und fruchtbar zu machen; es hindert ihn aber auch, seine Fluthen entfesselt über die Fluren zu ergießen und sie zu verwüsten. Aehnlich ist es für ein Volk: seine Geschichte, seine geschichtlichen Rechte und Einrichtungen können hemmen, sie können, wenn sie entartet sind, manches Gute aufhalten; sie leiten aber auch und berichtigen die geistigen Strömungen, die durch das Leben eines Volkes gehen, sie

führen das Volk an der Hand der Vorsehung. Ein Volk, das seiner Geschichte den Rücken gedreht hat und seine geschichtlichen Rechtsverhältnisse zertritt, geht großen Stürmen entgegen.

Daran schließt sich weiter als Folge des Krieges eine tiefe Erschütterung des monarchischen Princips. Es ist uns immer als eine beispiellose Verirrung erschienen, daß die Fürsten und deren Rathgeber im Anfange dieses Jahrhunderts geglaubt haben, man könne ganz beliebig nach den nächstliegenden Zweckmäßigkeitsgründen das historische Band, das ein Fürstengeschlecht an sein Land knüpft, auflösen, und dann ebenso beliebig und ganz mit derselben Kraft auf Commando mit einem andern Fürsten wieder anknüpfen. Das war das Uebermaß des Unverstandes, ein ganz entarteter Begriff von Monarchie und Fürstengewalt, wie er sich unter dem Einfluß des Absolutismus an den Höfen ausgebildet hatte. Diesem Irrwahne huldigten selbst die persönlich tüchtigsten Fürsten. Ein merkwürdiges Beispiel wurde uns früher von einem Augenzeugen erzählt. Als die alten kaiserlichen Länder in Vorderösterreich abgetreten waren, machten einige Bauern den weiten Weg bis Wien, um dagegen zu protestiren, daß man willkürlich das uralte Band zerreiße, das sie mit Oesterreich verbinde. Sie wurden mit jener Leutseligkeit vom Kaiser Franz empfangen, die ihm eigen war, erhielten aber keinen anderen Trost, als den Rath, sie möchten nun

dieselben Gefühle der Liebe und des Gehorsams, die sie bisher gegen das alte Kaiserhaus gehegt, auf den neuen Landesherrn übertragen. Der alte Kaiser vergaß nur, den guten Schwarzwälder Bauern das Mittel anzugeben, wie man Gefühle, die sich in einer vielhundertjährigen Geschichte gebildet hatten, dahin übertragen könne, wo diese ganze Geschichte fehlt. Das war so dieser Souveränitätsschwindel des monarchischen Absolutismus, diese verfälschte Legitimität, wie sie sich an allen europäischen Höfen ausgebildet hatte, wo das ganze Verhältniß zwischen einem alten Fürstengeschlechte und seinem Lande nur aufgefaßt wurde unter dem Gesichtspunct eines absoluten Rechtes des Fürsten über seine Unterthanen und der Pflicht des absoluten Gehorsams der letzteren. Wie man daher ein Stück Land verhandeln, eine Summe Geldes übertragen kann, so kann man nach dieser Auffassung auch das Verhältniß zwischen Fürsten und Volk beliebig wechseln und übertragen. Dieser Grundirrthum beherrschte die Anschauung der Höfe überall seit der Säcularisation; man sah nicht die unermeßliche Verschiedenheit in dem Verhältniß jener Volksstämme, die mit ihren neuen Fürsten keinen geschichtlichen Zusammenhang haben, und jener, die in ihnen ein altes Fürstengeschlecht anerkennen, mit dem sie seit Jahrhunderten alle Schicksale theilten. In dieser historischen Zusammengehörigkeit eines Fürstengeschlechtes und eines Volkes liegt eine Grundsäule des monarchischen Principes. Der letzte Krieg hat wieder

viele dieser Säulen niedergeworfen. Die Pietät zwischen Fürst und Volk, die so recht aus dem historischen Verhältniß entspringt, wird dadurch immer mehr beseitigt; die Monarchie, von ihrer unmittelbaren lebendigen Beziehung zu dem Volke abgelöst, erhält nun statt dieser lebendigen Wurzel im Herzen des Volkes nur die äußerlichen, die nur durch die monarchischen Verfassungsbestimmungen getragen sind. Dieses Zerreißen der alten Verbindung der ältesten deutschen Fürstengeschlechter mit ihren Völkern ist daher eine große Gefahr für die Zukunft des monarchischen Princips. Das Band, das die abgesetzten deutschen Fürsten an ihre betreffenden Länder knüpfte, ist vielfach weit älter, als jenes, das die preußischen Könige mit ihrem Lande verbindet. Wenn jenes Band beliebig zerrissen werden durfte im Interesse eines angeblichen Berufes, einer Zweckmäßigkeits- und Nützlichkeitstheorie, wie sehr ist dann zu befürchten, daß eine Zeit kommen wird, wo man ganz auf demselben Boden behauptet, daß auch das Band, das die preußische Monarchie mit ihrem Volke verbindet, einer anderen Zweckmäßigkeits- und Nützlichkeitstheorie weichen müsse. Jedenfalls wird man die Logik dieser Anschauung aus den Thatsachen, die wir im Kriege erlebt haben, nicht bestreiten können.

Eine weitere Folge ist die Trübung und Verwirrung der Gewissen und die Schwächung der Kraft des Eides. Das Gewissen des christlichen Volkes in Deutschland ist noch

eine unermeßliche Macht für die Autorität, die viel zu wenig gewürdigt wird. Deutschland, obwohl in seinen sogenannten gebildeten Ständen alle, auch die extremsten Zeitrichtungen in weitem Umfange vertreten sind, ist doch vielleicht jenes Land, das von den Consequenzen dieser Zeitrichtungen noch am wenigsten zu fürchten hat, und zwar lediglich und allein weil das deutsche Volk noch im großen Umfange ein gewissenhaftes Volk ist. Es ist eine große Täuschung, wenn man glaubt, daß in Deutschland die eigentliche Macht, welche die Revolution aufhält, in der Militärverfassung liege; sie liegt in der Gewissenhaftigkeit, in der Gesinnung, in der Religiosität des Volkes. Namentlich würde die preußische Militärverfassung mit ihrer dreijährigen Dienstzeit der Revolution gegenüber gänzlich ohnmächtig sein, wenn sie ihre Soldaten aus einem gewissenlosen, jeder revolutionären Verführung zugänglichen Volke entnehmen müßte. Eine dreijährige Dressur vermag nicht einen Menschen, der die Grundsätze des Radicalismus in sich aufgenommen hat, zu einem treuen Unterthanen seines Königs zu machen. Leider ist diese Ansicht in manchen Kreisen weit verbreitet. Die eherne Mauer, an der der Geist der Revolution in Deutschland scheitert, ist die Gesinnung des christlichen Volkes, die Gewissenhaftigkeit desselben. Die Treue, die Stärke des preußischen Heeres liegt nicht hauptsächlich in der Dressur der Soldaten, nicht in dem, was sie bekommen nach ihrem Eintritte, sondern in dem, was sie mitbringen

aus dem Elternhause; es sind treue gewissenhafte, tüchtige junge Leute, die nicht durch die Schule der schlechten Zeitrichtungen, sondern durch die Schule des Christenthums gebildet sind; die ihre Treue gegen ihren Fürsten als eine Pflicht gegen Gott erkennen. Diese gewissenhafte Gesinnung des christlichen Volkes ist in allen betreffenden Ländern durch die letzten Ereignisse tief beschädigt und getrübt. Welche Folgen werden sie in den Herzen und in den Gesinnungen aller dieser jungen Leute haben, die da, wie man den Handschuh auszieht oder den Rock, jetzt ihre innerste Gesinnung verändern, alle ihre Gefühle, alle ihre Ansichten plötzlich wechseln sollen? Und diese Verwirrung der Gewissen muß um so größer werden durch die Art, wie in unseren modernen Staaten der Eid behandelt wird, wo jede Gewalt glaubt, durch Schwörenlassen könne sie sich beliebig befestigen. Was ist der Eid ohne Gewissen? was der Eid ohne Gott und ohne göttliche Ordnung? Sein ganzes Wesen besteht in der Anrufung des Zeugnisses Gottes; er hat nur Kraft und Bedeutung, wenn das beschworen wird, was Gott will und was Gott bestätigt. Je weiter sich die Gestaltungen der Dinge von dem Gesetze Gottes entfernen, desto mehr wird auch der Eid seiner inneren Weihe, seiner inneren Kraft entkleidet und eine leere, aber verderbliche Form. Man darf Niemand zu einem Eide, d. h. zu einem Versprechen vor Gott und im Namen Gottes zwingen, der zweifelhaft ist, ob das, was er verspricht, auch mit der

göttlichen Ordnung übereinstimmt. Ein solcher Zwangseid untergräbt die Gewissen und ist eine Art Nöthigung zu einem falschen Eid.

Als letzte unselige Folge des Krieges will ich die sittliche Niederlage nicht unerwähnt lassen, die dadurch die conservative Partei in Preußen erlitten hat. Das Wort „conservativ“ ist vieldeutig; es bedeutet Gutes und Böses, und so schließt auch die conservative Partei in Preußen mancherlei Verkehrtes ein. Es besteht aber dort eine wahrhaft christliche conservative Partei mit hoher Intelligenz und hoher Tüchtigkeit, vor der wir jederzeit große Achtung gehabt haben. Diese Partei hat leider bei Königgrätz eine nicht minder große Niederlage erlitten wie Oesterreich; sie hat dem Erfolge gehuldigt, vor den vollendeten Thatsachen und der Macht ihr Knie gebeugt und fast ausnahmlos jene Grundsätze verleugnet, die sie seit so vielen Jahren vertreten hat. Ganz und gar dasselbe, was sie in diesem langjährigen Kampfe allen ihren Gegnern vorgeworfen, hat sie jetzt selbst gethan. Das ist eine schwere sittliche Niederlage; denn eine Partei, die christlich sein will, muß vor Allem der Macht gegenüber den Muth der Wahrheit haben. Huldigung, lediglich der Macht erwiesen, Feigheit der Macht gegenüber hat mit Christenthum nichts zu schaffen. Die conservative Partei in Preußen hat diese Probe nicht bestanden. Ob sie sich von diesem Schlage erheben wird, können wir nicht übersehen; wir hoffen es. Wir

wünschen ihr aber, daß nie eine Zeit kommen möge, wo die Revolution in der Lage sein wird, ihr diesen Abfall öffentlich mit jenem Hohne und jener schneidenden Logik nachzuweisen, wozu sie die Energie und den Geist in sich trägt. Die conservative Partei hat der Revolution durch diesen Abfall von ihren Grundsätzen, durch diese Huldigung für die Thatsachen eine mörderische Waffe in die Hand gegeben, von der sie unter veränderten Verhältnissen Gebrauch zu machen wissen wird.

VIII.

Die Zukunft.

Werden aber diese Folgen eintreten, diese Gefahren sich verwirklichen? Wir wissen es nicht. Möglich ist es, daß nach den Worten: Wer Wind säet, wird Sturm ernten, uns große Stürme in Deutschland und Europa bevorstehen; möglich ist es, daß wir welterschütternden Ereignissen entgegengehen. Wir können sie aber vielleicht auch noch abwenden und es ist Pflicht eines Jeden, dazu nach Kräften mitzuwirken. Wir haben ein unbegrenztes Vertrauen auf die Liebe, mit der die göttliche Vorsehung die Geschicke der Völker leitet, in welchen sich keineswegs nur die Strafgerechtigkeit, sondern ebenso sehr und noch mehr die Erbarmung Gottes offenbart; wir haben ein unbegrenztes Vertrauen auf die göttliche Macht des Christen=

thums, welches die sittlichen Grundlagen, auf denen die Staaten ruhen, immer wieder auferbaut, wenn die Menschen sie beschädigt und zerrüttet haben; wir haben auch ein großes Vertrauen auf den Beruf, welchen Gott dem deutschen Volke gegeben hat. Wir vertrauen auf die Tüchtigkeit der Stämme selbst, welche den preußischen Staat bilden. In dieser letzteren Beziehung erinnern wir uns der Ansicht jenes seltenen Mannes, der durch den Einfluß seiner Schriften der Lehrer Vieler geworden und uns noch nicht ersetzt ist, des sel. Jarke. Er knüpfte seine Hoffnungen und Befürchtungen bezüglich Preußens im vertraulichen Gespräche gerne an die beiden Farben Preußens. Er dachte sich unter der schwarzen Farbe alle Richtungen in Preußen, die ihm verderblich schienen, unter der weißen alle guten, lebenskräftigen Bestrebungen in Preußen, und er konnte dann mit Wärme die Ueberzeugung aussprechen, daß in dem heißen Kampfe dieser entgegengesetzten Principien die weiße Farbe siegen, die schwarze unterliegen werde. Wir schließen uns gerne dieser Hoffnung an und huldigen nicht jener finsteren Weltanschauung, die bei jedem ungerechten Ereignisse sofort nur an die strafende Gerechtigkeit Gottes denkt. Wenn Gott Fürsten und Völker nur nach seiner Gerechtigkeit behandelte, dann könnte kein Fürst und kein Volk vor ihm bestehen. Wenn wir daher den letzten Krieg für verwerflich halten und in den Folgen desselben große Gefahren für die Zukunft unseres Vaterlandes erkennen, so finden

wir darin nur um so mehr eine Aufforderung an jeden Deutschen, der sein Vaterland liebt, mit Aufbietung aller Kräfte die Wege zu suchen, die uns vor diesem drohenden Verderben bewahren können. Das ist von nun an unsere Aufgabe.

Den Standpunkt, von welchem wir hierbei ausgehen werden, haben wir in dem zweiten einleitenden Paragraphen unserer Schrift näher entwickelt. Dort setzten wir den Gedanken auseinander, daß es auf Erden keine menschliche That gebe, die absolut und in jeder Beziehung verderblich sei; denn wenn sie auch an sich für den Menschen, der sie vollbringe, böse sei, so könne sie doch ihrer göttlichen Zulassung nach und unter der Leitung der Vorsehung Gutes zur Folge haben, indem Gott oft Böses durch Böses strafe, und aus Unglück und Zerstörung neues Leben hervorgehen lasse. Unter Leitung dieses Grundsatzes wollen wir Wege suchen, um die drohenden Gefahren von unserem Vaterlande abzuwenden Wir können dabei selbstverständlich nicht ungewisse zukünftige Ereignisse, am allerwenigsten die schreckliche Möglichkeit eines neuen Bruderkrieges in Betracht ziehen. Gewiß können neue Kriege oder Revolutionen Alles, was das verflossene Jahr geschaffen, wieder vollständig umstürzen und völlig neue Verhältnisse hervorbringen. Solche Ereignisse liegen aber ebenso außerhalb unserer Wünsche, wie unserer Berechnung. Wir sind vielmehr darauf hingewiesen, von den gegebenen Verhältnissen, die wir nicht geschaffen haben, die wir aber auch

nicht ändern können, auszugehen, und mit warmer Liebe zu unserem deutschen Vaterlande alle Keime einer guten und gedeihlichen Entwickelung in ihnen aufzusuchen und zu benützen.

So gefahrdrohend nämlich jetzt unsere Lage auch sein mag, so dürfen wir doch die großen Uebelstände nicht übersehen, die in den deutschen Zuständen vor dem Kriege vorhanden waren, und ebenso wenig, daß in den inzwischen eingetretenen Verhältnissen auch Manches sich findet, was zum Heile Deutschlands gereichen kann. Wir glauben beides sowohl in Bezug auf Oesterreich, als auf das übrige Deutschland behaupten zu können.

Der größte Verlust hat offenbar Oesterreich getroffen; es hat gleichzeitig seine Stellung in Italien und in Deutschland, dieses doppelte Erbe des alten deutschen Kaiserthums eingebüßt; und doch kann dieser so immense Verlust zum Ausgangspunkte einer inneren Stärkung Oesterreichs werden.

Gerade deßhalb, weil das österreichische Kaiserhaus einer gewaltthätigen Politik ferne steht, hatten sich im Inneren und im Aeußeren Schwierigkeiten angehäuft, die auch der wohlwollendste Fürst kaum mehr zu bewältigen im Stande war. Diese Schwierigkeiten gereichen dem Kaiserhause nicht zum Vorwurf, sondern vielmehr zur Ehre. Hätte Ungarn statt eines österreichischen Kaisers einen Ludwig XIV., einen Friedrich den Großen oder einen Napoleon zum Könige gehabt, so wäre von dieser ganzen alten ungarischen Ver-

fassung, die jetzt dem Kaiserhause so große Verlegenheiten bereitet und für die Revolution in Ungarn eine Waffe gegen dasselbe ist, längst kein Stumpf und Stiel mehr übrig. Die Möglichkeit aller dieser Verfassungskämpfe liegt lediglich darin, daß die österreichischen Kaiser die Freiheit Ungarns geachtet und die Verfassung dieses Landes respektirt haben. Unter jenen französischen Fürsten wären alle Gebiete des österreichischen Reiches längst in gleichgestaltete Verwaltungsbezirke eingetheilt und von Präfekten administrirt. Für einen Fürsten, der Recht und Geschichte achtet, ist es überaus schwer, wenn die geschichtlichen Rechte zu den wirklichen Verhältnissen vielfach nicht mehr passen oder gar zum Deckmantel feindlicher Bestrebungen geworden sind, den rechten Weg zu finden, um ohne Gewaltthätigkeit die Gegenwart mit der Vergangenheit in Einklang zu bringen. Die Revolution oder absolutistische Fürsten werden mit solchen Zuständen leicht fertig; sie fegen bis zum Boden Alles weg. Sie zu bewältigen, ist aber höchst schwierig für ein Fürstenhaus, das mit großer Gewissenhaftigkeit die Rechte Anderer achtet. Diese hohe Gewissenhaftigkeit, dieser strenge Rechtssinn, diese Achtung der Rechte und Freiheiten seines Volkes ist ohne Zweifel der eine Grund, warum es dem österreichischen Kaiser so schwer fällt, die inneren Staatsverhältnisse zu regeln. Noch schwieriger waren für Oesterreich die Beziehungen zum deutschen Bunde. Der deutsche Bund war nicht einmal in seinem Ursprunge von einer hohen Idee ausgegangen. Er

entsprach hauptsächlich den Interessen der Politik auswärtiger Höfe und den dynastischen Interessen deutscher Fürsten. Von einer wahren Befriedigung nationaler Ideen war dabei kaum die Rede. Man sagt, die Bundesverfassung sei unter den damaligen Verhältnissen allein möglich gewesen; wir glauben es nur insofern, als man das wahrhaft Berechtigte nicht wollte. Hätte man nach den Befreiungskriegen Deutschland eine Reichsverfassung gegeben, die den nationalen Bedürfnissen wahrhaft entsprochen hätte, so würde der Geist, der die Befreiungskriege hervorgerufen hat, jeden Widerspruch auswärtiger Mächte dagegen unmöglich gemacht haben. Das wollte man aber nicht aus Interessen, die mit den nationalen Interessen nichts gemein hatten, und so entstand dann die Bundesverfassung, die jetzt so jammervoll zerschlagen ist. Auch ihr gegenüber war das Kaiserhaus gelähmt durch seine gewissenhafte Achtung des einmal bestehenden Rechtes. Nachdem der Versuch des jetzigen Kaisers, die Bundesverfassung den nationalen Bedürfnissen mehr entsprechend umzugestalten, an dem Widerstande Preußens gescheitert war, war Oesterreich mit seiner deutschen Politik fast lediglich darauf angewiesen, den Bundestag zu erhalten, und gerieth so in einen gewissen Gegensatz zu den nationalen Bedürfnissen des deutschen Volkes, welche ein für allemal in dieser Bundesverfassung keine hinreichende Befriedigung fanden. Jetzt hat Oesterreich wenigstens in dieser doppelten Beziehung freie Hand; es ist, wenn auch unter den schwer-

sten Opfern, frei von äußeren Fragen, die es erdrückten und lähmten; es kann sich ungehemmt der Ordnung der inneren Zustände zuwenden. Wenn das aber gelingt, wie wir zuversichtlich erwarten, so wird Oesterreich bald wieder bei den großen Hilfsmitteln, über die es noch verfügt, mächtig erstarken und dadurch auch zu Deutschland die Stellung wiedergewinnen, die ihm gebührt. Je mächtiger Oesterreich im Innern ist, je gesunder und kräftiger die inneren Verhältnisse Oesterreichs sich neugestalten werden, desto mehr wird sich im übrigen Deutschland das Verlangen unwiderstehlich regen, mit Oesterreich in der innigsten Verbindung zu stehen. Wir können nicht wünschen, daß Oesterreich sein Verhältniß zu Deutschland durch Kriege wiederherstelle; wir glauben aber, daß ein sicherer Weg, die rechte Stellung wiederzugewinnen, die innere Regeneration Oesterreichs ist.

Aber auch für das übrige Deutschland kann aus den gegebenen Verhältnissen sich Manches entwickeln, was frühere Uebelstände beseitigt und die berechtigten nationalen Gefühle des deutschen Volkes wenigstens einigermaßen ausgleicht. Wir sind nämlich immer von der Ueberzeugung ausgegangen, daß die völkerrechtliche Souveränität deutscher Fürsten, welche der Rheinbund geschaffen und die Bundesverfassung befestigt hat, ebenso unberechtigt war, als auf der andern Seite das Zerreißen des historischen Verhältnisses der deutschen Fürsten mit ihren Stammländern. Auch hier ist unsere Richtschnur die Idee, in der sich die Verfassung Deutschlands in der

Geschichte entwickelt hat, nicht aber die letzte Form, in der sie sich ausgestaltet, die wir deßhalb mehr als eine Mißform ansehen. Der deutsche Fürst, der nach einer Macht strebte, die der Einheit des deutschen Volkes entgegensteht, scheint uns nicht minder ein Revolutionär gewesen zu sein, wie es jene sind, welcher die wohlerworbenen Herrscherrechte der deutschen Fürsten beeinträchtigen. Die Kleinstaaterei, wie sie sich in Deutschland entwickelte, halten wir deßhalb für ein Unrecht an der Stellung, die dem deutschen Volke unter den Nationen gebührt. Wir glauben aber überdies, daß sie auch das deutsche Volk selbst vielfach beschädigt hat. Ein Hauptübel der inneren Zustände vieler deutschen Kleinstaaten ist das Ueberhandnehmen des Parteiwesens und die zunehmende Ohnmacht der Staatsgewalt gegen dasselbe. Dieses unselige Parteiwesen, das nicht mehr die Interessen des Volkes, sondern die Interessen und die Tendenzen einer Partei im Auge hat, ist zwar ein inneres Uebel, das sich in allen modernen Staaten mehr und weniger vorfindet; es scheint uns aber, daß es sich doch in einigen Kleinstaaten in der allerverderblichsten Weise entwickelt hat, und daß dort gegen dieses Uebel weniger Kräfte zum Widerstand im Volke und in der Regierung vorhanden sind, als in den größeren Staaten. Das Parteiwesen hat in einigen Kleinstaaten Alles beherrscht und über Regierung und Volk einen wahrhaft allgewaltigen Terrorismus geübt. Dieser Einfluß wird aber um so verderblicher, je niedriger der Stand-

punkt ist, welchen diese Parteiführer selbst einnehmen. Welche kleine Persönlichkeiten wurden dort schon zu Volksmännern hinaufgeschwindelt und haben dann als solche einen Theil des Volkes beherrscht! Solche Volksmänner, wie in einigen Kleinstaaten, hat es, glauben wir, außer diesen Ländern noch kaum je gegeben. Bei ihnen ist von edler Volksbegeisterung keine Rede, sondern nur von Parteibegeisterung, die eigentlich aus der Interessenbegeisterung entspringt. Wir dürfen bei ihnen nicht entfernt an jene Männer der französischen Revolution denken, die in ihrer Jugend noch an den Ideen des Christenthums ihr Herz erweitert hatten und nun im späteren Alter dieselben auf anderem Wege, als auf dem des Christenthums, verwirklichen wollten. In ihnen war noch Begeisterung für Ideale. Davon sind jene Parteiführer weit entfernt. Sie haben oft nicht einmal in ihrer Jugend einen hohen Gedanken gehabt, viel weniger in ihrem Alter. Der gemeinste Materialismus ist der Instinkt, der sie getrieben hat ihr Leben lang. Sie können daher auch das Christenthum gar nicht begreifen, der tiefste Haß ihres Herzens richtet sich gegen Alles, was da wagt, über den Morast auch nur einen Zoll breit sich zu erheben, in dem sie selbst stecken. So wird dann der ganze Kampf solcher Parteien, auf welche diese Männer Einfluß üben, bald ein antireligiöser, ein antichristlicher, ein antisittlicher sowohl dem Ziele als den Mitteln nach. Die Menschen unchristlich und unsittlich machen, ist dann Fortschritt und Aufklärung.

Das war die Lage mancher deutschen Kleinstaaten; sie seufzten unter dem Terrorismus einer Partei, unter der Führung einiger Männer, die einer solchen Stellung nicht würdig waren; und dadurch wurden die Zustände dieser Länder innerlich tief beschädigt. Wenn daher die eingetretenen Verhältnisse uns die Mittel bieten, ohne Beeinträchtigung der in der Idee der deutschen Rechtsverfassung den einzelnen Fürsten gebührenden Rechte, Deutschland ein festeres nationales Band zu geben, so glauben wir, daß dadurch berechtigte nationale Ansprüche zufrieden gestellt und vielleicht manche innere Schäden geheilt werden können.

Das ist also der Standpunkt, von dem wir die Zukunft unseres deutschen Vaterlandes ins Auge fassen und einzelne in Betracht kommende Verhältnisse beurtheilen wollen. Wir sehen Wege vor uns, die zum Verderben unseres deutschen Vaterlandes führen müssen; wir suchen daher in der innigsten Liebe zu unserem Vaterlande andere Wege, die uns retten können.

IX.

Die deutsche Frage.

Die erste Bedingung, um unser deutsches Vaterland vor dem unmittelbar drohenden Verderben zu bewahren, ist eine Erledigung der deutschen Frage, wodurch auf der einen Seite Oesterreich befriedigt, eine innige Verbindung mit Oesterreich bewirkt, und auf der andern Seite dem berechtigten Nationalgefühl der deutschen Völker genügt wird. Nur aus einem Zustande, der diesen beiden Beziehungen entspricht, kann wahrer Friede hervorgehen.

Habsburg hat Jahrhunderte lang die deutsche Kaiserkrone getragen. Durch das Verhalten Preußens vor dem Jahre 1806 unterlag der Kaiser im Kampfe gegen Napoleon. Als dann am 12. Juli 1806 der Reichserzkanzler Dalberg, die Könige von Bayern und Württemberg, die

Großherzoge von Baden und Berg, der Landgraf von Hessen-Darmstadt, der Herzog von Nassau, die Fürsten von Hohenzollern, Salm, Isenburg, Aremberg, Lichtenstein und von der Leyen erklärten, sie erkännten das deutsche Reich nicht mehr an, und sich als Rheinbund unter das Protektorat Napoleons stellten; als hierauf der hohe Protektor dieser deutschen Fürsten gleichfalls erklärte, er genehmige diese Entschließung der deutschen Fürsten und erkenne auch seinerseits das deutsche Reich nicht mehr an, da blieb dem letzten deutschen Kaiser nur übrig, am 6. August desselben Jahres sich dieser unabänderlichen Nothwendigkeit zu fügen und die deutsche Kaiserkrone niederzulegen. Damit hatte das tausendjährige römische Reich deutscher Nation ein Ende. Dieser 6. August, dieser Todestag des deutschen Reiches müßte in jedem Jahre ein nationaler Trauertag des ganzen deutschen Volkes sein. Was aber damals begonnen hat, ist sechzig Jahre später vollendet worden. Auch jetzt ist wieder Oesterreich besiegt durch die Politik eines Napoleon, und diesmal hat Preußen nicht nur dazu beigetragen durch müßiges Zuschauen, sondern durch einen blutigen von ihm geführten Krieg. Wie damals das alte Kaiserhaus gezwungen wurde, seine deutsche Kaiserkrone niederzulegen, so ist es jetzt gezwungen worden, dem Vorsitz am deutschen Bundestage zu entsagen, ja sogar aus Deutschland auszutreten. Wer aber glaubt, daß Oesterreich mit seinen deutschen Erinnerungen, mit seinen deutschen Völkern, mit seinem Kaiser-

hause, das durch und durch deutsch ist und in den besten deutschen Stämmen die Wurzeln seines Geschlechtes hat, auf Grund papierner Verträge von nun an den deutschen Verhältnissen als Fremdling gegenüber stehen könnte, der würde sich sehr irren. Es ist nur ein doppeltes möglich: entweder eine Gestaltung Deutschlands im Frieden mit Oesterreich, oder eine Gestaltung, auf die Oesterreich als ein fortwährendes schreiendes Unrecht hinblickt, die es zu stürzen bereit ist, sobald es vermag. Nur eine Gestaltung in innigster Vereinigung mit Oesterreich kann uns daher zum Heile gereichen. Ebenso bedürfen wir aber einer staatlichen Reorganisation, welche auch die berechtigten nationalen Gefühle der deutschen Völker befriediget. So wenig wie das deutsche Kaiserhaus und die deutschen Völker Oesterreichs ihre Geschichte vergessen können, so wenig können wir Deutsche überhaupt vergessen, daß Deutschland einst die erste Nation Europas war, und daß es jene Kaiserkrone bewahrte, welche die erste irdische Gewalt auf Erden darstellte. Wenn wir auch auf diese erste Stelle verzichten müssen, so gebührt uns doch unter den Völkern eine Stellung, welche der Kraft des gesammten deutschen Volkes in Wirklichkeit entspricht. Jede Verfassung, die dieses nicht bietet, wird eine tiefe Unzufriedenheit zurücklassen, eine Quelle ununterbrochener innerer Kämpfe werden.

Fassen wir nun aber näher ins Auge, welche Lösungen der deutschen Frage möglich sind, um unter ihnen das

zu wählen, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist und wenigstens einiger Maßen jenen Anforderungen entspricht, so bieten sich uns folgende Wege dar.

Der erste Weg wäre ein einiges Deutschland gewesen, mit einer Reichsgewalt, alle deutschen Völker mit allen Ländern, die durch ihre Geschichte zu Deutschland gehören, umschließend und ihnen unter ihren angestammten Fürstengeschlechtern freie Selbstregierung unbeschadet einer starken Centralgewalt gewährend Zu diesem großen einigen Deutschland hätte Oesterreich und Preußen mit allen ihren Ländern gehört, und sie hätten in demselben jene hervorragende Stellung einnehmen müssen, die ihnen ihren Machtverhältnissen nach gebührt. Kein Interesse irgend eines deutschen Volksstammes stand der Verwirklichung dieses Planes entgegen; sie alle hätten vielmehr in demselben ihre höchste Befriedigung erreicht. Nur Sonderinteressen und Familieninteressen waren durch ihn gefährdet. Wenn Preußen und Oesterreich sich vereinigten, war auch dessen Ausführung nicht nur möglich, sondern leicht; denn er würde eine so allgemeine nationale Begeisterung hervorgerufen haben, daß kein Volk der Erde gewagt hätte, Widerspruch dagegen zu erheben. Die Erfüllung dieses Gedankens war unsere Hoffnung bis vor dem Kriege. Jetzt ist er, wie es scheint, nicht mehr möglich ohne einen neuen blutigen Bruderkrieg mit allen seinen Greueln und Wechselfällen, der dann ebenso gut zum Untergange Deutschlands, als zu seiner Wiederherstellung führen

könnte. Wir glauben daher, daß wir, wenn auch mit dem größte Schmerze, aus Liebe zu unserm Vaterlande darauf verzichten müssen.

Ein zweiter Weg wäre eine Zweitheilung Deutschlands mit der Maingrenze gewesen; ein norddeutscher Bund unter Preußen und ein süddeutscher unter Oesterreich; beide mit ähnlicher Verfassung, mit ähnlicher Selbstständigkeit der Einzelstaate und ähnlicher Macht der einheitlichen Reichsgewalt; und beide deutschen Bünde innig miteinander verbunden. Eine solche Gestaltung hat allerdings ihre große innere Gefahr, sie ist in der That eine Zweitheilung Deutschlands; allein wenn den beiden Bundeshäuptern je ein Fürsten- und ein Ständehaus zur Seite stünde und dadurch das einheitliche Bewußtsein der deutschen Nation Conflikte zwischen beiden Theilen unmöglich machte, so wäre diese Gestaltung, nachdem die volle Einheit des Reiches unmöglich geworden, die gerechteste und jene, welche den thatsächlichsten Verhältnissen am meisten entspräche. Auch die deutschen Fürsten hätten in solcher Unterordnung unter ein Bundeshaupt keine Rechtskränkung und keine Einbuße, vielmehr die theilweise Herstellung alter deutscher Rechtsordnung, eine Sicherung ihres Fürstenthums und der berechtigten Selbstständigkeit ihres Landes erblicken müssen.

Es lag in der Hand des Königs von Preußen, als er als Sieger die Bedingungen des Friedens feststellte, den einen oder anderen Weg einzuschlagen, dadurch einen hohen

Akt der Gerechtigkeit zu üben und die Interessen Preußens mit den Interessen Oesterreichs und denen des deutschen Volkes in Einklang zu bringen. Es ist leider nicht geschehen, und wir fürchten, nicht zum Heile Deutschlands. Wir hätten in dieser Verfassung, die zugleich die historischen Verhältnisse möglichst geschont hätte, einigermaßen eine Garantie für die Zukunft gefunden. Jetzt scheint auch diese Gestaltung unmöglich geworden, nachdem Oesterreich aus Deutschland ausgetreten ist und wir nicht einmal wissen, ob es nicht seiner inneren Zustände wegen auf jede deutsche Politik vorläufig zu verzichten beschlossen hat.

Ein dritter Weg für die Verfassung Deutschlands liegt vor uns in einer Dreitheilung: ein Nordbund, Oesterreich mit seinen deutschen Ländern, ein Südbund. Allein wir halten die Befürchtung derjenigen deutschen Patrioten und Staatsmänner für nur zu begründet, welche in diesem süddeutschen Staatenbund ohne Oesterreich ein Analogon des alten Rheinbundes, die höchste Gefährdung der Integrität Deutschlands, einen Tummelplatz auswärtiger Politik und einheimischer kleinlicher Intriguen, engherziger, dynastischer und Sonderinteressen und schließlich einen Heerd aller pseudoliberalen und radikalen Elemente und in allem diesem ein Verderben für Deutschland nach Innen und Außen erblicken. Aber auch abgesehen von alle dem, scheint uns die Lage dieser Mittelstaaten, wenn sie auf sich selbst angewiesen sind, unhaltbar. Wenn nicht einen Bund unter Oesterreich bil-

dend, werden sie unfehlbar entweder von dem preußisch-deutschen Einheitsstaat verschlungen werden, zugleich mit den noch bestehenden Kleinstaaten des Nordbundes — oder sie müssen sich mit den Nordstaaten unter Preußens Führung zu einem über ganz Deutschland mit Ausnahme Oesterreichs sich erstreckenden Bundesreiche vereinigen.

Wohl wissen wir, daß ein tiefberechtigtes Gefühl der Empörung gegen die Ungerechtigkeit und Gewaltthat, gegen die dem Erfolge dargebrachte Huldigung, viele achtbare Männer der verschiedensten Richtung, Demokraten und Katholiken, in Süddeutschland bestimmt, sich einem solchen Anschluß an Preußen entgegenzusetzen und auf jede Gefahr hin die Gründung eines süddeutschen Bundes ohne Oesterreich und ohne Preußen vorzuziehen — allein es scheint uns diese Politik mehr das Produkt eines achtungswerthen Gefühles zu sein, als irgend eine Hoffnung auf reellen Erfolg zu besitzen und wir stehen daher vor der Frage, ob der von Heinrich v. Gagern zur Zeit des Frankfurter Parlamentes ausgesprochene Gedanke eines deutschen Bundesstaates unter Führung des Königs von Preußen mit Wahrung der rechtmäßigen Selbstständigkeit der deutschen Fürsten und Länder und in engem und unauflöslichem Bündnisse mit Oesterreich nicht allein jene Gestaltung Deutschlands sei, in welcher bei den bestehenden Thatsachen das, was von den Hoffnungen aufrichtiger Vaterlandsfreunde noch übrig geblieben, gerettet und das größte unter allen Uebeln, nämlich der völlige Ruin

Deutschlands und dessen schmachvolle Abhängigkeit vom Auslande abgewendet werden kann.

Wir müssen daher diesen Gedanken um so mehr ins Auge fassen, da offenbar, wenn nicht neue gewaltige Katastrophen dazwischen treten, die Macht der Verhältnisse und gewichtige Gründe zu demselben hindrängen und auch Solche, die nur mit dem größten Schmerze auf die Vereinigung des ganzen deutschen Vaterlandes verzichten und nur mit tiefster Wehmuth das alte Kaiserhaus von uns getrennt sehen, ihn als den fast allein möglichen betrachten müssen. Was zu diesem Anschluß der süddeutschen Lande an den Nordbund hindrängt, ist vor Allem die bedenkliche Weltlage. Denn diese ist der Art, daß sie eine rasche Lösung der deutschen Frage fordert. Findet uns die nächste große Katastrophe in Europa, die täglich eintreten kann, in dem jetzigen schwachen und zerrissenen Zustande, was wird dann aus Deutschland werden? Ohne Verblendung kann man nicht verkennen, daß wir dann Gefahr laufen in die tiefste Erniedrigung der französischen Zeit zurückzusinken, ohne die Gewißheit zu haben, daß ein zweiter Befreiungskrieg uns wieder aus derselben retten werde. Wir bedürfen einer schnellen Lösung der deutschen Frage, und diese scheint im Augenblick nur noch der Anschluß an den Nordbund und ein inniges Bündniß mit Oesterreich zu bieten. Alle anderen Pläne scheinen unter den obwaltenden Verhältnissen unausführbar und von tausend Zufälligkeiten abhängig. — Dazu kommt zweitens, daß eine

ganz Deutschland, wenn auch mit Ausnahme Oesterreichs umfassende Vereinigung jedenfalls dem nationalen Bewußtsein eine größere Befriedigung bietet, als die trostlose dermalen bestehende drei- oder vielmehr sechsfache Getheiltheit. Ja sie würde selbst die Macht und das Ansehen Deutschlands nach Außen größer machen, als sie zur Zeit des Bundes war, vorausgesetzt, daß das unter Preußens Führung geeinigte Deutschland das innige und unauflösliche Bündniß mit Oesterreich als seine erste und wichtigste Aufgabe betrachtete. Denn nie dürfte vergessen werden, daß dieser neue Bund nur einen, wenn auch den größeren Theil Deutschlands bildete und daß ein anderer großer Theil zu Oesterreich gehört, daß daher diese beiden Theile Einer Nation sich nicht als fremd betrachten oder als fremde Völker nur internationale Beziehungen unterhalten dürfen, sondern vielmehr ein solches unauflösliches Bündniß gründen müssen, wie es zwei Theilen derselben Nation rechtmäßig und naturnothwendig zukömmt. Und wohl hätte Preußen, dessen Ehrgeiz dann wahrlich sein höchstes Ziel gefunden, bei den großen moralischen Schulden, die es Oesterreich gegenüber hat, allen Grund und das größte Interesse, dieses Bündniß so fest als möglich zu knüpfen und für Oesterreich so vortheilhaft als möglich zu machen. Nur so könnte Preußen auch in Deutschland alle Diejenigen mit sich versöhnen, die durch die letzten Alliancen Preußens mit der Revolution und durch den Kampf gegen Oesterreich mit

Hilfe solcher Bundesgenossen in ihrem Rechtsgefühle und allen ihren heiligsten Ueberzeugungen tief gekränkt sind.

Endlich wird für diesen Anschluß der Umstand in die Wagschale fallen, daß er die Heilung der inneren Uebelstände der jetzt eines jeden Haltes beraubten Mittelstaaten erleichtert. Die politischen Verhältnisse in den Nord- und Süddeutschen Staaten sind unter einander homogener, als im Verhältniß zu dem österreichischen Kaiserstaate. Es ist daher leichter, eine gewisse Uebereinstimmung der Institutionen herzustellen. Mit Oesterreich scheint das nur nach Austrag seiner eigenen inneren Verfassungskämpfe möglich. Jeder Aufschub aber einer Regelung und Befestigung der inneren Verhältnisse der deutschen Länder erscheint fast nicht minder Gefahr bringend, als unsere völlige Zerrissenheit dem Auslande gegenüber.

Wenn aber die Vereinigung des deutschen Südens mit dem deutschen Norden unter Preußens Führung und in unauflöslichem Bunde mit Oesterreich eine Hoffnung auf Gedeihen haben und das deutsche Rechtsbewußtsein zufrieden stellen soll, so muß die berechtigte Selbstständigkeit der deutschen Länder darin ihre sichere Gewährung finden und muß Preußen auf den schließlich nur zur Revolution führenden absoluten Einheitsstaat verzichten und nicht die Mehrung seiner Hausmacht, sondern die Größe und Freiheit Deutschlands und in ihm aller deutschen Stämme, Länder und Fürsten als seine Aufgabe betrachten. In dieser Be-

ziehung müssen wir es nicht nur als ein Unrecht an der deutschen Geschichte, sondern auch als einen großen Fehler der inneren und der äußeren Politik betrachten, daß Preußen, anstatt sich mit dem Primate im Nordbunde zu begnügen, einen Theil der Länder annectirt hat. Jeder Schritt auf dem Wege nivellirender Centralisation ist nur ein Schritt näher zum Umsturz. Preußen hätte sich selbst innerlich weit mehr befestigt, wenn es sich mit einer kräftigen Centralgewalt begnügt, dagegen die alten Fundamente deutschen Rechtes und deutscher Geschichte stehen gelassen hätte. Sie wären für es selbst eine Stütze geworden. Die Verfassung des Nordbundes wird uns in den nächsten Tagen zeigen, was wir in dieser Hinsicht zu erwarten haben. Es wird viel davon abhängen, daß da das rechte Verhältniß zwischen der Centralgewalt und der Selbstregierung der Einzelländer gefunden wird.

Damit wenden wir uns nun den inneren Fragen zu. In Preußen selbst ist ein tiefer Gegensatz der Parteien, ein innerlicher Kampf, der schon oft den preußischen Staat nahe an den Abgrund des Verderbens gebracht hat. Die Parteien ruhen jetzt alle, überrascht und in ihren bisherigen Plänen und Bestrebungen zugleich gestört durch die überwältigenden Erfolge der letzten Tage. Es ist wahrhaft ein Strich durch all' ihre Rechnungen gemacht worden. Sie werden aber bald wieder unter veränderten Verhältnissen in neuer Form ihren alten Kampf aufnehmen. Durch die neuen Länder, welche Preußen erworben hat, wird dieser

Kampf der politischen Parteien wesentlich vermehrt werden, und wenn die Grenzen des Nordbundes auch über die süddeutschen Mittelstaaten sich ausdehnen sollten, so würde er einen mächtigen neuen Zuwachs erhalten. Preußen geht deßhalb großen inneren Kämpfen um so sicherer entgegen, je länger der äußere Frieden dauern wird. Dabei wird es von nun an für Alles selbst verantwortlich gemacht werden, und nicht mehr die Schuld weder auf den Bund noch auf Oesterreich als bequeme Sündenböcke ablagern können. Die Situation verändert sich dadurch vollständig für Preußen. Alle Elemente der Revolution in Deutschland haben bisher Preußen geschont und es gegen Oesterreich unterstützt. Sie werden jetzt nach und nach anfangen, für diesen Dienst ihre Rechnung zu stellen. Der Ruf „durch Einheit zur Freiheit" — Freiheit natürlich nur im Sinne unbeschränkter Herrschaft der Partei verstanden — wird das Feldgeschrei der Parteien werden. Bei Besprechung der großen inneren Fragen werden wir zunächst Preußen ins Auge fassen, dessen innere Verhältnisse für ganz Deutschland gegenwärtig von doppelt entscheidendem Einflusse sind. Die allgemeinen Wahrheiten, die wir aussprechen werden, haben übrigens auch für alle deutschen Staaten Geltung.

X.

Die innere Politik.

Die zweite Bedingung einer glücklichen Zukunft für unser deutsches Vaterland ist die Befolgung einer richtigen inneren Politik.

Es wird oft übersehen, daß die inneren Fragen in allen modernen Staaten, in allen Staaten, die an den Zeitbewegungen, an den geistigen Strömungen der Zeit theilnehmen, nicht nur die wichtigsten, sondern auch weitaus die schwierigsten sind. Noch kein moderner Staat, der sich den Staatsideen der Neuzeit hingegeben, hat es zu irgend einer inneren Ausgleichung und Beruhigung gebracht. Aeußere Kriege treten in unserer Zeit, wie wir gesehen, hauptsächlich ein nicht der äußeren Verwickelungen, sondern der inneren Lage wegen und haben nicht mehr in sich selbst den Grund, sondern in den

inneren Verhältnissen. Mögen sie allen europäischen Regierungen schon ihrer finanziellen Verhältnisse wegen noch so lästig sein, so werden dennoch alle, wie das Schiff in den Wirbel, hineingezogen, wenn das Staatsschiff an der Stelle angekommen ist, wo es ohne äußeren Conflict die innere Krankheit nicht mehr überwinden kann. Man spricht gerne die Hoffnung auf allgemeinen Frieden aus und gewiß könnten wir uns vom Geiste des Christenthums aus diesen Hoffnungen nur mit ganzer Seele anschließen, wir sind aber weit davon entfernt, so lange das innere Staatsleben so schadhaft ist, daß es äußere Eruptionen nothwendig macht. Deutschland und insbesondere Preußen ist aber vielleicht das Land, wo diese inneren Kämpfe mit der tiefsten Leidenschaft und daher auch mit der größten und verderblichsten Verblendung geführt werden; wo namentlich der Doctrinarismus seine Parteisysteme bis zum vollendeten Fanatismus treibt. Alle Interessen concentriren sich deßhalb auf den Punkt, ob es in diesem Bunde unter Preußen gelingen wird, für die innere Politik der so verbundenen Staaten wahre, gerechte, gesunde Grundsätze zu finden, die getragen von einer starken Regierung, wahrhaft zu einem inneren Frieden führen können; zu einem inneren Frieden, so weit er überhaupt auf Erden möglich, so weit er die nothwendige Bedingung ist zu einem geordneten ruhigen Staatsleben. Nicht äußere Siege, sondern innere Siege thuen uns Noth; nicht dadurch ist die Zukunft Deutschlands und Preußens gesichert, daß immer nach Verlauf

einiger Jahre auf den blutigen Schlachtfeldern Siege errungen werden, die sich so leicht in Niederlagen verwandeln können, sondern dadurch, daß innerlich feste Fundamente gelegt werden, die den Staat aus dieser Schaukelbewegung herausbringen, von der wir alle modernen Staaten ergriffen sehen; eine Schaukelbewegung, der man täglich nur mit Angst zusieht in Erwartung des Augenblicks, wo der Staat das Gleichgewicht verliert und in Trümmer geht. Graf Bismarck hat unglaubliche Resultate erreicht; er hat gegen alles Erwarten eine Kammermajorität, die durch den größten Theil des preußischen Volkes getragen und von ganz Deutschland unterstützt war, überwunden und sie gezwungen, ihm Indemnität und Alles zu bewilligen, was er nur wünscht; er hat in der auswärtigen Politik Erfolge erzielt, die ebenso unglaublich und überraschend sind; und dennoch können wir über den bleibenden Werth seines Wirkens für Preußen erst dann urtheilen, wenn wir das System seiner inneren Politik kennen lernen werden. Bis dahin wissen wir noch nicht, ob er ein glücklicher Spieler ist, der in einer Nacht verlieren kann, was er in einer anderen gewonnen hat, oder ob er ein Staatsmann ist, der für die Zukunft baut. Die inneren politischen Fragen sind die großen Zeitfragen, von deren Lösung die Zukunft der europäischen Staaten abhängt. Nur wenn Preußen in seiner inneren Politik die rechten Wege einschlägt und diesen Impuls auch jenen Staaten mittheilt, die sich seiner Führung hingeben,

kann es dauernde Verhältnisse begründen und eine bleibende Machtstellung gewinnen; sonst wird die Revolution die Rache für Königgrätz übernehmen.

Von dieser Ueberzeugung über die Wichtigkeit der inneren Politik geleitet, wollen wir nunmehr die verschiedenen Richtungen in und außer Preußen, die sich in derselben geltend machen wollen, näher ins Auge fassen und unsere Ansicht über die wahren Grundsätze der inneren Politik aussprechen.

Eine Richtung in Preußen geht auf den monarchischen Absolutismus, ein absolutes preußisches Königthum aus. Sie hat an Stärke wesentlich gewonnen durch die inneren Verfassungskämpfe und die vielen unseligen Erscheinungen, die mit denselben verbunden waren. Viele in Preußen glauben, daß nur durch ein Zurückgreifen auf die früheren Zustände, auf die Vollgewalt des preußischen Königs, aus diesem Wirrsal, der Preußen bis an den Abgrund des Verderbens gebracht habe, herauszukommen sei. Dieser Richtung schließen sich alle jene an, die mit dem preußischen Königthum eine Art religiösen Cult treiben und die Ueberzeugung haben, daß das preußische Königthum etwas Einziges in der Welt sei, das durch eine besondere göttliche Vorsehung das Heilmittel für alle Uebel der Welt in sich trage. Es gehört diese Anschauung einer eigenthümlichen Färbung des Protestantismus in Preußen an. Wenn wir aber auch die Gefühle theilweise achten, aus welchen diese

Bestrebungen hervorgegangen sind, so können wir dieselben doch nur als gefährliche Irrthümer betrachten, die nicht zum Heile gereichen würden, wie sie zur Ausführung kämen. Wenn wir die Regentengaben mancher preußischer Könige gern anerkennen und von ganzem Herzen wünschen, daß Gott auch in Zukunft die preußischen Könige mit allen Fürstentugenden ausstatte, so möge man sich doch hier verderblichen Phantasiebildern nicht hingeben. Die preußischen Könige sind und bleiben Menschen, wie wir alle sind; von ihrer Mitwirkung wird es abhängen, ob sie gute oder schlechte Fürsten werden. Auf gute werden weniger gute folgen, und die Annahme, daß alle preußischen Könige durch eine providentielle Leitung vor großen Verirrungen bewahrt seien, scheint uns die preußische Geschichte selbst, mag man sie auch noch so sehr idealisiren, doch hinreichend zu widerlegen. Wie wir daher jeden Absolutismus für verderblich halten, so würde der Versuch ein absolutistisches preußisches Königthum herzustellen, die unseligsten Folgen haben; er würde keinen inneren Frieden bringen.

Eine verwandte Richtung ist jene, die von einem preußischen Militärstaat, einem absoluten preußischen Kriegesherrn das Heil für Preußen und für Deuschland erwartet. Es sind schon Stimmen in Preußen laut geworden, selbst in einflußreichen Organen, die diesen Gedanken mit der äußersten Schärfe ausgesprochen haben. Ein solcher preußischer Militärstaat, wo das Volk in Waffen, das aber

auch deßhalb, weil es unter dem Gewehre steht, keinen eigenen Willen haben darf, als das allein maßgebende Volk betrachtet würde, wäre freilich der kürzeste Weg, um augenblicklich über alle inneren Schwierigkeiten hinwegzukommen. Wir begreifen auch bei dem Werthe, den man in Preußen mit vollem Recht auf die preußische Militärverfassung legt, bei dem Selbstgefühl, von dem das preußische Heer durchdrungen ist, bei dem Eindruck seiner großen Siege, die es in diesem Jahre errungen hat, bei dem Hinblick zugleich auf das viele Misère der inneren Zustände, daß treue Diener ihres Königs auf diesen Gedanken verfallen können. Der kürzeste Weg ist aber nicht immer der rechte Weg, und ein Mittel, das augenblicklich hilft, deckt das Uebel oft nur äußerlich zu, ohne es innerlich zu heilen. Wer die Entwickelung des menschlichen Geistes in unserer Zeit vor Augen hat und zugleich die Natur der germanischen Völker berücksichtiget, kann unmöglich glauben, daß ein preußisches Militärkönigthum ruhige, befriedigende innere Verhältnisse schaffen könnte. Mag man die Militärdisciplin noch so hoch anschlagen; sie allein genügt wahrlich nicht; dazu ist die Bestimmung, die Gott unserem Volke gegeben hat, zu hoch. Ein reiner monarchischer Militärstaat würde bald in sich selbst zu Grunde gehen.

Eine dritte Richtung hat ihren Sitz in jener Partei, die zur Zeit der neuen Aera in der Kammermajorität geherrscht hat. Sie ist identisch mit den Kammermajoritäten

der übrigen deutschen Staaten. Da sowohl für das Wahlrecht, wie für die Wählbarkeit in dem Constitutionalismus, wie er sich bisher ausgebildet hat, lediglich der Vermögensbesitz entscheidend ist, und da dieser Geldmaßstab noch durch die Einrichtung der indirecten Wahlen an Macht gewinnt, so haben wir in dieser Art von Constitutionalismus zugleich den Geldstaat und in dem Bestreben die Majoritäten in diesen Kammern alleinherrschend zu machen, den Absolutismus des Kapitals. Daher trägt auch das ganze Staatswesen in den Staaten, die sich nach diesem Princip entwickelt haben, durchaus den Charakter der Geldherrschaft an sich. Die Intelligenz dieser Kammermajoritäten ist die Intelligenz des Materialismus in Verbindung mit der Herrschaft des Kapitals. Die Interessen des Kapitals sind dann die einzigen wahren Interessen der Menschheit. Die ganze Staatsmaschine hat keine andere Aufgabe, als den Interessen der Stände zu dienen, die das Kapital in Händen haben. Bildung, Fortschritt ist ihm Geldgewinn und Geldgenuß; alle anderen höheren Interessen der Menschheit und des Christenthums sind ihm Verdummung, Ultramontanismus, Jesuitismus. Diese Geldsack-Intelligenz, die uns in der Vergangenheit das Heilmittel aller Uebel bringen wollte und uns dasselbe für die Zukunft verspricht, kann uns natürlich keine glückliche Zukunft bringen. Da müßte man zuerst das Mittel erfinden, den Geist des Menschen in der Materie und im Geldbeutel

zu ersticken. Eine innere Politik, die sich ihr ergibt, führt unfehlbar zum Ruin.

Im Gegensatz zu dieser Herrschaft des Kapitals stehen die Forderungen der Führer des Arbeiterstandes. Der social-demokratische Staat soll die wachsende Noth des Arbeiterstandes heilen, welche die volkswirthschaftlichen Lehren der Neuzeit hervorgerufen haben; die Idee des absoluten Staates soll den Interessen der Arbeiter dienstbar werden, wie sie bisher den Interessen der Stände diente, die das Kapital in Händen haben. Auf dem Standpunkt, den die Wortführer dieser Partei in der Gegenwart einnehmen, wäre dieser socialdemokratische Staat wieder nicht viel mehr als moderner Constitutionalismus in Händen des Arbeiterstandes oder vielmehr in Händen einiger Führer desselben; ganz dieselbe Maschine, nur mit verändertem Locomotivführer. Es genügt, ganz oberflächlich die namenlose Armseligkeit, die unter den Wortführern dieser Partei, welche sich vor Allem ihrer festen Organisation rühmte, nach wenigen Tagen ihres Daseins hervorgetreten ist, zu kennen, um sich einen Begriff von der Verwirrung zu machen, die mit dem Siege derselben über das ganze staatliche Leben hereinbrechen würde. Wir sind freilich davon noch weit entfernt, wir müssen aber ohne Unterlaß im Auge behalten, daß der reine Industrie- und Geldstaat nothwendig zu dieser Consequenz und damit zur socialen Revolution führt, denn der social-demokratische Staat

wäre nichts anderes als ein wilder Kampf der Parteien unter einander, der schließlich nur durch neue Gewaltherrschaft beendigt werden könnte.

Alle diese Irrwege der inneren Politik, die wir bezeichnet, haben aber einen gemeinschaftlichen Boden in dem doctrinären Absolutismus, nämlich in der Geistesrichtung, ein selbstgemachtes politisches System für das unfehlbare Heilmittel zu betrachten und es dann zum unbeschränkten Princip des Staatslebens zu erheben, sei es nun absolute Monarchie mit religiöser Färbung, absoluter Militärstaat, absoluter Constitutionalismus als Herrschaft des Kapitals oder der Arbeiter; sie alle sind Formen eines Systems, der Gedanke des absoluten Staates in vier Formen; wesentlich aber dasselbe. Diese Richtung ist eine Zeitkrankheit, die wieder ihren Grund hat in dem Subjectivismus, dem so viele unserer Zeitgenossen gänzlich anheimgefallen sind, seitdem sie sich von der wohlthätigen Leitung einer göttlichen Lehrautorität losgesagt haben. Er beherrscht die Geister; er erzeugt alle diese falschen Staatssysteme, und jedes System sammelt um sich eine Zahl fanatischer Anhänger, die in der rücksichtslosesten Verfolgung ihrer Systeme das alleinige Heil der Welt suchen.

Eine andere Richtung endlich, die sich in der Gegenwart der inneren Politik bemächtigt und sie leiten will, verzichtet eigentlich auf jedes System; sie glaubt weder an die siegende Kraft höherer Gedanken, noch an den Werth

sittlicher Grundlagen für den Staat, und erwartet deßhalb alles Heil von einer schlauen, gutberechneten, starken Verwaltung. Auch für sie, die eigentlich an dem Höheren in der Menschheit verzweifelt, ist uns Frankreich ein Vorbild in seinem Imperialismus. Dieser Imperialismus ist alles und nichts; er ist Freiheit, excessive Freiheit in der Form, in den Worten, und Despotismus, schrankenloser Despotismus in der Sache. Er ist ein System voll Lug, ruht auf Corruption und führt zur Corruption und hat seine innere Kraft und Energie in einem überaus geschickt eingerichteten Verwaltungssystem, das wir am besten als das napoleonische Präfectursystem kennzeichnen. Dieses corrumpirende Verwaltungssystem als einziges Heilmittel der Regierung, um sich gegen die Zeitbewegungen zu schützen, ist eine große Gefahr für alle Staatsmänner, die auf die höhere sittliche Grundlage des Lebens verzichtet haben. Leider zählt dasselbe System auch in Deutschland viele Verehrer; es ist in manchen deutschen Staaten bereits tief eingedrungen und in vielen Spuren auch in der preußischen Verwaltung zu entdecken. Aber solche Mittel können uns wahrlich nicht helfen, und es wäre eine unselige Verblendung, wenn deutsche Staatsmänner zu ihnen ihre Zuflucht nehmen wollten, um über die inneren Schwierigkeiten Herr zu werden. Sie sind für den Staatsorganismus, was Opium für den Körper des Kranken ist; es schläfert ihn ein, daß er seine Krankheit augenblicklich nicht

fühlt; wenn er aber erwacht, so hat er, nur unbewußt, einige Schritte näher dem Tode gemacht. Ein corrumpirendes napoleonisches Verwaltungssystem mit dem Lügenscheine, an der Spitze aller freiheitlichen Entwickelungen der Zeit zu stehen, kann unsere inneren Zustände nicht heilen, weil uns die Lüge nicht heilen und helfen kann.

Nachdem wir bisher die falschen Richtungen der Zeit, die für die innere Politik maßgebend sein wollen, bezeichnet haben, wollen wir ihnen einige wahren Grundsätze entgegenstellen. Es kann dabei natürlich nicht unsere Absicht sein, in das Einzelne einzugehen, sondern nur einige allgemeine Gesichtspunkte hervorzuheben.

Die erste Forderung, welche wir an eine gesunde innere Politik stellen müssen, ist Achtung vor der Religion und den sittlichen Grundlagen, auf denen alle menschlichen Verhältnisse ruhen, weil der Mensch vor Allem ein religiöses und sittliches Wesen ist. Das innerste Wesen dessen, was wir Macchiavellismus nennen, ist eine Politik ohne Gott, eine Politik ohne Religion, eine Politik ohne Sittlichkeit, eine Politik lediglich des Calcüls, der nächsten Zweckmäßigkeitsberechnung, der Anwendung aller, auch der unsittlichsten Mittel, um diesen Zweck zu erreichen. Dieser Macchiavellismus in der Politik ist immer in der Welt gewesen; er hat aber in dem Maße zugenommen, wie die Menschen sich von Gott abgewendet haben. Man hat in neuerer Zeit denselben insbesondere den katholischen Höfen vor-

geworfen; insofern mit einem gewissen Scheine, als er sich an einen katholischen Namen knüpft und als Macchiavelli sein Werk il Principe für italienische Fürsten, für die Medicäer geschrieben hat. Im Uebrigen geht es mit diesem schlechten System, wie mit dem ihm verwandten Grundsatz: der Zweck heiligt die Mittel; wir werden beide nicht los, wenn wir sie anderen vorwerfen; es ist wahrer, anzuerkennen, daß sie böse Principien in sich schließen, denen alle Regierungen verfallen können, sie mögen einer Religion angehören, welcher sie wollen, weil alle der Sünde und dem Irrthum zugänglich sind; und besser als hin- und herzerren, um das Böse Anderen vorzuwerfen, ist es daher, wenn wir uns vereinen, es zu meiden. Macchiavellismus kann an allen Höfen herrschen, katholischen wie protestantischen, und er hat an vielen geherrscht und leider die innere Politik der Regierungen in den letzten Jahrhunderten nur zu viel beschädigt. Dieser reinen Nützlichkeitsberechnung, nach dem kleinen Umfang menschlicher Einsicht, ohne Rücksicht auf die ewigen Grundsätze der Gerechtigkeit, der Wahrheit und der Sittlichkeit fallen unaufhaltsam alle Staatsmänner anheim, die selbst innerlich von der Religion getrennt sind. Der Mangel an wahrer Achtung vor der Religion, an Erkenntniß der sittlichen und der religiösen Fundamente, auf denen auch die staatlichen Verhältnisse der Menschen beruhen, ist der tiefste Grund der vielen inneren Schwierigkeiten, in welche die modernen Staaten gerathen sind.

Wenn wir aber die Achtung vor der Religion, die Achtung vor der religiösen Ueberzeugung des Volkes und die Kundgebung dieser Achtung, wenn wir die Anerkennung, daß die Grundlage der bürgerlichen Ordnung nicht eine verschmitzte, schlaue Politik, sondern die religiöse sittliche Gesinnung des Volkes ist, als die erste Bedingung einer gesunden, zu dauernden Zuständen führenden inneren Politik fordern, so sind wir weit davon entfernt, damit sagen zu wollen, daß der Staat Religion machen soll. Wir werden uns darüber später weiter aussprechen; wir wollen nur hier schon gegen diese Mißdeutung uns auf das Entschiedenste verwahren. Jedes Religionmachenwollen durch den Staat führt zu einer anderen Art von Macchiavellismus, der dann nur um so gefährlicher wird. Wie dieser seinem Wesen nach ein System schlauer politischer Berechnung ist, das sein Ziel mit allen Mitteln verfolgt, so wird dann selbst die Religion leicht ein Mittel zu schlechten politischen Zwecken. Macchiavelli hat dies geradezu ausgesprochen, indem er die Frechheit hatte zu sagen, der Fürst müsse dem Volke gegenüber Religion zeigen, er brauche selbst aber keine Religion zu haben. Wie viele Fürsten haben die Religion in diesem Sinne mißbraucht. Wir wünschen wahrhaft nicht solche Könige wieder, die sich die allerchristlichsten nennen und als solche gepriesen werden, die Kirche und Religion aber nur beschützen, um sie zu Werkzeugen ihrer Politik zu machen. Wenn wir daher Achtung vor der Religion fordern als erstes Princip einer

guten inneren Politik, so sind wir doch unendlich weit davon entfernt, damit ein Religionmachen durch den Staat fordern zu wollen. Die Religion ist nicht unmittelbar Aufgabe des Staates, sondern Aufgabe der christlichen Kirche; er soll sich daher auf seine eigene, ihm von Gott gestellte Aufgabe beschränken, er soll aber die Religion ehren und achten, er soll dem Glauben seines Volkes gegenüber die höchste Rücksicht nehmen, er soll anerkennen und davon erfüllt sein, daß durch die Religion in dem Herzen des Volkes jene sittlichen Grundlagen gelegt werden, ohne die er nimmermehr bestehen kann.

Wir fordern zweitens in Folge dieser Gesinnung Anschluß der Regierung an die religiösen und sittlichen, an die christlichen Elemente im Volke, und verwerfen jedes Buhlen mit den schlechten und gottlosen Zeitrichtungen. Das letztere war bisher in manchen Kleinstaaten im höchsten Grade der Fall. Wenn wir sagen in manchen Kleinstaaten, so wollen wir die Großstaaten nicht ganz davon freisprechen; in den Kleinstaaten sind aber gewisse Uebelstände weit mehr ausnahmlos geworden, so daß sie das ganze Staatswesen durchdringen. Wir sagen dagegen gewiß nicht zuviel, wenn wir behaupten, daß es deutsche Staaten gegeben hat, in denen die innere Verwaltung in dem feindlichsten Gegensatze zu dem ganzen sittlich-religiösen Leben des Volkes sich befand, so daß man hätte glauben sollen, die Regierung habe eigentlich nur einen Feind, die Religion des Volkes.

Diese Gesinnung wurde dort vielfach gehegt und getragen von dem Beamtenstand. Kein Stand verhielt sich als Stand dem christlichen Volksleben gegenüber so kalt, so fremd, so antipathisch in jenen Gegenden, als gerade er. Von keinem wurden alle religiösen Pflichten so geringschätzig, so öffentlich außer Acht gelassen, als von ihm. Wenn es sich um irgend eine öffentliche Huldigung des Zeitgeistes handelte, so sah man dieselben Männer mit der servilsten Eilfertigkeit sich vordrängen, die ihre Verachtung jeder Religion so recht absichtlich täglich dem Volke zur Schau trugen. Diese antichristliche Gesinnung zeigte sich bis in die letzten Stufen der Beamtenhierarchie herab, wo sie das Volk unmittelbar berührt. Sie wählte nie einen, wenn auch noch so tüchtigen, aber entschieden religiösen Mann zum Gemeindebeamten, zum Amtmann, Bürgermeister, Schultheiß u. s. w.; dagegen sah man nicht selten diejenigen ausgewählt, von denen das ganze christliche Volk wußte, daß sie der Religion gänzlich entfremdet oder selbst feindlich seien. Es war nicht selten so weit gekommen, daß nach der Ueberzeugung des christlichen Volkes eine entschieden religiöse und sittliche Haltung eine Makel in den Augen mancher Staatsbeamten war; daß man deßhalb bei allen Beziehungen mit denselben nichts sorgfältiger vermied, als die Kundgebung einer religiösen Gesinnung. In manchen Landstädten, wo die Beamten einen vorwiegenden Einfluß übten, war Maßstab der fortschreitenden Irreligiosität die Zahl des Beamtenstandes. Man

konnte ohne Weiteres in der Regel schließen: Je mehr Beamte dort sind, desto verbreiteter in der Bürgerschaft Religionsgleichgiltigkeit und deren traurige Folgen. Deßhalb können wir uns auch nicht wundern, wenn der Beamtenstand vielfach der revolutionären Bewegung den geringsten Widerstand entgegenstellte. Manche Fürsten hatten in keinem Stande weniger wahre treue Freunde als in ihm, trotz der Ergebenheit, die zur Schau getragen wurde. Nichts hat vielleicht die sittlichen Grundlagen des Staates in der Gesinnung des Volkes tiefer zerrüttet, als einestheils diese wegwerfende Geringschätzung gegen das ganze religiöse Leben des Volkes, und anderntheils diese Deferenz und Reverenz desselben Standes gegen die schlechtesten Zeitrichtungen. Der preußische Cultusminister hat im vorigen Jahre in dem Abgeordnetenhause die Worte gesprochen: „Allein in dem Glauben an den lebendigen Gott, wie er in der heil. Schrift des alten und neuen Testamentes geoffenbart ist, und in dem Gehorsam gegen seine Gebote erkennt die Staatsregierung die sichere Bürgschaft für die Wohlfahrt der Nation. Indem sie zu diesem Glauben sich bekennt, wird sie in ihm Maß und Richtschnur finden für ihre legislatorische Thätigkeit.“ Das sind Worte, die das deutsche Volk lange nicht mehr von deutschen Ministern gehört hat und die in manchen deutschen Kammern kein Minister auszusprechen auch nur wagen würde. Ein ähnliches Wort würde in diesen Ländern durch einen großen Theil der Presse ein Geschrei und

einen Scandal veranlassen, als ob der Minister den größten Staatsverrath begangen hätte. Der Staat, in welchem das, was der preußische Minister hier gesprochen, zur Wahrheit würde, und wo dieser Geist dessen Beamte erfüllte, würde alle sittlichen und religiösen Kräfte im Volke zu Bundesgenossen gewinnen.

Wir fordern drittens für ein gesundes, politisches Leben einen vollständigen und gründlichen Bruch mit der Nachäfferei französischer Staatsformen. Unsere politische Gesinnung, unsere politischen Begriffe und Anschauungen müssen wieder deutsch werden. Wir müssen wieder auf deutschem Fundamente unser deutsches Staatswesen aufbauen, nicht den Formen nach, wie wir sie in den letzten Jahrhunderten vorfinden, aber den Ideen nach, die das germanische Staatswesen durchdrungen haben. Das Deutschland der letzten Jahrhunderte war schon vielfach nicht mehr Deutschland. Der Geist, der einst das ganze bürgerliche politische Leben beherrschte, ist, wir wiederholen es, vom deutschen Volke gewichen, als der monarchische Absolutismus mehr und mehr um sich griff, Alles absorbirte und dem liberalen Absolutismus die Bahn brach. Für diese Geistesrichtung ist dann Frankreich das Musterland geworden und zugleich die Quelle der ganzen modern-politischen Bildung. Wir werden nie zu einem ruhig fortschreitenden inneren politischen Leben kommen, so lange wir immer nach fremden Mustern schauen und gedankenlos nachschwätzen, was uns dort vorgeschwätzt

wird. Ein Volk, das sich von dem Geiste abwendet, den die Vorsehung in seine Geschichte gelegt, verliert seinen sicheren Halt und geräth in endlose politische Schwankungen.

Wir fordern deßhalb ein Staatswesen mit deutscher Freiheit, nicht mit Franzosenfreiheit; mit Freiheit dem Inhalte nach, nicht mit Freiheit der bloßen Form nach, mit wahrer persönlicher Freiheit. Wir können den Unterschied in einer kurzen Form fassen: Nach germanischem Rechte ist jeder freie Mann berechtigt, Alles zu thun, was er seiner inneren Ueberzeugung nach thun darf, in soweit er nicht durch wohlerworbene Rechte Anderer und durch die geschichtlichen Rechte der Staatsgewalt beschränkt ist. Nach modernem Franzosenrechte ist der Bürger der Staatsgewalt gegenüber absolut unfrei und er hat nur so viel Rechte, als diese ihm täglich gnädig einräumt, oder als die Majorität einer Kammer, wenn diese die Staatsgewalt beherrscht, ihm gnädigst verwilligt. Im Sinne der germanischen Freiheit ist der Mensch Alles, im Sinne der französischen ist der Mensch nichts und die Staatsgewalt Alles, der Gottstaat. Die französische Freiheit fällt daher absolut mit dem Begriff der Gleichförmigkeit zusammen. Alle Geister, die von diesem falschen Begriff beherrscht sind, verwechseln ununterbrochen Freiheit mit Gleichförmigkeit und können gar nicht mehr fassen, daß Gleichförmigkeit auch bei der ärgsten Sklaverei möglich ist. Die größte Gleichförmigkeit ist ja die Gleichförmigkeit des Zuchthauses. Nach dieser Gleichförmigkeits=

Staatstheorie unter der Herrschaft des absoluten Staatsgedankens werden sich aber die Abkömmlinge unserer deutschen Voreltern, mögen sie auch noch so sehr in moderne Ideen verrannt sein, nimmer in eine Franzosenuniform — mag sie eine Jakobinermütze oder ein constitutioneller Frack sein — einzwängen lassen. Vollständiger Bruch mit dieser Periode französischer Imitation für unsere innere Politik ist die nothwendige Bedingung gesunder innerer Verhältnisse. Diesem wahren deutschen Begriffe von Freiheit widerstehen daher auch alle jene oben bezeichneten Formen der inneren Politik, die auf Wiederherstellung eines absoluten Königthums, eines absoluten Militärstaates, eines absoluten Constitutionalismus ꝛc. ꝛc. gerichtet sind. Wer auf diese Zeiten preußischer Geschichte hinblickt und ihre Erzeugnisse wiederherstellen möchte, der steht nicht auf deutschem Boden. Wir fordern deutsche Freiheit, aber auch diese voll und wahr. Von ihr haben unsere deutschen Freiheitshelden meistens keinen Begriff und keine Ahnung mehr. Was persönliche Freiheit ist, wissen sie nicht, weil sie auch jene innere sittliche Freiheit verkennen, ohne welche keine äußere Freiheit bestehen kann und Werth hat. Weil unsere deutschen Voreltern, erzogen am Herzen des Christenthums, sittlich frei waren, kannten und liebten sie auch die persönliche Freiheit.

Wir fordern aber nicht nur den Begriff der Freiheit nach germanischem Rechte, sondern auch Formen und Ein-

richtungen für das gesammte bürgerlich-staatliche Leben, die diesem Begriff entsprechen. Wir fordern Organisation statt Maschine; Selbstregierung in vollkommenster Ausdehnung, soweit dadurch nicht andere wohlerworbene Rechte gekränkt werden, statt Centralisation; wir fordern Theilnahme des Volkes am öffentlichen Leben, soweit dadurch die Einheit der Regierung und das monarchische Princip, — das uns kein Absolutismus ist — nicht verletzt wird; wir fordern diese Selbstregierung und diese Theilnahme am öffentlichen Leben realisirt in germanischen Formen, in den naturnothwendigen Verbänden, in denen das ganze politisch-sociale Leben sich bewegt, nicht in dem bloßen Geldverbande, den der Census und die Vermögenstaxation begründet; wir fordern mit einem Worte Natur statt Kunst, Gotteswerk statt Menschenwerk. Man sagt, es gibt ja keine andern Verbände mehr unter den Menschen, als nach dem Census oder nach der Zahl, da ja alle andern Verbände, namentlich die Stände nicht mehr bestehen. Wie falsch das ist, zeigt uns als Beleg die Arbeiter-Bewegung. Dort wird so oft ein Wort genannt, das wir immer nur mit innerer Befriedigung vernehmen, als Beweis, daß trotz aller massenhaft angehäuften Vorurtheile, in denen die jetzige Welt steckt, doch die Natur der Sache immer wieder durchdringt und zur Anerkennung kommt. Dieses Wörtchen ist das von ihnen so oft gebrauchte Klassenbewußtsein, das sie zu wecken suchen. Die Führer der Arbeiter-Bewegung glauben die Modernsten der Moder-

nen zu sein, und stehen gewiß in Abscheu vor dem Greuel der Stände keinem Mitgliede der großen liberalen Partei nach, und doch drängt sie ihr Natur-Bewußtsein dazu, den Arbeiterstand als eine eigene Klasse aufzufassen, und für diese eigene Klasse ein eigenes Bewußtsein und eigene bürgerliche Institutionen zu verlangen. Da haben wir ja aber das ganze leibhaftige Ständewesen, nur mit einem fremden Namen. Das Wahre an der Sache ist, daß die Stände wohl in einer bestimmten Form, in der sie ein bürgerliches und politisches Leben ausgestaltet haben, vernichtet werden können, nicht aber in der Idee, die dieser Ausgestaltung zu Grunde lag. Es gibt einen ganz äußerlichen Verband unter den Menschen und einen innerlichen; den äußerlichen bilden lediglich äußere Beziehungen der Menschen; den innerlichen solche, wo zu diesen äußerlichen Beziehungen auch sittlich innere Momente, die die Gesinnung erfassen, hinzutreten. Die mechanischen Staatsinstitutionen lehnen sich an den äußeren Verband an; die organischen an diesen, der zugleich auch ein sittlicher ist. Wie es für das Denken des Menschen logische Grundformen gibt, in die sich alle möglichen Gedanken einfügen müssen, so gibt es für das ganze politisch-bürgerliche Leben gesellschaftliche Grundformen, in welchen sich alle möglichen socialen Richtungen nothwendig begegnen, aneinanderschließen und verbinden. Sie wirken selbst dann, wenn sie keine äußere Organisation haben. Die gesellschaftlichen Grundformen sind daher auch ebenso

unabhängig von dem Willen des Menschen, wie die logischen Grundformen; sie sind dem Menschen von einer höheren Macht gegeben; sie sind göttliche Gesetze; sie sind Ideen für unser social-politisches Leben, die wir in uns aufnehmen und dann verwirklichen sollen. Sie haben die alten Stände geschaffen, bei denen, um sie billig zu beurtheilen, wir nie vergessen dürfen, daß die Ideen sich immer nur annähernd, im Kampfe mit vielen Hemmnissen verwirklichen. Für unser jetziges politisch-sociales Leben würden diese alten Formen nicht mehr genügen; es träte schon ein Gedanke hinzu, der ihnen eine ganz neue, erweiterte Gestalt geben würde. Nach deutschem Rechte war nur der freie Mann im Vollbesitze aller bürgerlichen Rechte. Von den ersten Anfängen der deutschen Geschichte an hatten sich aber Rechtsverhältnisse entwickelt, wodurch Viele der Rechte des freien Mannes beraubt waren. Alle diese Beschränkungen sind nun gefallen, worin wir einen Fortschritt erkennen; und so müßten auch alle unbescholtenen Männer in ihrem Stande an allen Rechten des freien Mannes Antheil erhalten. Dadurch würde also schon die Stellung Aller eine ganz andere werden. In dieser Gliederung nach Ständen oder, weil der Begriff noch viel weiter geht, nach den aus der Natur der Sache aus dem gesammten Menschenleben sich von selbst ergebenden Verbänden, — zu ihnen gehören nämlich nicht nur die Stände, sondern auch die übrigen Verbände, Familie, Gemeinde, Provinz, Staat, Kirche — würde sich

dann die wahre Selbstregierung, die wahre und ächte Volksvertretung, die idealste und zugleich praktischste Theilnahme aller Volksklassen am öffentlichen Leben ergeben. Wir glauben nicht, daß es möglich ist, zu dieser organischen Gliederung des politisch-socialen Lebens wie mit einem Sprunge zurückzukehren, und dafür sofort ein ein für allemal fertiges Gesetzbuch festzustellen; wir glauben aber, daß nur jene innere Politik dauernde staatliche Zustände begründen wird, die nach diesem Ziele hinstrebt und dazu erstens alle noch vorhandenen organischen Verbände stärkt, kräftigt, und zweitens für jene, die kein äußerliches Band mehr haben, dasselbe anbahnt. Wir halten das nicht nur nicht für schwer, sondern für leicht. Der Kaufmannsstand hat schon seinen Verband; man gebe ebenso dem Handwerkerstand, dem Arbeiterstand, dem Bauernstand, dem Adel, wenigstens als dem Groß-Grundbesitzer, Gelegenheit, für die gemeinschaftlichen Interessen sich eine Form zu bilden, und es würde sich dieselbe ohne Zweifel wenigstens in kräftigen Anfängen bald wieder finden. Wie sehr ein solches Bestreben, immer begleitet von sittlichen und religiösen Grundgedanken, das innere Leben der deutschen Staaten wieder befestigen würde, ist gar nicht abzusehen; dieser ganze Geist der Revolution, der ja nur stark ist, weil er die Massen des Volkes so leicht irre führen kann, wäre dadurch an die Kette gelegt, und der ganze Einfluß aller Volksverführer würde dadurch allmälig verschwinden. Der Staat würde wahrlich nicht ge-

fährdet werden, wenn er in der Freiheit, die er diesen einzelnen Ständen einräumte, sehr weit ginge; wenn der so organisirte Arbeiterstand und Handwerkerstand in der Reichsversammlung seine volle Vertretung fände. Eine Versammlung, in welcher neben den höchsten Ständen auch die Arbeiter säßen, wäre ihm ersprießlicher, als eine solche, wo einige Parteiführer und eine große Zahl blinder Genossen vereinigt sind. Im alten Deutschland saß der reichsunmittelbare Bauer und der reichsunmittelbare Bürgermeister des kleinen Reichsstädtchens auf der Reichsbank wie die ersten Reichsstände. Das war deutsch; kehre man zu solchen Vorbildern wieder zurück. Das was damals einigen Bauern zustand, gebe man in der Ordnung der betreffenden Verbände Allen, und was damals nur den freien Männern gebührte, räume man jetzt wieder in der rechten organischen Gliederung Allen ein, und es wird sich ein neues, gesundes, lebenskräftiges, inneres, politisches Leben auf germanischer Grundlage entwickeln.

Endlich fordern wir auch für die inneren Zustände nach deutscher Art eine starke, aber auch eine gerechte Autorität. Stark wird sie ohnehin wieder werden, wenn sie sich an die sittlichen, religiösen Grundlagen im Bewußtsein des Volkes anlehnt; denn da ist die wahre lebendige Quelle der Stärke der Regierung — aber sie muß auch gerecht sein. Daher, daß die Diener des Staates selbst in manchen Ländern dem ganzen sittlichreligiösen Leben nicht indifferent,

nein feindselig entgegenstanden, ist es gekommen, daß auch die Autorität der Staatsgewalt so oft ungerecht geworden ist; ungerecht dadurch, daß sie geübt wurde nach dieser Sympathie und Antipathie. Wir sprechen nicht von Ländern im Monde, sondern wahrhaftig von Ländern hier auf der Erde, wenn wir sagen, daß eine Hauptaction der Staatsgewalt oft darin bestand, alles Religiöse, Sittliche und Gute niederzuhalten. Solche Zustände können nicht zum Frieden führen; möge die Autorität stark sein, aber sei sie auch gerecht; möge sie der Freiheit einen weiten Spielraum lassen; wo sie aber eintreten muß, da möge sie gehandhabt werden, nicht um das Gute zu hindern, sondern um dem Schlechten und Unsittlichen entgegenzutreten.

XI.

Kirche, — Schule.

Die dritte Bedingung einer glücklichen Zukunft für unser deutsches Vaterland ist eine gerechte Stellung der Kirche und der Schule; eine Stellung, die uns wahren Frieden bringt zwischen Kirche und Staat.

Fassen wir zuerst die Stellung der Kirche in's Auge.

Keine Thatsache hat die deutsche Geschichte mehr bewiesen, als die unselige Wirkung der religiösen Kämpfe auf politischem Gebiet. Aus ihnen hat unser ganzes nationales Leben die tiefsten Wunden empfangen. Da die Religion das Innerlichste am Menschen ist und die tiefsten Wurzeln in seiner Seele hat, so beruhigt nichts mehr das innere Staatsleben, als Friede zwischen Kirche und Staat, während im Gegentheil jede Störung dieses Friedens alle

Gemüther bis auf den Grund aufregt. Daß auch in unseren Tagen diese Kämpfe noch ganz dieselbe verderbliche Wirkung haben, zeigen alle Länder, wo dieser Friede zerstört worden ist. So gern man es von manchen Seiten verkennen möchte, so hat auch jetzt noch die Religion dieselbe Macht über die Geister, und die religiösen Fragen werden immer oben anstehen unter den Angelegenheiten unseres deutschen Volkes. Für die Länder Deutschlands, namentlich die Nord- und Mitteldeutschlands, wird aber eine friedliche Lösung derselben noch aus besonderen Gründen die erste und Grundbedingung einer ruhigen inneren Entwickelung sein. Erstens bilden sie ein solches Gemisch der Bevölkerung bezüglich des religiösen Bekenntnisses, wie es kaum noch in einem anderen Lande vorkommen kann. Jede Störung des religiösen Friedens wird deßhalb die Gemüther durch alle Schichten und Theile dieser Länder in zahllose innere Spaltungen und Gegensätze auseinanderreißen. Zweitens aber sind in diesen Ländern gefährliche Doctrinen über das Verhältniß zwischen Kirche und Staat verbreitet, welche, wenn sie auf die Neugestaltung Deutschlands Einfluß gewinnen würden, einen zerstörenden inneren Kampf hervorrufen müßten. In einigen süddeutschen Staaten hat diese Partei in den letzten Jahren schon ihr heilloses Wesen getrieben und die Geister tief entzweit. Diese Parteidoctrin ist zusammengesetzt theils aus absolutistischen Staatsideen, theils aus Reminiscenzen

des alten Staats-Kirchenrechtes, wie es der Josephinismus ausgebildet hat, theils aus specifisch protestantischen Ansichten, und alle diese Elemente sind verbunden durch jene fanatische antireligiöse Gesinnung, wie sie sich seit den Religionsspöttereien und Blasphemien der Voltairianer und Encyklopädisten verbreitet hat. Sie ist jeder Religion gleich feindselig, insbesondere aber voll Haß gegen die katholische Kirche. Um ihren Kampf gegen dieselbe zu verstecken, nennt sie Alles, was an Lehren, Institutionen und Gebräuchen katholisch ist, mit anderen Namen, Ultramontanismus, Jesuitismus rc. So führt sie einen Kampf gegen die Kirche und das Christenthum nicht nur durch ihre Presse, sondern auch namentlich auf politischem Gebiete in den Kammern, durch den Einfluß, den sie auf die Gesetzgebung zu gewinnen sucht. Wo die katholische Kirche ein Recht fordert, da wird mit Scheltworten geantwortet; wo sie verlangt, gerecht, ohne Ausnahmegesetze, nach dem Geiste der neueren Gesetze behandelt zu werden, wird mit einem allgemeinen Geschrei über das Uebermaß hierarchischer und jesuitischer Anmaßung jede gesetzmäßige Forderung niedergedrückt. Diese Partei will keine gerechte Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat; sie ist getrieben von dem Principe Voltaire's: Écrasez l'infame; sie will keine Gerechtigkeit im Staate, sondern sich der Staatsgewalt und der Staatsgesetzgebung bedienen, um die katholische Kirche und das Christenthum überhaupt zu unterdrücken. Wir glauben,

daß diese Partei die größte Gefahr für den inneren Frieden Deutschlands ist, und wenn sie Einfluß gewinnen könnte, so würden wir schweren Religionskämpfen mit ihren traurigen Folgen entgegengehen.

Es ist daher von entscheidender Wichtigkeit für die Zukunft Deutschlands, wie diese Beziehungen zwischen Staat und Kirche geregelt werden; ob sich dafür eine gerechte Form finden läßt, wodurch die innern religiösen Gegensätze, welche fortbestehen, das bürgerlich-politische Leben nicht mehr unmittelbar berühren; ob es gesetzliche Normen gibt, welche es den Bekennern der verschiedenen berechtigten religiösen Genossenschaften möglich machen, in einem wahren bürgerlichen und politischen Frieden mit einander zu leben, ohne dadurch von der Innigkeit und Aufrichtigkeit ihrer eigenen religiösen Ueberzeugung etwas zu vergeben und ohne auf einen geistigen Kampf für diese religiösen Ueberzeugungen zu verzichten. Das ist eine entscheidende Frage, deren Prüfung sich alle Deutschen, die ihr Vaterland lieben, mit der größten Sorgfalt hinwenden sollten. Die große ungläubige Partei will uns anscheinend den religiösen Frieden bringen durch den religiösen Indifferentismus; dieser soll gewissermaßen zum Staatsgrundgesetz gemacht werden, soll seinen Ausdruck finden in dem Gesetzbuche, und jeder, der ihm nicht huldigt, soll als intoleranter Friedensstörer behandelt und bestraft werden. Sie sieht dabei nicht oder will nicht sehen, daß es das Uebermaß der Intoleranz ist, wenn die

angebliche Toleranz keine religiöse Ueberzeugung mehr toleriren will, und daß es ein Verbrechen an dem Menschengeiste ist, ihm zuzumuthen, in der Religion auf Wahrheit zu verzichten. Das ist das innerlichste Wesen der sog. Aufklärung unter dem Deckmantel der Toleranz; eine Gesinnung, die nichts toleriren will, als Gleichgültigkeit in der Religion, als Religionslosigkeit. So kann aber die religiöse Frage nicht gelöst werden. Dagegen würde sich der bessere Theil der Menschennatur mit allen Kräften des Christenthums vereinigen, um gegen eine solche Gesetzgebung einen Kampf auf Leben und Tod zu führen; und in diesem Kampf würden wir siegen, so gewiß die Wahrheit siegen wird und die Unvernunft unterliegen muß, wenn auch unser deutsches Vaterland dabei in Todeszuckungen liegen würde. Das wäre keine vernünftige, keine gerechte Lösung, sondern die Lösung des antichristlichen und antireligiösen Indifferentismus. Wir fordern eine andere Lösung für die Stellung zwischen Kirche und Staat; eine solche, wodurch die religiöse Ueberzeugung geachtet wird, ohne den bürgerlichen Frieden zu stören, ohne jenen die Vollberechtigung ihrer bürgerlichen Rechte zu verkümmern, die in den religiösen Ueberzeugungen von uns abweichen. Wir fragen, ob eine solche gesetzliche Regelung möglich ist.

So schwierig nun die Frage über das beste und ideale Verhältniß zwischen Kirche und Staat sein mag, wenn sie rein theoretisch und in abstracto betrachtet wird, so schwierig sie ferner unter besonderen geschichtlichen und rechtlichen

Zuständen werden kann, so günstig scheint sie uns für den Nordbund und die Staaten zu liegen, die sich ihm etwa anschließen werden. Wir glauben in der That, daß es eine Form gibt, welche den wesentlichen Bedürfnissen eines gläubigen christlichen Lebens genügt und zugleich den bürgerlichen Frieden unter den verschiedenen christlichen Confessionen gewährleistet, und daß diese Form in befriedigender Weise in den Bestimmungen der preußischen Verfassung gefunden ist. Wir haben uns schon seit zwanzig Jahren dieser Frage mit Berücksichtigung aller auftauchenden Zeitverhältnisse und angetrieben durch die persönliche Stellung, in der wir uns zu derselben theils im Jahre 1848 als Deputirter der Nationalversammlung in Frankfurt, theils später in unserer kirchlichen Stellung zuerst in Preußen und dann seit sechszehn Jahren in Mitteldeutschland unter allen den verwickelten Streitigkeiten in dieser Hinsicht befunden haben, mit aller Aufmerksamkeit, deren wir fähig waren, zugewendet, und wir sind immer mehr zu der Ueberzeugung gekommen, daß für die besonderen Verhältnisse der deutschen Staaten, die hier in Betracht kommen, diese Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat die entsprechendste sei. Sie bietet insbesondere drei Vortheile, indem sie erstens der Kirche das zur Erfüllung ihrer Sendung durchaus nothwendige Maß innerer Freiheit gewährt, indem sie zweitens von dem Staate alle Verwickelungen fern hält, die durch das Einmischen in das kirchliche Leben ent-

stehen, und indem sie drittens den bürgerlichen Frieden unter den Bekennern der verschiedenen Confessionen befördert. Als wir vor mehr denn zehn Jahren die Ehre hatten, im Auftrage des Erzbischofs von Freiburg über die Regelung der kirchlichen Verhältnisse Seine Königliche Hoheit den Großherzog von Baden zu sprechen, der damals noch Prinzregent war, so haben wir ihm die Ueberzeugung ausgesprochen, daß der König von Preußen durch diese Verfassungsbestimmungen seinen Unterthanen einen großen Act der Gerechtigkeit geübt habe, daß dadurch der religiöse Friede für Preußen mit allen seinen segensreichen Folgen begründet und von jetzt an, wenn die Verfassungsbestimmungen redlich gehalten würden, ein Conflict zwischen Religion und Staat unmöglich geworden sei, und daß je länger dieselben beobachtet werden würden, um so tiefer die Dankbarkeit des christlichen Volkes gegen den König für dieses Geschenk sein würde. Wir knüpften an diese Aeußerung die Bitte, auch dem badischen Lande dieses Gesetz des Friedens zu geben, und fügten die Ueberzeugung bei, daß der Großherzog durch keinen anderen Act mehr als durch diesen alle religiösen Gefühle dankbar an sein Fürstenhaus knüpfen werde. Wie viel Verderben wäre abgehalten worden, wenn diese Bitte erfüllt worden wäre. Wir betrachten die preußischen Verfassungsbestimmungen als eine wahre Magna charta des religiösen Friedens für das religiös gemischte Deutschland und glauben daher, daß Alle, die den religiösen Frie-

den in Deutschland lieben, sich in der Erhaltung derselben und der Ausdehnung auf die anderen betreffenden Länder die Hand reichen sollten.

Man hat gesagt, daß wir Katholiken Preußen keinen Dank schuldeten für diese Verfassungsbestimmungen, da die katholischen Länder ja nicht rechtlos, sondern mit dem vollsten Anspruch auf freie Uebung ihrer Religion mit Preußen verbunden worden seien, und daß die Verfassungsbestimmungen ja gar nichts anderes enthielten, als die Gewährung dieses Rechtes, daß man aber Niemanden dafür Dank schulde, daß er nicht ungerecht sei. Das ist wahr in einem Sinne und in einem anderen nicht. Die katholische Kirche ist seit der Säcularisation in Deutschland so namenlos ungerecht behandelt worden; sie wird auch heute noch in einigen Ländern so überaus ungerecht behandelt, daß wir wahrhaft Ursache haben, dem Fürsten Dank zu sagen, der sich von diesem ungerechten Zeitgeiste frei gehalten hat und auch der katholischen Kirche gegenüber ein gerechter Fürst gewesen ist. Man hat ferner gesagt, daß ja die Verfassungsbestimmungen noch nicht überall und in allen Theilen volle Wahrheit geworden seien und daß auch in Preußen an der vollen paritätischen Berechtigung noch viel fehle. Auch das wollen wir gewiß nicht leugnen; auf der anderen Seite muß aber zugestanden werden, daß unter den Verhältnissen, wie sie sich in den protestantischen Ländern in Deutschland entwickelt haben, es für eine Staatsregierung nicht leicht war,

sofort das Princip der Gerechtigkeit in allen Consequenzen durchzuführen; in allen preußischen Verwaltungs-Gewohnheiten liegen so viele Hindernisse der vollen Parität, daß auch der redlichste Wille nicht sofort überall durchdringen kann. Wir glauben aber, daß im Allgemeinen, ohne einige betrübende Ausnahmen zu übersehen, unter der Regierung des jetzigen Königs der Geist der Gerechtigkeit festgehalten worden ist, in dem sein königlicher Bruder die Verfassungsbestimmungen erlassen hat. Man hat endlich darauf hingewiesen, daß auch in Preußen eine starke Partei bestehe, die diese Magna charta religiösen Friedens wieder vernichten will, und daß ihr Sieg vielleicht nahe bevorstehe. Wir verkennen wahrlich nicht diese Gefahr und die Größe derselben. Alle vorher bezeichneten Parteien werden von ihrem Hasse gegen jede Regung des christlichen Lebens im Volke dazu getrieben und auch in den einflußreichen Kreisen gibt es Manche, die eine gerechte Freiheit der Kirche nicht wollen, wie sie die katholische Kirche selbst nicht wollen. Aber auch die Zahl derer ist groß, welche den ganzen Werth der Verfassungsbestimmungen erkennen; und schon der Versuch, sie aufzuheben, würde eine große Gährung der Geister hervorrufen. Das Antasten der Verfassungsbestimmungen wäre der Sieg der schwarzen Farbe in Preußen, ein Sieg der wahrhaft Preußen nicht stärken würde. Zu den vielen schweren inneren Fragen käme dann eine neue und zwar die schwerste. Mit dem Aufheben der Verfassungsbestimmungen

würde ein Feuerbrand in Preußen und in Deutschland hineingeworfen, der zu einer zerstörenden Flamme werden könnte. Wir hoffen, daß die Vorsehung uns vor diesem Nationalunglück bewahren werde.

Wenden wir uns jetzt der Schulfrage zu.

Es bedarf gewiß keines Beweises, wie wichtig für den inneren Frieden und eine friedliche Entwickelung unseres Staatslebens eine endgültige und gerechte gesetzliche Regelung auch dieser Verhältnisse ist. Die Schulfrage steht in dieser Hinsicht neben der Kirchenfrage und greift ebenso wie diese tief bis auf den Grund ein in die Lebensinteressen des Volkes. Sie gewinnt dadurch für unsere Zeit und für die nächste Zukunft noch eine außerordentliche Bedeutung, daß sie fast überall in den Vordergrund aller Zeitfragen tritt. Die Schulfrage ist leider auch eine Parteifrage geworden. Die Principien und die Rechtsverhältnisse, auf welchen ihre Lösung beruht, bieten an sich keine große Schwierigkeit, und ebenso ist das, was das wahre Interesse der Volkserziehung hierbei fordert, nicht schwer, vielmehr sehr leicht zu finden. Auch in den Gesetzen und in den betreffenden Verfassungen liegen hiezu überall schon die Anfänge, ebenso wie in den historischen und thatsächlichen Verhältnissen. Eine gerechte Berücksichtigung jener Principien und Bedürfnisse des Volkes und dieser geschichtlichen und rechtlichen Zustände würde leicht zu einer befriedigenden gesetzlichen Ordnung dieser Frage führen. Die Schwie-

rigkeit und Gefahr bei der Schulfrage liegt aber in der Stellung, welche dieselbe antichristliche Partei, die auch der Kirche keine Gerechtigkeit gewähren will, zu ihr einnimmt. Sie sieht von dem, was an sich gut und recht ist, völlig ab, benutzt auch die Schulfrage als Mittel für ihre Zwecke und stellt deßhalb ihre doctrinären Parteisysteme auf, um sie rücksichtslos durchzuführen. Lediglich in dem Einfluß dieser Partei liegt die Gefahr der Schulfrage, die freilich eine sehr große für den inneren Frieden werden würde, wenn es ihr gelänge, ihre Pläne geltend zu machen. Wir wollen das Gesagte — auf der einen Seite die Leichtigkeit der gesetzlichen Regelung derselben, wenn die vorhandenen rechtlichen und factischen Verhältnisse zu Grunde gelegt werden, und auf der anderen Seite, wie der Einfluß der liberalen Partei auf sie zu den größten inneren Kämpfen führen müßte, näher betrachten.

Da diese Gegensätze schon wiederholt in Preußen in einem heftigen Kampfe sich gegenüberstanden, so wollen wir unsere Betrachtung an die dort geführten Verhandlungen knüpfen[1]), die sich überall ähnlich wiederholen. In der

---

1) Wir verweisen z. B. auf die besonders gedruckten Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses vom 3. und 4. März 1863. Der Abgeordnete Peter Reichensperger vertrat damals mit wenigen Gesinnungsgenossen, aber mit großer Ueberlegenheit den Standpunkt des Rechtes, der zugleich der Standpunkt der Religion war. Diese Verhandlungen sind auch jetzt noch überaus lehrreich.

Periode der neuen Aera drängte nämlich jene Partei planmäßig auf ein Schulgesetz; sogar die Budgetverhandlungen boten ihr in jedem Jahre zu diesem Drängen eine Veranlassung und das Ziel war ein Staatsschulsystem mit allen Consequenzen des Staatsabsolutismus auf dem Gebiete der Schule bis zu ihrer Trennung von der Religion. Nur die Verfassungskämpfe haben damals diesen Streit vertagt. Er wird aber unfehlbar überall wieder aufgenommen werden, wenn der Friede es gestattet, sich den inneren großen Fragen zuzuwenden. Wir haben daher in jenen Verhandlungen ein ganz getreues Bild der Schulfrage mit allen einschlägigen Zeitbestrebungen.

Fassen wir zunächst an der Hand der Gesetze und der factischen Verhältnisse die einfachen Wege zu ihrer Lösung ins Auge. Der Art. 15 der preußischen Verfassung bestimmt: „Die evangelische und die römisch-katholische Kirche sowie jede andere Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig und bleibt im Besitz und Genuß der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds." Durch den zweiten Theil dieser Verfassungsbestimmung ist offenbar den Religionsgesellschaften nicht nur das für ihre Unterrichtsanstalten fundirte Vermögen garantirt, sondern überhaupt der Fortbestand der vorhandenen Unterrichtsanstalten in ihrer historischen Beziehung zu den Religionsgesellschaften, wie er sich bis dahin ausgebildet hatte, und der

Genuß der für diese Anstalten vom Staate bis dahin gewährten Unterstützungen, der ohnehin, wenigstens für alle katholische Anstalten, fast überall zugleich auf einem eigentlichen Rechtstitel beruhte. Damit ist auch verfassungsmäßig anerkannt, daß es confessionelle Unterrichtsanstalten geben soll und zwar nicht bloß confessionelle Elementarschulen [1]), und ebenso, daß es confessionelles Schulvermögen gibt. In allen diesen Bestimmungen liegen sehr wichtige Momente zu einer gerechten befriedigenden Ordnung der Schulverhältnisse. Für denselben Zweck ist auch der Art. 14 der Verfassungs-Urkunde von eminenter Bedeutung, welcher lautet: „Die christliche Religion wird bei denjenigen Einrichtungen des Staats, welche mit der Religionsübung im Zusammenhange stehen, unbeschadet der im Art. 12 gewährleisteten Religionsfreiheit, zum Grunde gelegt.“ Nach deutscher Denkweise kann es nun wohl keine Frage sein, daß Schulen, die für Christenkinder eingerichtet werden, zu den „Einrichtungen des Staates“ gehören, die auch mit der Religionsübung

---

1) In den jüngsten Tagen haben uns die Verhandlungen in der preußischen Kammer daran erinnert, wie wichtig es ist, daß die Schulfrage in Zukunft wie früher von den erfahrenen Juristen der katholischen Partei behandelt werde und nicht von Männern, denen nur subjective Meinungen ohne die hinreichende juristische Bildung zur Seite stehen. Ein katholischer Priester hat nämlich keinen Anstand genommen, den confessionellen Character aller Schulen, mit Ausnahme der Elementarschulen, preiszugeben gewiß auch deßhalb weil ihm die juristische Präcision fehlte. Das hätten die bedeutenden katholischen Juristen, welche die verfassungsmäßigen Rechte der Kirche so siegreich vertheidiget haben, wahrlich nicht gethan.

zusammenhängen, und daß deßhalb ein für die Schulen bestimmtes Gesetz auch auf die Grundsätze der christlichen Religion verfassungsmäßig Rücksicht nehmen muß. Unmittelbar handeln von der Wissenschaft und den Schulen die Artt. 20—26. In Verbindung mit dem Gesagten bieten auch sie überall einen hinreichenden Anhalt zu einer befriedigenden Ordnung der Schulangelegenheiten. Der Art. 20 spricht das allgemeine Princip aus: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.“ Der Art. 22 gibt die Grenzen an, in denen sich diese Freiheit zu bewegen hat: „Unterricht zu ertheilen und Unterrichts-Anstalten zu gründen und zu leiten, steht jedem frei, wenn er seine sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung den betreffenden Staatsbehörden nachgewiesen hat.“ In der zweiten Hälfte dieses Satzes liegt nun freilich eine Möglichkeit, sowohl den Art. 20 über die Freiheit der Wissenschaft, als auch die erste Hälfte dieses Satzes über die Freiheit des Unterrichtes und Unterrichts-Anstalten zu gründen, wieder zu nichte zu machen. Das wäre aber offenbar ein Mißbrauch dieser Gesetzbestimmung und eine Entstellung ihres wahren Sinnes. Ihrem eigentlichen und wahren Sinne nach läßt sich dagegen die Berechtigung der hier festgestellten Beschränkung nicht verkennen. Ein paritätischer Staat, der keine Staatsreligion als solche anerkennt, muß eine gewisse Controle fordern, um den möglichen Mißbrauch der Unterrichtsfreiheit verhindern zu können. Wenn man verlangt, daß er diese Controle gänzlich weg-

fallen lasse der katholischen Kirche gegenüber, so verlangt man von dem paritätischen Staate zu viel und setzt den confessionellen Staat voraus. Es kömmt daher Alles darauf an, wie diese Beschränkung der Unterrichtsfreiheit geübt wird, welche Garantien für den Nachweis der „sittlichen, wissenschaftlichen und technischen Befähigung“ gefordert werden. Für den Nachweis der technischen Befähigung müßten, um die Garantie zu haben, daß nur technische Gründe und nicht Interessen der Staatsschulen beim Urtheile maßgebend seien, gemischte Prüfungs-Commissionen bestellt werden. Für die Beurtheilung der sittlichen Befähigung dagegen würde der Staat den alten christlichen Confessionen gegenüber, denen die Mehrzahl seiner Unterthanen angehören, keine weitere Garantie fordern können, als daß eine Anstalt von ihnen gegründet und geleitet sei. Alles, was darüber hinausläge, wäre nicht mehr in der Sache begründet, sondern in antireligiösen Zeitrichtungen. Auch der Art. 23: „Alle öffentlichen und Privat-Unterrichts- und Erziehungsanstalten stehen unter der Aufsicht der vom Staat ernannten Behörden“ hat bei einer gerechten Schulgesetzgebung keine Bedenken, am wenigsten in Verbindung mit allen schon hervorgehobenen maßgebenden Bestimmungen, da dadurch weder ein Mitaufsichtsrecht der Kirche geleugnet, noch das Recht der Eltern an eine solche Einrichtung der Schule, die ihrem Gewissen entspricht, in Frage gestellt wird. Art. 24 bestimmt überdies bezüglich der Volksschule: „Bei der Ein-

richtung der öffentlichen Volksschulen sind die confessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen." Durch den Zusatz: „Den religiösen Unterricht in den Volksschulen leiten die betreffenden Religionsgesellschaften" soll gewiß nicht entfernt ausgesprochen werden, daß sich auf diesen religiösen Unterricht das Verhältniß der Kirche zur Volksschule beschränken soll; vielmehr ist durch diesen Satz bestimmt, daß der religiöse Unterricht ausschließlich unter Leitung der Kirche steht, daß aber die Volksschule überhaupt eine confessionelle sein, und daß diese confessionelle Volksschule mit möglichster Berücksichtigung der Grundsätze der betreffenden Religion eingerichtet werden soll. In allen diesen Verfassungsbestimmungen liegen die Fundamentalsätze für das im Art. 26 der Verfassung in Aussicht genommene Gesetz für das ganze Unterrichtswesen, und wir nehmen keinen Anstand zu behaupten, daß wenn in redlicher Anwendung dieser Fundamentalgrundsätze ohne Vorurtheile, ohne Parteistellung und mit Wohlwollen das künftige Unterrichtsgesetz entworfen wird, dadurch die Grundlagen für einen dauernden inneren Frieden in den Schulangelegenheiten leicht gewonnen werden können.

Das will aber jene Partei nicht. Sie will kein Schulgesetz nach Recht und Gesetz, nach dem Gewissen und den Bedürfnissen des christlichen Volkes, sondern sie strebt nach einem solchen, das geeignet ist, mit Verletzung aller göttlichen und menschlichen Rechte die Schule von der Religion, vom Christenthum, von der Kirche zu trennen und sie zu

einer Anstalt der Entchristlichung des Volkes zu machen. Was wir von ihr zu erwarten haben, darüber sind jene Verhandlungen zur Zeit der neuen Aera überaus lehrreich; da hat sie ein wahres Glaubensbekenntniß abgelegt. Ihr erster Sprecher war Herr Professor Dr. v. Sybel. Ihre Ansicht beherrschte damals mit einigen Ausnahmen das ganze Haus. Obwohl die Verfassungsurkunde nur wenige Jahre vor diesen Verhandlungen erlassen war und obwohl gerade diese Partei es ist, die immer mit dem Glanze der Verfassungstreue prunkt, so war es doch den vortrefflichen katholischen Männern, die an diesen Verhandlungen theilnahmen, nicht möglich, ihre Gegner aus der schwindelnden Höhe ihrer Schuldoctrinen auf den Boden der Thatsachen, des Rechtes und der Verfassungsbestimmungen herabzuziehen. Es war ein eigenes Schauspiel zu sehen, wie dieselben ihre Gegner mit logischer Gewalt immer wieder auf den gesetzlichen Boden hinwiesen, und wie die Letztern dagegen gleichsam von einer geheimnißvollen Gewalt in den leeren Raum geworfen, stets wieder zu dem Strom ihrer doctrinären Phrasen zurückkehrten. Der Gott dieser Bildung ist der Staat und die Staatsgewalt; sie hat für diese Herren alle Attribute, die der Christ dem lieben Herr Gott beilegt; sie ist der einzige Lehrer und die einzige wahre Eigenthümerin aller Schulen; sie allein gibt deßhalb auch Anderen das Recht zu lehren, und sie allein ist in der öffentlichen Schule berechtigt. Daß die Wissenschaft sich mit

der Wahrheit beschäftigt und daß deßhalb eine Staatsgewalt, die in der That als der Ausfluß aller Lehrberechtigung angesehen werden sollte, zuerst in dem Vollbesitz aller Wahrheit sein, ein wahrhaft unfehlbares Lehramt besitzen müßte; daß es überhaupt gar keinen lehrenden Staat gibt, sondern nur eine von Menschen, die selbst dem Irrthum unterworfen sind, geübte Staatsgewalt; daß die Schulen nicht Eigenthum irgend eines dirigirenden Ministers sind, sondern Anstalten, die mit dem Gelde des christlichen Volkes unterhalten werden, für seine Kinder bestimmt sind und nach seinem Gewissen eingerichtet werden müssen — das Alles will dieser Parteigeist nicht erkennen; ihm ist die Schule eine Parteianstalt, um Parteiansichten, namentlich um den Unglauben zu befördern, von dem er selbst erfüllt ist, und um die Schule so behandeln zu können, hat er sich dieses System des absolut lehrenden Staates ausgedacht, das ihm eine bequeme Maschine werden soll, um seine sogenannte Bildung zu verbreiten. Wie groß aber die Gefahr ist, welche von dieser Seite droht, erhellt auch daraus, daß alle Anträge, die zur Zeit der neuen Aera im Abgeordnetenhause von ihr gestellt wurden, z. B. der Antrag, die höheren Unterrichtsanstalten ihres confessionellen Charakters zu berauben, mit großer Mehrheit angenommen wurden. Wenn es dieser Partei je gelingen sollte, auf die Gesetzgebung in Preußen oder in den übrigen deutschen Staaten Einfluß zu gewinnen und ihr Ziel, die religionslose Schule,

die Lehranstalt des Unglaubens, durchzusetzen, dann würde der Staat einen heillosen Kampf mit dem Gewissen der christlichen Eltern und des christlichen Volkes beginnen. Das wäre ein Eingriff in das innerste Heiligthum der Gewissen, das wäre ein Versuch, unser Volk durch Staatseinrichtungen gewaltsam vom Christenthum zu trennen. Wenn die Verfassungsstreitigkeiten dieses Bestreben nicht unterbrochen hätten, so würde es in jeder Sitzung des Abgeordnetenhauses und bei jedem betreffenden Budgetposten wieder aufgenommen worden sein, so selbstbewußt ist sich diese Partei und mit solcher Planmäßigkeit verfolgt sie ihre Wege. Es steht wohl zu befürchten, daß sie damit bald möglichst wieder beginnen wird.

Es wird daher die Zukunft wesentlich von der Behandlung der Kirchen- und Schulfrage abhängen. Die Kirchen- und die Schulfrage ist der eigentliche Kampfplatz der großen liberalen Partei, der Fortschrittspartei und der Logen. Leider sind wir gezwungen anzunehmen, daß es unter ihnen Menschen gibt, die den inneren Frieden in Deutschland nicht wollen, weil sie nur in dem Parteigewühl der inneren Kämpfe ihre Interessen gewahrt sehen. Möge der verderbliche Einfluß dieser systematischen Friedensstörer fern gehalten werden. Sie sind die inneren Feinde Deutschlands.

XII.

Liberalismus, — Encyklica vom 8. Dezember 1864.

Wir haben uns bezüglich der Staaten, die dem Nordbund angehören oder ihm beitreten werden, für eine Regelung der kirchlichen Verhältnisse im Sinne der preußischen Verfassungsurkunde ausgesprochen. Es wird daher nunmehr angemessen sein, zu untersuchen, ob eine solche Stellung der Kirche nicht mit ihren Grundsätzen und namentlich mit denen der Encyklica vom 8. Dezember 1864 und des ihm angehängten Syllabus im Widerspruch stehe. Ueberhaupt scheint es uns zur Beruhigung der Gewissen vieler Katholiken, die durch ihre Stellung den Beruf haben, an den Fragen des öffentlichen Lebens Antheil zu nehmen, nützlich, zu untersuchen, wie weit sie den Zeitforderungen gegenüber bei Anerkennung der Gewissensfreiheit und einer

paritätischen Stellung verschiedener Religionsbekenntnisse im Staate gehen können, ohne kirchliche Grundsätze zu verletzen, insbesondere jene, welche diese berühmte Encyklica mit ihrem Anhange enthält. Es besteht hierüber noch vielfache Unklarheit zur Beunruhigung der Gewissen und zum Nachtheil der Wahrheit. Namentlich können wir es nicht für gerechtfertigt halten, ohne vorher den Sinn der betreffenden Sätze aus dem Syllabus genau zu bestimmen und ohne festzustellen, was eigentlich als irrig verworfen ist, sofort zu allgemeinen Erörterungen überzugehen, unter dem Scheine, als ob das alles Lehre des apostolischen Stuhles sei und in der Encyklica stehe. Daraus entstehen Irrthümer und es kann geschehen, daß dann Ansichten als irrig und durch die Encyklica verworfen gehalten werden, die weder verworfen, noch irrig sind. Die kirchliche Wissenschaft dringt überall auf volle Klarheit bis auf den letzten Wortsinn, und je heiliger ihre Autorität ist, desto mäßiger ist sie in ihrem Gebrauch, desto ferner liegt es ihr, Menschen- und Schulmeinungen in den Bereich ihrer autoritativen Bestimmungen hineinzuziehen.

Wir haben aber zu dieser Erörterung noch eine besondere Veranlassung. In einer früheren Schrift[1]) sprachen wir nämlich in dem Abschnitt über „Religionsfreiheit und

1) Freiheit, Autorität und Kirche. Erörterungen über die großen Probleme der Gegenwart. Mainz 1862. S. 155.

die katholische Kirche" den Satz aus: „Es steht kein kirchlicher Grundsatz fest, welcher einen Katholiken behinderte, der Meinung zu sein, daß unter den gegebenen Verhältnissen die Staatsgewalt am besten thue, mit der gleich zu erwähnenden Beschränkung (Leugnung des persönlichen Gottes und Gefährdung der Sittlichkeit) volle Religionsfreiheit zu gewähren." Einige Jahre später führt nun der Verfasser einer Schrift über die Encyklica [1]), bei Besprechung der Sätze 77—79 des Syllabus, ohne uns zu nennen, die bezeichneten Worte aus unserer Schrift an mit dem Bemerken: „Diesen Sätzen gegenüber kann man heute wohl nicht mehr sagen, wie es mehrfach gesagt worden ist: „Es steht kein kirchlicher Grundsatz fest u. s. w." — wonach also unsere Behauptung nach Veröffentlichung des Syllabus nicht mehr haltbar wäre. Auch die historisch-politischen Blätter [2]) besprechen diese Wiener Broschüre sammt deren Hindeutung auf unsere Schrift, indem sie zugleich unserem Satz eine mildere Deutung geben wollen, ohne mit der nöthigen Schärfe das, worauf es hier ankömmt, hervorzuheben. Um so mehr glauben wir, daß die Erörterung dieser Frage hier von allgemeiner Bedeutung ist.

---

1) Der Papst und die modernen Ideen. II. Heft. Die Encyklica vom 8. Dezember 1864. Nebst einem Vorworte von P. Clemens Schrader S. J. Wien 1865. S. 33.

2) Band 25. S. 240.

Wir werden bei derselben zunächst die betreffenden Sätze des Syllabus und der Encyklica wortgetreu wiedergeben und dann bestimmen, welche Ansicht hier als irrig bezeichnet ist. Zur Vergleichung werden wir den lateinischen Text in der Note beifügen und zugleich durch gesperrte Schrift jene Worte hervorheben, die uns die entscheidenden scheinen. Die Aufmerksamkeit auf diese entscheidenden Worte würde bei einem Vergleiche einiger Uebersetzungen des Syllabus ergeben, wie oft deren Verfassern die klare Einsicht fehlte, worauf es eigentlich ankomme, worin das Irrige liege. Bei den Schriften über den Syllabus ist namentlich nicht immer hinreichend berücksichtigt worden, was zum genauen Verständniß überaus wichtig ist, daß alle Sätze desselben aus früheren Allocutionen und Ausschreiben des heiligen Vaters, die bei den verschiedensten Veranlassungen ergangen waren, entnommen sind, auf welche auch bei jedem einzelnen Satze ausdrücklich hingewiesen wird, und daß daher der eigentliche und wahre Sinn nur aus dem Zusammenhang, in welchem jene Sätze vorkommen, gefunden werden kann. Darum wurde auch bald nach Erlaß des Syllabus eine amtliche Ausgabe des vollständigen Textes aller jener Documente[1]) veranstaltet und im Vorworte ausdrücklich eingeschärft, daß zur Fest-

---

1) Acta SS. D. N. Pii PP. IX., ex quibus excerptus est syllabus editus VIII. Dec. 1864. Romae 1865.

stellung des wahren Sinnes, in welchem jene Sätze verworfen sind, jene früheren Erlasse zur Vergleichung benutzt werden müssen [1]). Wir werden diesen Weg einschlagen, um zu bestimmen, welche Meinungen wir bezüglich der staatlichen Gewissensfreiheit, des Liberalismus rc. als irrig zu vermeiden haben.

Die Sätze des Syllabus, die hier in Betracht kommen, haben die gemeinschaftliche Ueberschrift: „§. 10. Irrthümer, die sich auf den Liberalismus beziehen." Damit soll also nicht Alles, was man etwa Liberalismus nennen kann, als Irrthum bezeichnet, sondern nur ausgesprochen werden, daß in diesem System Irrthümer vorkommen, die vermieden werden müssen. Der erste Satz lautet nun:

„In unserem Zeitalter ist es nicht mehr zuträglich, daß die katholische Religion als einzige Staatsreligion unter Ausschluß aller übrigen Religionsübungen gelte [2])."

Die Allocution, aus welcher diese Stelle entnommen ist, hat der heilige Vater am 26. Juli 1855 gehalten und bezieht sich auf Spanien. In diesem ganz katholischen Lande waren die althergebrachten Rechte der Kirche zuletzt

---

1) Eas (Litteras encyclicas et Allocutiones) conferre omnino oportet, siqui verum sensum, in quo illae sententiae pontificia auctoritate perstringuntur elicere velint. Ibid. pag. V.

2) LXXVII. Aetate hac nostra non amplius expedit, religionem catholicam haberi tamquam unicam Status religionem, ceteris quibuscumque cultibus exclusis.

Alloc. *Nemo vestrum* 26. Julii 1855.

im Jahre 1851 geregelt und das neue Uebereinkommen als Staatsgrundgesetz bekannt gemacht worden. In dieser Uebereinkunft war, wie der heilige Vater sagt, „unter verschiedenen Bestimmungen zum Schutze der katholischen Region vor Allem festgestellt, daß diese Religion mit Ausschluß aller anderen Religionsübungen als alleinige Religion der spanischen Nation fortbestehen und deßhalb wie bisher im ganzen spanischen Reiche mit allen ihren Rechten und Privilegien als solche erhalten werden solle[1]." Diesem feierlichen Vertrage entgegen wurde einige Jahre später einseitig dieses ganze Rechtsverhältniß der Kirche beseitigt. Gegen diese offenbare Rechtskränkung protestirt nun der heilige Vater in jener Allocution, welcher der Satz des Syllabus entnommen ist. Wir haben die betreffende Stelle oben mitgetheilt. Daraus ergibt sich der Sinn derselben von selbst. Durch jenes Concordat mit Spanien vom Jahre 1851, in welchem die katholische Kirche als Staatsreligion anerkannt wurde, war ausgesprochen, daß auch in unserem Zeitalter es noch Verhältnisse geben könne, wo die katholische Kirche auf diese Stellung ein wohlbegründetes

---

1) Neque Vos latet, quomodo in eadem Conventione inter plurima, quae statuta fuerunt ad catholicae religionis rationes tuendas, cautum in primis fuerit, ut ipsa augusta religio, quocumque alio cultu excluso, pergens esse sola religio hispanicae Nationis, esset ut antea in universo Hispaniarum Regno conservanda cum omnibus juribus et praerogativis.

Recht habe. Solche Verhältnisse waren in Spanien vorhanden, in diesem ausschließlich katholischen Lande mit seinem katholischen Regentenhause und seinem alten Rechte. Der Satz des Syllabus hat also keinen anderen Sinn, als daß die Behauptung, daß es in unserem Zeitalter für kein Land mehr angemessen und förderlich sei, die katholische Kirche als Staatsreligion mit Ausschluß aller übrigen Religionsübungen anzuerkennen, im Widerspruch mit dem Verfahren des apostolischen Stuhles stehe und irrig sei. Jedes Hinausgehen über diesen Sinn liegt nicht im Syllabus und vor Allem wäre es deßhalb absolut willkürlich, ihm den Sinn zu unterstellen, als ob es in der Absicht des heiligen Vaters liege, damit auszusprechen, daß in allen Ländern die katholische Religion mit Ausschluß der übrigen Religionsbekenntnisse Staatsreligion sein müsse.

Der folgende Satz des Syllabus, der verworfen wird, lautet:

„In lobenswerther Weise ist daher in gewissen katholischen Ländern Allen, die dorthin einwandern, gesetzlich garantirt worden, daß die öffentliche Uebung der eigenen Religion jedem zustehe [1].“

---

1) LXXVIII. Hinc laudabiliter in quibusdam catholici nominis regionibus lege cautum est, ut hominibus illuc immigrantibus liceat publicum proprii cujusque cultus exercitium habere.

Alloc. *Acerbissimum* 27. Sept. 1852.

Die Allocution, welcher dieser Satz entnommen ist, bezieht sich auf die Republik Neu-Granada in Süd-Amerika und wurde am 27. September 1852 gehalten. Er bezieht sich also erstens wieder auf ein ganz katholisches Land. Papst Gregor XVI. hatte dieser kleinen Republik eine besondere Liebe zugewendet und sogar einen eigenen Nuntius hingesandt. In Folge einer der vielen dort vorkommenden Staatsumwälzungen kam plötzlich ein ganz radicales Element an die Spitze, durch welches alsbald die Kirche ihrer ganzen Rechtsstellung beraubt und überdies gleichzeitig alle Freiheiten und zwar in der ausgedehntesten Weise proclamirt wurden. Der heilige Vater tadelt nun in jener Allocution alle diese Rechtsverletzungen und zählt unter diesen tadelnswerthen neuen Gesetzesbestimmungen auch die auf (und diese Stelle bezieht sich auf den Satz des Syllabus), „daß Allen eine unbeschränkte Freiheit gewährt sei, jeden Gedanken und alle abenteuerlichen übertriebenen Meinungen durch den Druck verbreiten und sich sowohl im Privatleben als öffentlich zu jeder Religionsübung, welche sie auch immer sein möge, bekennen zu dürfen[1]."

Hier sehen wir wieder, wie nothwendig es ist, den Syllabus in seinem Zusammenhange aufzufassen und nicht

---

1) Et omnimodam omnibus tribui libertatem, ut quisque suas cogitasiones ac monstrosa quaeque opinionum portenta typis quoque in vulgus edere et privatim publiceque quemlibet cultum profiteri valeat.

ohne Rücksicht auf denselben herauszudeuten, was jedem beliebt. Der heilige Vater sagt also, daß eine unbeschränkte Preßfreiheit und ebenso eine unbeschränkte Freiheit öffentlicher Religionsübung unstatthaft sei; er sagt dies den Bewohnern eines katholischen Staates, und indem er diese Stelle im Syllabus aufnimmt, spricht er, wenn wir den Sinn ganz auf seinen eigentlichen Inhalt reduciren wollen, lediglich und allein aus, daß es keine lobenswerthe Maßregel gewisser katholischen Länder gewesen sei, unbedingte Freiheit der öffentlichen Uebung jedweder Religion gesetzlich zu gewährleisten, und zwar nicht bloß für die ansäßigen Staatsangehörigen, sondern selbst noch für alle beliebigen Einwanderer. Wir dürfen aber diesen Satz auch auf alle Staaten anwenden und behaupten, daß kein Staat der Welt die unbedingte Preßfreiheit und die unbedingte freie öffentliche Religionsübung zugestehen kann und zugestehen wird. Selbst Nord-Amerika gesteht den Mormonen nicht das Recht der unbedingten freien öffentlichen Religionsübung zu. Der heilige Vater spricht also hier einen nicht bloß vom Standpunkt der Religion, sondern vom Standpunkt der allgemeinen Menschenvernunft allgemein gültigen Satz aus[1].

---

1) Wir bitten hierüber in dem so überaus lehrreichen Werke von Walter: Naturrecht und Politik im Lichte der Gegenwart, Bonn 1853, S. 490 ff. nachzulesen, wo gezeigt wird, daß alle neueren Staatsrechts-Lehrer darin einverstanden sind, daß es gewisse Grenzen der

Der dritte verworfene Satz lautet:

„Denn es ist falsch, daß die staatliche Freiheit jeglicher Religionsübung, deßgleichen die allen gewährte volle Freiheit, alle beliebigen Meinungen und Ansichten öffentlich bekannt zu machen und zu verbreiten, dazu führe, die Sitten und Gesinnungen der Völker desto leichter zu verderben und die Pest des Indifferentismus zu verbreiten [1])."

Dieser Satz ist so einfach und spricht so sehr nur den Gedanken des einfachsten natürlichen Menschenverstandes und des schlichtesten Sittengefühles aus, daß er kaum einer Erklärung bedarf. Er ist entnommen der Allocution vom 15. Dezember 1856, die sich auf Mexiko und die damals dort gleichfalls in der allerradicalsten Weise proponirte Constitution bezieht. Insbesondere hebt der heilige Vater hervor, daß „um die Sitten und Gesinnungen des Volkes um so leichter zu verderben und die verabscheuungswürdige

---

freien Religionsübung geben müsse. Walter führt dort auch namentlich die Worte aus Trendelenburg's Naturrecht §. 172 an: „Es hat die Möglichkeit, verschiedene Religionen in sich zu dulden, für jeden Staat seine Grenzen u. s. w." Wir wissen denen, die sich über alle Fragen der Politik gründlich unterrichten wollen, kein besseres Buch anzuempfehlen, als das genannte von Walter.

1) Enimvero falsum est, civilem cujusque cultus libertatem itemque plenam potestatem omnibus attributam quaslibet opiniones cogitationesque palam publiceque manifestandi conducere ad populorum mores animosque facilius corrumpendos ac indifferentismi pestem propagandam.

Alloc. *Numquam fore* 15. Dec. 1856.

Pest des Indifferentismus zu verbreiten und dadurch unsere heilige Religion zu beschädigen, die freie Uebung jeglicher Religion zugelassen und allen die unbeschränkte Befugniß eingeräumt werde, alle beliebigen Meinungen und Ansichten zu veröffentlichen und zu verbreiten[1])." Was ist nun hier als irrig bezeichnet? Lediglich die Meinung, daß unbeschränkte Freiheit öffentlicher Religionsübung und unbeschränkte Preßfreiheit unschädlich für die Sitten und für die Gesinnungen der Völker sei. Es wird sich aber auch wohl schwerlich ein Mensch finden, der dieser Behauptung des heiligen Vaters zu widersprechen wagte, und jedenfalls findet sie in allen europäischen Staaten und Gesetzgebungen die vollkommenste Bestätigung und Anwendung.

Wir stehen jetzt schon am letzten Satz der in den Syllabus aufgenommenen Irrthümer des Liberalismus, dessen Inhalt so lautet:

„Der Papst kann und muß sich mit dem s. g. Fortschritt, mit dem Liberalismus und mit der modernen Civilisation aussöhnen und vergleichen[2])."

---

1) Et ad populorum mores animosque facilius corrumpendos ac detestabilem teterrimamque indifferentismi pestem propagandam ac sanctissimam nostram religionem convellendam admittitur liberum cujusque cultus exercitium et omnibus quaslibet opiniones cogitationesque palam publiceque manifestandi plena tribuitur potestas.

2) LXXX. Romanus pontifex potest ac debet cum progressu, cum liberalismo et cum recenti civilitate sese conciliare et componere. Alloc. *Jamdudum cernimus* 18. mart. 1861.

Wir haben uns in der Uebersetzung, wie unsere Leser bemerken werden, eine kleine Freiheit erlaubt durch Beifügung des Wörtchens „sogenannt;" dieselben werden sich aber sofort davon überzeugen, wie wohlbegründet diese Beifügung war, um den wahren Sinn des Satzes des Syllabus hervorzuheben. Gerade hier sehen wir in ganz besonderer Weise, wie nothwendig es sei, die Sätze des Syllabus in ihrem betreffenden Zusammenhang zu betrachten, da dieser Satz seinem einfachen Wortlaute nach und ohne Vergleich mit dem ursprünglichen Zusammenhang eine total falsche, der Absicht des heiligen Vaters geradezu entgegengesetzte Deutung erfahren könnte [1]), als ob nämlich ein Zusammengehen der katholischen Kirche mit dem wahren Fortschritt und mit jeder Art liberaler Gesinnung abgelehnt würde; davon war aber der heilige Vater weit entfernt. Dieser Satz des Syllabus ist entnommen jener erhabenen Allocution vom 18. März 1861, welche sich zunächst auf die Verhältnisse in Italien, sodann auch auf die ganze Weltlage und die in ihr kämpfenden geistigen Grundrichtungen bezieht. Wir können nur jene Gedanken hervorheben, die zur Beleuchtung des Sinnes des

---

1) H. Denzinger gibt in seinem geschätzten Werke: Enchiridion Symbolorum et definitionum pag. IX. über die Interpretation der verworfenen Lehrsätze folgende, hier ganz zutreffende Regel an:

Multae etiam sunt propositiones, quae si ad verba sola respicias, sensum sanum admittant, in sensu tamen auctoris, in quo damnantur, perversae sunt atque rejiciendae. Qui sensus igitur vel ex dogmatum historia vel ex systematis damnati nexu desumendus erit.

Satzes des Syllabus nothwendig sind. Es bestehe, sagt der heilige Vater, in unserer Zeit ein schwerer Kampf zwischen der Wahrheit und dem Irrthume, zwischen der Tugend und dem Laster, zwischen dem Lichte und der Finsterniß in der bürgerlichen Gesellschaft. Man stelle da gewisse Forderungen der angeblichen modernen Civilisation auf und namentlich verlange man, daß der römische Papst sich mit dem Fortschritte, mit dem Liberalismus und dadurch mit dieser modernen Civilisation versöhne und vergleiche. Er geht dann dazu über, zu zeigen, welcher Mißbrauch mit diesen Worten getrieben werde und wie darin ein Geist sich geltend mache, der dem scheinbar guten Sinne dieser Worte geradezu widerspreche; namentlich hebt er hervor, daß diese moderne Civilisation, während sie allen Religionsübungen Freiheit gewähre, den Instituten der katholischen Kirche, ihren geistlichen Genossenschaften und den Dienern der Kirche diese Freiheiten verweigere; daß dieselbe moderne Civilisation, während sie alle möglichen nichtkatholischen Unternehmungen unterstütze, der katholischen Kirche sogar ihr rechtmäßiges Eigenthum entziehe; daß dieselbe moderne Civilisation, während sie die ungemessenste Preßfreiheit dulde, welche die Kirche beschimpfe und die Sittenlosigkeit immer mehr verbreite, gleichzeitig jeder Lebensthätigkeit der Kirche den feindseligsten Widerstand entgegensetze; während sie Alle straflos mache, in Bestrafung kirchlicher Personen alles Maß der Strenge überschreite. Einer

solchen Civilisation könne nimmermehr der römische Papst die Hand zur Versöhnung reichen, mit ihr nie ein Band der Einigkeit schließen. Man möge, fährt der heilige Vater fort, den Dingen ihren wahren Namen wieder zurückgeben. Der heilige Stuhl sei immer der Beschützer und Beförderer der wahren Civilisation gewesen: das bezeuge die Geschichte. Wenn man aber unter dem Worte Civilisation ein auf die Beschädigung, ja Vernichtung der Kirche Christi berechnetes System verbergen wolle, so könne der heilige Stuhl und der römische Bischof freilich mit einer solchen Civilisation sich nimmermehr verständigen. Das Angegebene genügt vollkommen, um den Syllabus zu verstehen. Der heilige Vater ist weit davon entfernt, eine Versöhnung mit dem wahren Fortschritt und mit der wahren Civilisation als unmöglich für die katholische Kirche behaupten zu wollen, im Gegentheile — und jede Kundgebung des heiligen Vaters und der katholischen Kirche ist dessen Zeuge: die katholische Kirche ist und bleibt, wie er so schön sagt, Patrona et Altrix, die Patronin und Ernährerin der wahren Civilisation für alle Zeiten; aber jenes Lügensystem, das sich Fortschritt nennt, um gegen jeden sittlichen Fortschritt zu kämpfen; das sich Liberalismus nennt, um die Freiheit des Guten zu hindern, um die Freiheit des Bösen zu fördern; das sich Civilisation nennt, um die christliche Religion rückgängig zu machen und uns wieder allen Greueln des Heidenthums zuzuführen, hat der heilige Vater mit jenem

Sätze des Syllabus zeichnen und verwerfen und die Katholiken darauf aufmerksam machen wollen, ein wie heilloses Lügenspiel mit Worten getrieben wird und wie nöthig es daher für sie sei, überall zu unterscheiden, in welchem Sinne die Worte in der Welt gebraucht werden, wenn sie nicht der Spielball des Lügengeistes werden und jeder Täuschung sich hingeben wollen. Wir glauben dadurch vollkommen gerechtfertigt zu sein, wenn wir in der Uebersetzung des Syllabus das Wort „sogenannt" eingeschaltet haben.

Den Sätzen des Syllabus, die sich auf unseren Gegenstand beziehen, wollen wir der Vollständigkeit wegen noch den folgenden beifügen:

„Die Kirche ist vom Staat und der Staat von der Kirche zu trennen[1])."

Die Erklärung gibt sich hier wiederum von selbst. Der Papst verwirft die Lehre, welche auf eine totale Trennung zwischen Kirche und Staat hinzielt. Der heilige Vater spricht hier in Bezug auf den Staat den Grundgedanken der ganzen Allocution vom 8. Dezember 1864 aus; indem die wesentliche Bedeutung derselben in dem Nachweise liegt, daß alle menschlichen Verhältnisse und das ganze menschliche Leben in allen seinen Thätigkeiten mit der Religion verbunden, von der Religion getragen sein soll. Diesen Gedanken verfolgt der heilige Vater durch alle Thä-

---

1) LV. Ecclesia a Statu Statusque ab Ecclesia sejungendus est. Alloc. *Acerbissimum* 27. Septembris 1852.

tigkeiten des Menschen, von seiner rein individuellen Denkthätigkeit angefangen, bis zu seinen letzten socialen Beziehungen. In Anwendung auf den Staat heißt dann dieser Grundsatz so, wie er im Syllabus formulirt ist. Wir wollen ihn noch in Verbindung bringen mit einigen andern der Encyklica vom 8. Dezember 1864. Dort verwirft der heilige Vater als absurd und gottlos den Satz:

„Die beste Staatsform und der bürgerliche Fortschritt fordere durchaus, daß die menschliche Gesellschaft constituirt und regiert werde ohne jegliche Rücksicht auf die Religion; gerade als ob eine solche gar nicht existirte oder wenigstens ohne zwischen der wahren Religion und falschen Religionen einen Unterschied zu machen[1]."

Hier verwirft der heilige Vater lediglich und allein, was oben im Satz des Syllabus ausgesprochen ist, nämlich die volle Trennung zwischen der bürgerlichen Gesellschaft und der Religion, oder den religionslosen Staat; ja um noch genauer zu sprechen, wird hier direct und unmittelbar eigentlich nur die Ansicht, daß der religionslose Staat sogar die beste Staatsform sei, die am meisten dem Wesen des Staates entspreche und deßhalb überall erwirkt werden müsse, verworfen.

---

1) Optimam societatis publicae rationem civilemque progressum omnino requirere, ut humana societas constituatur et gubernetur nullo habito ad religionem respectu, ac si ea non existeret, vel saltem nullo facto veram inter falsasque religiones discrimine.

Dahin gehört ferner der folgende Satz derselben Encyklica, in welchem der heilige Vater die Lehre als irrig bezeichnet: „Jener Staat sei am Besten bestellt, in welchem der Regierung nicht die Pflicht obliegt, diejenigen, welche die katholische Religion beschädigen, durch gesetzliche Strafen in Schranken zu halten, als nur insoweit dies das Interesse der öffentlichen Ordnung verlangt [1].“

Es wäre wieder eine ganz willkürliche, den unmittelbaren Sinn verlassende Deutung dieser Stelle, daß hier der heilige Vater für die Kirche einen Schutz durch Staatszwang in Anspruch nehme von allen Regierungen, wie er in jenen Staaten etwa der Kirche geleistet worden ist, wo die katholische Kirche mit Ausschluß anderer Religionsgesellschaften als alleinige Staatsreligion anerkannt worden war; während lediglich wieder die Ansicht verworfen wird, daß die Kirche als solche auch den allgemeinen Staatsschutz nicht genießen dürfe und daß diese totale Rechtlosigkeit der Kirche als solcher — denn ein Schutz lediglich im Interesse des öffentlichen Friedens ist nicht ein Rechtsschutz der Kirche, sondern nur ein Rechtsschutz der Einwohner überhaupt gegen die Störungen des Friedens — sogar die vollkommenste Staatsform sei, zum Wesen des besten Staates gehöre. Wir haben in diesem Irrthume lediglich eine Consequenz

---

1) Optimam esse conditionem societatis, in qua Imperio non agnoscitur officium, coercendi sancitis poenis violatores catholicae religionis, nisi quatenus pax publica postulet.

des Systemes des absolut religionslosen Staates vor uns, die wohl in den Köpfen einiger Fanatiker der Gottlosigkeit vorhanden ist, aber mit unseren wirklichen Zuständen noch nichts zu thun hat.

Wir stehen jetzt vor der letzten Stelle der Encyklica, welche sich mit unserer Frage beschäftigt. Im Anschluß an die Bulle Gregor's XVI. verwirft der heilige Vater die Lehre: „Die Freiheit des Gewissens und der öffentlichen Religionsübung sei ein, jedem Menschen eigenes Recht, welches in jedem wohlgeordneten Staate durch ein Gesetz anerkannt und geschützt werden müsse, und jeder Bürger besitze die unbedingte, durch keine, sei es kirchliche, sei es bürgerliche Autorität zu beschränkende Freiheit, seine Gedanken, welche immer sie seien, sowohl mündlich, als durch die Presse und auf jede andere Weise öffentlich kund zu geben und zu verbreiten [1]."

Dieser Satz hängt mit mehreren der früher erklärten Sätze des Syllabus zusammen und ist nach dem Gesagten selbstverständlich. Darnach ist eine Gewissensfreiheit in dem Sinne unbeschränkter öffentlicher Religionsübung nicht ein unveräußerliches Menschenrecht, das in jedem geordneten

1) Libertatem conscientiae et cultuum esse proprium cujuscunque hominis jus, quod lege proclamari et asseri debet in omni recte constituta societate et jus civibus inesse ad omnimodam libertatem, nulla vel ecclesiastica vel civili auctoritate coarctandam, quo suos conceptus quoscunque sive voce, sive typis, sive alia ratione palam publiceque manifestare, ac declarare valeant.

Staate jedem Bürger ohne Ausnahme gewährleistet sein müßte; oder mit andern Worten es ist ein Irrthum zu sagen, daß unbeschränkte Gewissensfreiheit in Verbindung mit unbeschränkter Preßfreiheit ein unveräußerliches Menschenrecht sei, das in jedem geordneten Staate jedem Bürger durch das Gesetz gewährleistet werden müsse, ohne von irgend einer Autorität behindert werden zu dürfen.

Wenn wir nun alle in dem Syllabus und in der Encyklica in der Hinsicht, die uns beschäftigt, verworfene Irrthümer übersichtlich zusammenfassen wollen, so ergibt sich folgendes Resultat:

Der Papst verwirft durchaus und in allen Consequenzen den religionslosen Staat;

Er verwirft in Folge dessen eine gesetzliche Ordnung, wodurch der Kirche der allgemeine Rechtsschutz, der zum Wesen des Staates gehört, entzogen wird;

Er verwirft die Ansicht, daß es für kein Land mehr zuträglich sei, die katholische Kirche mit Ausschluß aller anderen Religionsübungen als Staatsreligion anzuerkennen;

Er verwirft schrankenlose öffentliche Religionsübung;

Er verwirft die Ansicht, daß schrankenlose Freiheit, alles drucken und verbreiten zu dürfen, unschädlich für die Sitten und die Gesinnung der Völker sei;

Er erklärt, daß es einen falschen Fortschritt, einen falschen Liberalismus und eine falsche moderne Civilisation gebe, denen wir Katholiken nicht beistimmen dürften.

Das ist Alles, was die Encyklica und der Syllabus in dieser Hinsicht als irrthümlich bezeichnet.

Wenden wir diese Grundsätze noch kurz auf die beiden Fragen an, ob hiernach der Satz, welchen wir in unserer Schrift „Freiheit, Autorität und Kirche" aufgestellt haben, nach Veröffentlichung des Syllabus nicht mehr gelehrt werden dürfe und ob wir berechtigt sind, Gewissensfreiheit und Parität in dem Sinne der preußischen Verfassungsurkunde für den Nordbund und die betreffenden deutschen Staaten als die beste Regulirung der kirchlichen Verhältnisse für diese Länder anzusehen.

Die Antwort auf beide Fragen scheint uns hiernach leicht.

Wir glauben mit vollem Rechte unsere Behauptung wiederholen zu dürfen, daß kein kirchlicher Grundsatz besteht, welcher einen Katholiken behindert, der Meinung zu sein, daß unter (den) gegebenen Verhältnissen die Staatsgewalt am besten thue, mit den angegebenen Beschränkungen volle Religionsfreiheit zu gewähren. Das mögliche Mißverständniß dieses Satzes kann höchstens in dem Artikel „den" liegen, welchen wir in dem vorigen Satze eingeklammert haben; insoweit nämlich dadurch dem Satze die Deutung gegeben würde, als ob wir für die ganze Welt und ohne Ausnahme die Freiheit der öffentlichen Religionsübung als das zweckmäßigste erachteten. Dann stünde unserer Ansicht freilich ein kirchlicher Grundsatz entgegen, da der heilige Vater in

rein katholischen Staaten, wo die katholische Kirche als Staatsreligion durch die Gesetze garantirt war, die Aufrechthaltung dieses Zustandes als ein Recht der Kirche in Anspruch genommen hat und mithin für die Interessen der Kirche förderlich hält. Uns war aber eine solche Auffassung nicht eingefallen; wir dachten in unserer zunächst für die Katholiken Deutschlands bestimmten Schrift nicht an rein katholische Länder und wollten lediglich sagen, daß unter den in Deutschland gegebenen und ähnlichen Verhältnissen ein Katholik, ohne dadurch gegen einen Grundsatz der Kirche zu verstoßen, Gewissensfreiheit, oder, um noch richtiger zu sprechen, da Gewissensfreiheit ja lediglich eine Sache des inneren Geistes und daher auch immer vorhanden ist — Freiheit der öffentlichen Religionsübung mit den nothwendigen Beschränkungen für zulässig halten dürfe und diese Ansicht hat der Syllabus nicht verworfen.

Was dann aber die preußischen Verfassungsbestimmungen und überhaupt eine gesetzliche Regelung der kirchlichen Verhältnisse nach den Grundsätzen der Parität betrifft, so ergeben sich für uns aus allem Gesagten folgende Grundsätze:

1. Wir dürfen nicht Parität fordern aus Indifferentismus, nicht in dem Sinne, als ob alle Religionsbekenntnisse gleich gut wären, wodurch jede wahre innere Ueberzeugung aufgehoben wäre;

2. Wir dürfen nicht Parität fordern in dem Sinne,

als ob eine solche Ordnung das ausschließlich berechtigte Ideal der Stellung der Kirche sei, dem Wesen des Staates allein und vollkommen entspreche; wodurch zugleich behauptet würde, daß das Verhältniß zwischen Kirche und Staat im ganzen Mittelalter bis auf die neueste Zeit lediglich eine große Verirrung gewesen wäre;

3. Wir dürfen auch nicht Parität oder Religionsfreiheit fordern in dem Sinne der Trennung der Kirche von dem Staate, in dem Sinne des religionslosen, des atheistischen Staates. In dieser Hinsicht hat vielfach in Frankreich und noch mehr in Belgien unter den Katholiken eine nicht richtige Ansicht bestanden; man hat dort in der That die Religionsfreiheit hier und da in diesem Sinne der vollkommenen Trennung verstanden und es haben sich deßhalb viele katholische Männer der falschen und in ihren Wirkungen namenlos verderblichen Auffassung hingegeben, als ob der Staat dieser Trennung wegen sich jetzt gar nicht mehr um die Religion zu bekümmern und folglich bei allen seinen staatlichen Institutionen auf die religiöse Gesinnung seiner Untergebenen gar keine Rücksicht mehr zu nehmen habe; das ist sicher verkehrt und nicht entfernt eine Folgerung aus dem Grundsatze der Parität oder der Gewissensfreiheit, sondern vielmehr eine Folgerung aus einer ganz abstracten, thörichten Staatsidee. Der einzelne Staat, wie er besteht, ist nicht für ein abstractes Menschthum da, sondern für die Menschen, die in seinem Territorium wohnen und er muß sie nehmen

und anerkennen, wie sie sind, mit allen ihren Bedürfnissen und mit ihrer ganzen Existenz. Wenn auch der Staat qua Staat keine Staatsreligion mehr hat, keine einzelne Confession für den Staat als ausschließlich berechtigt hält, so folgt daraus nicht das Absurdum, daß er auch jetzt seine Angehörigen als Menschen ohne Religion ansehen und behandeln dürfe. Er muß sie vielmehr nehmen, wie sie sind und zwar wie sie zu sein berechtigt sind; er muß die Katholiken, die Protestanten, die in seinem Lande berechtigt sind, zur freien und offenen Uebung ihrer Religion als Katholiken mit ihrer katholischen Ueberzeugung, als Protestanten mit ihrer protestantischen Ueberzeugung in allen seinen Gesetzen, in allen seinen Institutionen, in allen seinen Anordnungen, namentlich auch in allen von ihm gegründeten Schulen, von der Elementarschule an bis zur Universität, anerkennen und respectiren. Es sei daher ferne von uns, uns diesen verderblichen Irrthümern einiger Katholiken in Frankreich und Belgien bis auf den heutigen Tag anzuschließen. Wenn auch der Türke über uns regieren würde und wir das Recht hätten, in diesem Lande als Katholiken zu leben, so würden wir von ihm fordern, daß er auf uns als Katholiken Rücksicht nehme in seiner Regierung, wo immer er mit uns in Berührung träte. Diese wesentliche Unterscheidung zwischen einem Systeme vollständiger Trennung und berechtigter Parität müssen wir stets im Auge behalten.

4. Dagegen sind wir vollkommen berechtigt, Parität

und beschränkte Religionsfreiheit unter gegebenen Verhältnissen zuzugestehen und zu verlangen; wir sind vollkommen berechtigt, anzunehmen, daß solche Verhältnisse namentlich vorhanden sind in allen den Ländern, die wir bei dieser Erörterung im Auge haben. Ja wir sind sogar vollkommen berechtigt, diese Art paritätischer Regelung für diese Länder und diese Verhältnisse nicht nur als das Beste, sondern als das Nothwendige anzusehen und das ist unsere Ueberzeugung bezüglich aller der Länder, wo dieselben Verhältnisse wie in Preußen bestehen.

5) Das einzige Bedenken, um keinen Gedanken zu übergehen, der hier in Betracht kömmt, könnte der Art. 12 der preußischen Verfassung erregen, nämlich insofern, als man annehmen wollte, daß dadurch eine ganz unbeschränkte Freiheit des religiösen Bekenntnisses gewährleistet sei[1]. Wir haben in der wiederholt citirten früheren Schrift erörtert, daß eine Religionsfreiheit, die gegen das Sittengesetz verstößt, oder den Glauben an Gott leugnet, nach katholischen Grundsätzen nie zugestanden werden darf. Die Autorität der Kirche stimmt hierin, wie wir oben sahen, mit der Wissenschaft bis auf den heutigen Tag vollkommen überein und ebenso steht ihr dabei auch der gesunde Menschenverstand zur Seite; denn eine Religion ohne Gott ist

---

1) Art. 12. „Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung wird gewährleistet."

ebenso widersinnig, als eine Religionsübung, die das Sitten-gesetz verletzt; Beides ist im Widerspruche mit dem Wort-sinne. Aber auch in der preußischen Verfassung finden sich hinreichend diese nothwendigen Beschränkungen und so ist auch in dieser Hinsicht es unbedenklich, sich ihr anzu-schließen.

XIII.

Die Lage der katholischen Kirche.

Es ist wohl angezeigt, daß wir bei unserem Blick in die Zukunft, bei den Hoffnungen und Befürchtungen, die wir ausgesprochen haben, auch die Lage der katholischen Kirche unter den sich neu gestaltenden Verhältnissen, die Schwierigkeiten, die ihr bevorstehen, die Aufgabe, die sie nach Gottes Willen zu lösen hat, näher in's Auge fassen. Ohnehin wird die katholische Kirche als die von Gott auf Erden für alle Zeiten und zur Erlösung aller Menschen gegründete Anstalt auch in der Zukunft der innerste Mittelpunkt aller großen geistigen Kämpfe der Welt bleiben. So war es schon in den ersten Jahrhunderten. Kaum war der Sohn Gottes auf Erden in einem fernen Winkel der Welt und unter den unscheinbarsten äußeren Verhältnissen erschienen, da war die Welt gezwungen, von diesem gött=

lichen Lichte, das zu leuchten anfing, Kenntniß zu nehmen und bald war dieses Senfkörnlein in der Kirche so herangewachsen, daß es der Mittelpunkt der großen Bewegungen des mächtigen römischen Reiches wurde. So war es im ganzen Mittelalter, die Kirche war der Mittelpunkt aller geistigen Bewegung, aller geistigen Kämpfe. So wird es auch in der Zukunft sein. Der Kampf gegen die Wahrheiten, die Gott in der Kirche, der Säule und Grundfeste der Wahrheit für alle Zeiten, niedergelegt hat, auf der einen Seite; der Sieg dieser Wahrheiten trotz aller scheinbaren Niederlagen, und der Segen, den dieser Sieg begleitet, auf der anderen Seite: das ist die Achse, um die sich das geistige Leben und Ringen der Welt dreht bis an das Ende derselben. Wir können daher nicht von der Zukunft reden, ohne auch von der Kirche zu reden. Für Alles, was da Gutes geschehen wird, muß sie die Grundlage legen: die geistigen Grundlagen in den ewigen, unveränderlichen Wahrheiten der Offenbarung, der Lehren Jesu, die sie als eine göttliche Hinterlage in der Menschheit, als ein heiliges, leuchtendes Feuer vom Himmel, treu bewahrt; die sittlichen Grundlagen in den Pflichten, welche sich aus diesen Wahrheiten ergeben und in den Geboten Gottes enthalten sind, die sie ohne Unterlaß den Menschen in allen Ständen und in allen Verhältnissen verkündet.

Wenn wir nun zuerst auf die äußere Lage der katholischen Kirche in und außer Deutschland hinblicken, so sehen

wir einen überaus großen Unterschied im Vergleiche zu unserer nächsten Vergangenheit. Es sind noch keine hundert Jahre her, daß die katholische Kirche fast in allen katholischen Staaten auch in der bürgerlichen Gesetzgebung als die von Gott gegründete Anstalt der wahren Religion anerkannt wurde; es sind noch keine hundert Jahre her, daß die katholische Kirche in allen diesen Staaten deßhalb als die allein berechtigte Staatsreligion angesehen, daß Fürsten und christliche Völker es als die erste Pflicht betrachteten, sie zu schützen und ungerechte Angriffe von ihr abzuhalten. Durch die Stiftungen, welche im Laufe der vielen christlichen Jahrhunderte der Opfergeist der Christen in's Leben gerufen, besaß die Kirche zugleich in größter Ausdehnung alle Anstalten, die ihr zur Förderung ihrer Sendung nöthig waren. Alle katholischen Länder waren bedeckt mit den großartigsten Anstalten für die Wissenschaft durch alle Stufen derselben, für die Werke der Barmherzigkeit, für die Pflege des höheren christlichen Lebens und der christlichen Vollkommenheit. Das war der äußere Zustand der Kirche in allen katholischen Ländern Europa's noch vor hundert Jahren. Welche Veränderung, wenn wir auf die äußere Lage der Kirche in der Gegenwart sehen! Damals stand noch das alte katholische Kaiserhaus an der Spitze Deutschlands, jetzt ist es, wie eine fremde Macht von Deutschland getrennt; damals herrschten katholische Fürsten über die katholischen Länder, jetzt stehen die meisten Katholiken in Deutschland

unter protestantischen Regierungen; damals waren in den Reichsständen, die an der obersten Reichsgewalt theilnahmen, die Katholiken die vorwiegenden, jetzt haben sie in der obersten Spitze fast keine Vertretung; damals hatte überdies die Kirche in ganz Deutschland ein reiches Vermögen für ihre Zwecke, das alles ist ihr bis auf weniges eigentliches Pfründevermögen vollständig entzogen; damals bestand noch ein großes Reichsband, das alle Katholiken und alle katholischen Bisthümer mit einander verband; jetzt dagegen sind die einzelnen Diöcesen in zahllose kleine Länder vertheilt und waren in ihnen vielfach bis vor wenigen Jahren isolirt und losgelöst, den feindseligsten Bedrückungen einer feindseligen Bureaukratie ausgesetzt; damals war im Osten Deutschlands noch ein großes treues katholisches Volk — Polen, das katholischen Einfluß weithin nach Osten verbreitete; jetzt ist dieses Volk von der Karte verschwunden und mit seinem Glauben der barbarischsten Verfolgung ausgesetzt; damals herrschte noch unbestritten in allen romanischen Ländern Europa's die katholische Religion; jetzt sind alle diese Völker von Regierungen beherrscht, die entweder ganz entschieden und offen, oder verdeckt die katholische Kirche bedrücken und verfolgen. Dieser große Wechsel in der äußeren Lage der Kirche erhält endlich seine Krone in dem, was wir jetzt in Italien erblicken. Nachdem der Geist der Revolution die Kirche ihrer ganzen äußeren Stellung fast überall schon beraubt hat, greift er auch das

Oberhaupt der Kirche mit aller Wuth an und will ihm das rauben, was ihm die Ehrfurcht der christlichen Völker und der christlichen Fürsten in dem Laufe der Jahrhunderte unter der Leitung der göttlichen Vorsehung gegeben hat. Wir stehen vielleicht nahe vor der Zeit, wo der Vater der Christenheit, ähnlich wie der, dessen Stelle er vertritt, kaum noch einen Platz finden wird, wo er sein Haupt niederlegen kann. So ist die äußere Lage der Kirche in dem kurzen Zeitraum eines Jahrhunderts geworden.

So überaus schmerzlich diese Schicksale der Kirche aber auch sind, so unermeßlich ungerecht die Handlungen derer waren, welche die Kirche in diese Lage versetzten, so müssen wir dennoch auch auf sie die Grundsätze anwenden, die wir in unserer Einleitung ausgesprochen haben. Wenn Gott schon das Leben jedes einzelnen Menschen liebevoll leitet, so gewiß um so mehr das Leben seiner Kirche, der er die Verheißung gegeben hat, daß er bei ihr bleiben wolle bis an's Ende der Welt; und wir dürfen deßhalb nicht zweifeln, daß solchen außerordentlichen Ereignissen in der Geschichte der Kirche tiefe Rathschlüsse Gottes zu Grunde liegen. Fragen wir aber, warum Gott das Alles zugelassen hat, so können wir ohne Vermessenheit mehrere Antworten geben. Zuerst müssen wir ihnen gegenüber jenes Bekenntniß des Glaubens ablegen, welches uns das Wort Gottes lehrt: „O Tiefe des Reichthums der Weisheit und der Erkenntniß Gottes! Wie unbegreiflich sind seine Ge-

richte und wie unerforschlich seine Wege! Wer hat den Sinn des Herrn erkannt? oder wer ist sein Rathgeber gewesen [1])?" Wir können die Weisheit der göttlichen Weltleitung nie ergründen; erst in der Ewigkeit werden uns alle Wege Gottes offenbar werden. Der ganze Verlauf der Kirche Gottes auf Erden ist wunderbar und überall finden wir die Spuren der unerforschlichen Rathschlüsse Gottes. Eben dadurch will Gott unseren Glauben und unser Vertrauen prüfen.

Ferner können wir zur Erklärung dieser Leiden der Kirche auf das hinblicken, was uns die heilige Schrift bezüglich ihrer so deutlich vorhergesagt hat. Aehnlich wie Gott im alten Bunde nicht nur den Erlöser verheißen, sondern auch das ganze Leben des Erlösers vorher verkündet hat, damit die Welt den kommenden Erlöser an diesem Bilde erkenne, so hat er uns im neuen Bunde die Schicksale seiner Kirche vorhergesagt, damit, wenn sie eintreten, wir nicht in unserem Glauben erschüttert würden, sondern vielmehr in ihnen den Finger Gottes erkännten. Unter diesen Kennzeichen der Kirche Christi ist aber keines öfter hervorgehoben, als jenes des Kreuzes, der Kämpfe und Leiden bis an's Ende der Welt und des Sieges im Kreuze. Wir können uns eher wundern, daß es Jahrhunderte gegeben hat, in denen die Kirche auf Erden eine gewisse äußere Ruhe genoß, als darüber daß Verfolgungen und Ungerechtigkeiten ihr zu Theil werden,

1) Röm. XI, 33 f.

wenn wir auf das Bild hinblicken, welches das Wort Gottes von dem Verlauf ihrer Geschichte entwirft. Beides erfüllt sich in gleicher Weise: der Kampf der Pforten der Hölle wider sie und die Ohnmacht aller Angriffe der Hölle gegen den Felsen, auf den sie gebaut ist. Das Kreuz im Leben der Kirche ist uns daher ein göttliches Kennzeichen, daß sie von dem gestiftet ist, der durch das Kreuz die Welt überwunden hat.

Aber noch andere Gründe, die wir der Bestimmung und dem Wesen des Christenthums entnehmen, erklären uns einigermaßen diese wunderbaren Wege, auf denen Gott seine Kirche führt und warum er namentlich solche und ähnliche Ereignisse zugelassen hat, wie wir sie oben betrachtet haben. Nachdem unsere deutschen Voreltern Christen geworden, vor Christus, dem Sohne Gottes, ihr Knie gebeugt und die Kirche als Gottes Anstalt erkannt hatten, so verstand es sich für sie von selbst, daß sie nun auch die Pflicht hätten, mit ihrem tapferen Schwerte diese Gottesanstalt zu vertheidigen. Aus dieser einfachen Anschauung entsprang die Stellung der Kirche im Mittelalter. Sie war das unmittelbare und nothwendige Ergebniß des lebendigen Glaubens. So wohl begründet aber diese Stellung in ihrem Ursprunge war, so ergaben sich daraus doch im Laufe der Zeit unter den veränderten Umständen durch die Verkehrtheit der Menschen mancherlei Hindernisse für die Kirche in Erfüllung ihrer göttlichen Sendung, insbesondere seitdem

durch den Abfall von der katholischen Kirche im sechszehnten Jahrhundert eine so tiefe Spaltung in der Christenheit entstanden war. Wir wollen vier dieser Hindernisse erwähnen.

Dadurch daß die Fürsten, welche von der Einheit der Kirche sich getrennt hatten, die altchristliche Auffassung über das Verhältniß der christlichen Kirche zum Staate, über den der Kirche gebührenden ausschließlichen Rechtsschutz, auch auf die von der Kirche losgetrennten Theile anwendeten, wurden erstens alle diese Länder jedem Einfluß der katholischen Kirche vollständig entzogen. Das geschah zuerst mit der griechisch schismatischen Kirche und dann nach der Reformation mit allen protestantischen Landeskirchen. Was ursprünglich ein Schutz für die katholische Kirche gewesen war, wurde nun eine Waffe gegen sie. Wie das weltliche Schwert früher die Kirche Gottes beschützt hatte, so schützte es jetzt in diesen Ländern die von der allgemeinen Kirche losgetrennten Theile und hinderte die Kirche in allen diesen großen Länderstrichen, ihre göttliche Mission zu üben. So geschah es, daß, nachdem diese Zustände Reichsgesetz geworden waren, die katholische Kirche nach den Gesetzen des heiligen römischen Reiches von den Territorien aller nichtkatholischen Reichsstände (soweit nicht die Clausel des Westphälischen Friedens bezüglich des Normaljahres sie schützte) ausgeschlossen war. So hatte sich ein ursprünglich so wohl begründetes Rechtsverhältniß in das gerade Gegentheil umgestaltet. Wie konnte

da geholfen werden? Sollten diese Landesgrenzen für immer der göttlichen Sendung der Kirche verschlossen bleiben? Sollten die Glaubensspaltungen in der Christenheit, die jetzt mit der ganzen Rechtsordnung der christlichen Völker so tief verwachsen war, zugleich mit dieser Rechtsordnung oder vielmehr durch dieselbe von der göttlichen Vorsehung erhalten werden? Wenn wir hierüber nachdenken und dann auf die Trümmer der alten Rechtszustände hinblicken, so müssen wir die geheimnißvollen Wege der Vorsehung anbeten.

Zweitens war aber auch der Rechtsschutz, welcher der katholischen Kirche in den katholischen Ländern geblieben war, vielfach für sie ein Hemmniß ihres göttlichen Lebens geworden. Die Richtung vieler katholischen Fürsten, namentlich aller Bourbonen, ging in den letzten Jahrhunderten darauf hinaus, sich den Schutz, den sie der Kirche gewährten, durch Privilegien und Rechte, wodurch sie sich bis in das innerste Leben der Kirche einmischen konnten, gleichsam bezahlen zu lassen. Sie schützten die Kirche nicht mehr lediglich aus einer hohen heiligen Glaubensüberzeugung, sondern auch um daraus für ihre absolutistischen Machtbestrebungen Gewinn zu ziehen; als Mittel zu ihren selbstsüchtigen Zwecken. Am Ende dieser unseligen Periode konnte dann der Gallikanismus, der Febronianismus, der Josephinismus ein System aller dieser Anmaßungen der weltlichen Gewalt aufstellen, bei dem die von Gott gegründete Ord-

nung der Kirche nur dem Scheine nach noch fortbestand, in dem Wesen aber vollständig aufgehoben war. Die Ehren und Rechte, welche christliche Fürsten und christliche Völker im lebendigen Glauben der Kirche Gottes verliehen hatten, wurden jetzt in der Hand der Fürsten der letzten Jahrhunderte lauter Handhaben zur Knechtschaft; daraus wurden die Ketten geschmiedet, womit man die Kirche Gottes fesselte. Wer schaudert nicht zurück vor diesen allerchristlichsten Königen mit ihrer bodenlosen Unsittlichkeit, mit ihren Hofcardinälen und Hofbischöfen, die unter dem Scheine der vollkommensten Eintracht mit der Kirche Gottes das göttliche Leben in derselben mehr beschädigten, als jene römischen Kaiser, welche die Christen im Amphitheater den wilden Bestien vorwarfen? Wer schaudert nicht davor, daß solche Könige und ihre Creaturen sich anmaßten, alle Bisthümer und alle Abteien in ihrem Lande nach Willkür zu besetzen? Wer schaudert nicht vor allen diesen Zuständen, die so wesentlich dazu beigetragen haben, jenen Geist zu erzeugen, der in den Encyklopädisten und dann in der französischen Revolution auftrat? Auch hier sehen wir also wieder Rechtsverhältnisse, die in ihrem Ursprung wohl berechtigt und segensreich waren, in ihrer Entwickelung aber, sowie sie sich am Ende des vorigen Jahrhunderts ausgestaltet hatten, das Leben der Kirche fast nicht weniger hemmten, als jene „Rechte," welche die Kirche von ganzen Ländern ausschloß. Auch diese Ordnung der Dinge konnte in den Augen der ewigen Wahrheit von da

an keinen Werth mehr haben, wo sie äußerlich noch den Schein des Glaubens verbreitete, innerlich aber zur tiefsten Bedrückung des göttlichen Lebens der Kirche geworden war.

Hieran knüpft sich noch ein drittes Hinderniß, welches durch die bezeichneten Rechtszustände sich dem wahren Geiste der Kirche entgegen stellte. Dieser Rechtsschutz war nämlich nicht nur vielfach für die Kirche selbst eine Zwangsjacke, sondern auch nur allzu häufig für ihre Diener und Kinder eine Veranlassung geworden, sich auf ihn zu stützen und deßhalb die göttliche und übernatürliche Kraft, die im Christenthum niedergelegt ist, zu vernachlässigen. Alles auf Erden kann entarten, Alles mißbraucht werden. Einzelne Diener der Kirche legten mehr Gewicht auf die Macht des Staates, als auf die Macht der Kirche; sie setzten mehr Vertrauen auf den menschlichen Beistand, als auf den, welchen Gott seiner Kirche verheißen hat. Sie dachten mehr an Staatsschutz, als an Gottesschutz, mehr an die Hilfe der Menschen, als an die Hilfe Gottes. Daraus entstand dann jener Servilismus, der mehr besorgt war, sich mit den Dienern des Staates, als mit Gott im Einvernehmen zu halten; daraus entstand jene träge, geistlose, kleingläubige Gesinnung, die von der Gotteskraft der Kirche nichts mehr weiß, die überall rath- und hilflos ist, die immer glaubt, es sei mit der Kirche aus, wenn sie nicht in gewohnter Weise von der Staatshilfe unterstützt wird. Wir wissen wohl, daß solche Gesinnungen nur eine Entartung waren; sie waren aber

leider nur zu sehr verbreitet und haben dem christlichen Leben tiefe Wunden geschlagen. Der Fels, auf den die Kirche gegründet ist und der sie gegen die Macht der Hölle schützt, ist kein irdischer, kein Fels, den Menschen gelegt haben, sondern ein Fels, den Gottes Hand gegründet hat. Je mehr alle Glieder der Kirche und vor Allem ihre Diener von dieser Ueberzeugung getragen sind und mit der Kraft Gottes kämpfen, desto siegreicher ist die Kirche der Welt gegenüber. Vielleicht hat Gott uns nun die weltliche Hilfe entzogen, damit wir um so mehr der göttlichen vertrauen; vielleicht das weltliche Schwert verworfen, damit wir um so freudiger das geistige Schwert und die Waffenrüstung Gottes ergreifen.

Endlich müssen wir noch ein viertes Hinderniß hervorheben, welches die Kirche in den früheren Verhältnissen vielfach hemmte, ihre Sendung bezüglich jener zu erfüllen, die nicht zu ihr gehören. Ein äußeres in den Landesgrenzen, welche die Kirche nicht überschreiten durfte, haben wir schon erwähnt; hier begegnet uns ein inneres. Die Kirche soll alle Menschen zur Erkenntniß jener Wahrheit führen, die Gott ihr anvertraut hat, und dadurch alle Menschen der Erlösung theilhaftig machen. Die göttliche Vorsehung leitet daher auch die Schicksale der Kirche nach dieser ihrer Bestimmung, um so allen Menschen die Wege zu bahnen, zu ihr zu kommen. Alle Hindernisse nun, welche jene, die von ihr getrennt sind, abhalten, in ihr die Wahrheit zu erkennen,

lassen sich kurz so zusammenfassen — sie erkennen nicht in ihr die Gotteskraft und die Gottesweisheit und sehen in Allem nur Menschenwerk und Menschenklugheit. So lange sie von der Kirche getrennt sind, sind sie innerlich genöthigt, Alles an ihr natürlich zu erklären; alle Thaten Gottes in der Kirche, ihr ganzes wunderbares Leben auf einen natürlichen Grund zurückzuführen, denn sonst müßten sie ja Gottes Werk in ihr erkennen und in ihren Schoß zurückkehren. Die katholische Kirche mit ihrer wunderbaren Einheit — in dieser Welt der Zerrissenheit und Auflösung; mit ihrer Treue gegen die übernatürliche Lehre des Christenthums — in einer Zeit, die über alles Uebernatürliche lacht und höhnt; mit ihrem ruhigen, festen Vertrauen einer unerschütterlichen Fortdauer — unter allen Anfeindungen und Verfolgungen; mit ihrer Opferwilligkeit — in einer Zeit, die ganz der Selbstsucht und dem Gelderwerbe lebt; mit ihren Tausenden von Priestern, welche die Enthaltsamkeit wählen — in einer Zeit, die allen Leidenschaften dient; mit ihren zahllosen Ordensleuten, die Alles verlassen, um selbst arme Diener der Armen und der Nothleidenden zu werden — in einer Zeit, welche die Armuth für das größte Uebel hält; ist zugleich eine Thatsache, die man sehen muß, mag man die Augen noch so fest verschließen, und ein Problem, das man erklären muß. Diese Erscheinung muß ihren Grund haben: entweder ist sie Menschenwerk, und dann müssen sich die natürlichen Gründe auffinden lassen; oder sie ist

Gotteswerk, und dann müssen Alle in ihr die Anstalt Gottes zum Heile der Menschen anerkennen. Alle unsere Gegner bemühen sich daher, natürliche Gründe aufzufinden und dadurch das ganze Leben der Kirche und alle Erscheinungen in ihr zu erklären. Fast das einzige Argument aber bei diesem Bemühen ist eben die äußere Stellung, welche die Kirche eingenommen hat. Die Einheit der Kirche, diese wunderbare Kraft, welche die Herzen so vieler Millionen Katholiken in der ganzen Welt mit dem Einen sichtbaren Oberhaupt verbindet; diese Einheit, die Christus selbst in seinem letzten Gebete erflehte, als er für seine Kirche die Gnade erbat, daß sie so eins sein möge, wie er selbst mit dem Vater eins ist; diese Einheit, die er dann als das eigentliche Kennzeichen seiner Kirche, an der die Welt erkennen solle, daß er sie gegründet habe, hingestellt hat, will man nicht als solches, nicht als Wirkung des Geistes und Schutzes Christi anerkennen, sondern durch die irdische Machtstellung des Papstes erklären, so thöricht diese Erklärung auch sein mag. Man macht den Vatikan, ich weiß nicht, zu welcher irdischen Macht, man spricht von den Donnern des Vatikans und benutzt dann den Zauber, den Worte üben, zu dem Scheine, als ob damit alle Liebe und Ehrfurcht, die das Oberhaupt der Kirche in der ganzen Welt genießt, vollkommen erklärt sei. Aehnlich macht man es mit allen andern Erscheinungen an der Kirche. Der Umfang der natürlichen Motive, welche die von Gott abgefallene Welt bewegt, ist nicht groß.

Der heilige Johannes reducirt sie auf drei: Augenlust, Fleischeslust und Hoffahrt des Lebens. So möchte man denn auch, um nicht Gott die Ehre geben zu müssen, dadurch so ziemlich das ganze Leben der Kirche erklären. Bischöfe, Priester, Ordensleute, gute Katholiken, wir Alle sollen alle unsere Liebe und Treue, die wir der Kirche darbringen, aus eigennützigen, gemeinen, irdischen Motiven schöpfen, und der Schein, der dieses Bemühen unterstützt, wird immer wieder aus derselben Quelle, aus der äußeren Stellung der Kirche hergenommen. Da scheint es uns nun, daß Gott in unseren Tagen wieder die Wege, um die Menschen zur Erkenntniß der Wahrheit zu führen, einschlagen will, die er damals gewählt hat, als er in derselben Absicht Mensch geworden ist. Wäre er mit irdischem Glanze und mit menschlichen Hilfsmitteln auf Erden erschienen, so würde die Welt nicht zur Erkenntniß seiner Gottheit gekommen sein und vielmehr seiner irdischen Macht seine Thaten zugeschrieben haben; dadurch aber, daß er allen irdischen Mitteln entsagte und vom Kreuze herab die Welt überwunden hat, hat er sie gezwungen, die göttliche Kraft in seinem Werke anzuerkennen. Auf demselben Wege hat er seine Kirche in den ersten christlichen Jahrhunderten geführt; auf demselben scheint er sie am Ende der Zeiten wieder führen zu wollen. Die Welt wird dadurch gezwungen werden, anzuerkennen, daß die Kirche nicht das Werk der Menschenhand und irdischer Mittel, sondern das Werk

Gottes ist. Die Verherrlichung Gottes in seiner Kirche wird dadurch um so größer werden.

Wenn wir alle diese Hindernisse, die aus der gesammten alten Rechtsordnung dem Leben der Kirche und der Erfüllung ihrer göttlichen Mission erwuchsen, betrachten, so können wir es einigermaßen begreifen, warum Gott die Stellung, welche seine Kirche seit den Zeiten Constantins besaß, ihr rauben ließ. Wir wissen wohl und wollen es wahrlich nicht verschweigen, daß diese Stellung an sich der Kirche Gottes gebührte, und daß alle Hindernisse, welche später aus ihr entsprungen sind, nicht durch jene Stellung selbst verursacht wurden, sondern durch die Verkehrtheit der Menschen, welche sie mißbraucht haben. Wir sind daher weit davon entfernt, die Huldigungen, welche die christliche Welt der Kirche Gottes im staatlichen Leben dargebracht hat, tadeln zu wollen; wir halten sie vielmehr für ein nothwendiges Resultat der Bekehrung der Völker zum Christenthum und der Einheit des Glaubens. Noch weiter sind wir davon entfernt, durch das, was wir sagten, jenen Kirchenräubern eine Stütze zu bieten, die vom Geiste des Unglaubens getrieben, halb in Heuchelei, halb in Hohn, der Kirche damit eine Wohlthat zu erweisen behaupten, daß sie dieselbe berauben und mißhandeln. Wir werden aber das Walten der göttlichen Vorsehung in der Geschichte der Kirche nie begreifen, wenn wir es nur nach den Gesetzen der strengen Gerechtigkeit beurtheilen wollen. Die Erlösung

ist barmherzige Liebe, die Menschwerdung ist barmherzige Liebe, das Leben Jesu ist barmherzige Liebe, das Leben der Kirche ist barmherzige Liebe. Wenn auch die Welt an der Kirche unrecht handelt, indem sie ihr das entzieht, was ihr als Kirche Gottes gebührt, so kann Gott aus Barmherzigkeit diese Ungerechtigkeit zulassen, um sich der Welt zu erbarmen; er läßt die Kirche kreuzigen, um die Welt zu erlösen, wie er auch seinen Sohn kreuzigen ließ aus Liebe zur Welt. Erst am großen Gerichtstage wird er der Kirche als dem Leibe Christi das geben, was ihr ihres göttlichen Hauptes wegen wahrhaft an Recht und Ehre gebührt. Hier auf Erden läßt er sie leiden unter der Ungerechtigkeit und der Verfolgung der Menschen, wie Christus selbst unter beiden gelitten hat, und läßt in seiner liebevollen Vorsehung aus diesen Leiden Heil für die Menschen entspringen. Seine göttliche Vorsehung leitet das Böse zum Guten und wendet das, was eine Niederlage der Kirche zu sein scheint, immer wieder zu ihrem Siege.

Mit dieser Ueberzeugung sehen wir daher auch unter allen diesen Neugestaltungen der Welt voll ruhigen Vertrauens der Zukunft der Kirche entgegen. Die Augen aller Katholiken sind in diesem Augenblick nach Rom gewendet und voll Spannung sehen wir auf die Ereignisse hin, die dort drohen. Schon seit fünfzehn Jahren haben wir dort das vorbereiten gesehen, was sich jetzt erfüllen soll, und eine Politik so heuchlerisch, so voll Lug und Nieder-

trächtigkeit, wie sie die Welt nie gesehen, hat dort vor den Augen Aller, immer unter dem Scheine der größten Ehrfurcht und Liebe gegen den heiligen Vater, das Netz gelegt und stets enger und enger angezogen, wodurch dieses Verbrechen begangen werden soll. Die Nachfolger des heiligen Petrus haben schon viele Feinde gehabt, seitdem Christus ihnen in Petrus den Auftrag gegeben hat, seine Heerde zu weiden; diese Feinde sind oft mit Waffengewalt nach der Hauptstadt der Welt gedrungen, um den obersten Hirten der Christenheit ihrem Willen zu unterwerfen; aber ein solches System der Anfeindung, wie wir es vor Augen sehen, hat die Kirche noch nicht erlebt. Fast groß erscheinen uns jene deutschen Kaiser, die im offenen Kampfe mit Waffengewalt nach Rom zogen, gegen diesen französischen Kaiser, der den Stuhl Petri mehr kränkte, wie es je ein christlicher Fürst noch gethan hat, indem er ihn durch die Schleichwege der arglistigsten Politik umgarnt und ihn seinen ärgsten Feinden überliefert, während er zugleich äußerlich vor der ganzen Welt den Schein eines treuen Sohnes zu wahren sucht. Wir können diesen Verrath an der katholischen Kirche und an ihrem Oberhaupte nur mit dem Verrathe und dem Kusse des Judas vergleichen; so hat Judas an Christus gehandelt, wie diese napoleonische Politik am Leibe Christi und dessen sichtbarem Haupte. Selbst wenn aber Gott es gestatten sollte, daß der Vater der Christenheit von dem Stuhle des heiligen Petrus in Rom

vertrieben würde; selbst wenn es geschehen sollte, was von vielen frommen Männern bei Deutung einiger Stellen der heiligen Schrift angenommen wird, daß nämlich das Heidenthum in Rom noch einmal einen kurzen Triumph feiern, auf dem Capitol seine Herrschaft begründen und sich für seine Niederlage am Kreuze rächen werde: so würde das zwar unser Herz mit namenlosem Schmerz erfüllen, es würde aber nicht zum Siege der Feinde Christi, sondern um so gewisser zum Siege der Kirche Christi führen. Die Welt wird dann sehen, daß es nicht der Glanz des Vaticans ist, welcher die Herzen der Katholiken in allen Theilen der Welt mit ihrem Oberhaupte verbindet, sondern daß es andere Bande sind, die uns mit ihm so innig vereinen; sie wird sehen, daß dieses übernatürliche geistige Band um so inniger, um so fester ist, je mehr die äußeren Beweggründe der Verehrung zurücktreten; ja sie wird zu ihrem Erstaunen erkennen, daß der heilige Vater in der ganzen katholischen Welt nur um so mehr Achtung, Liebe und Gehorsam finden wird, je mehr er in dem Leiden und der Erniedrigung dem guten Hirten ähnlich wird, dessen Stelle er vertritt. Wir zweifeln durchaus nicht, daß, wenn in der That der heilige Vater Rom auf einige Jahre verlassen muß, die Liebe und Ehrfurcht aller katholischen Herzen zu ihm einen Aufschwung nehmen wird, von dem die Welt keinen Begriff hat. Dann wird man um so mehr erkennen, daß die Kirche nicht auf den sogenannten Donner des Vaticans, sondern auf den Felsen gegründet

ist, von dem Christus gesprochen hat, und daß nicht irdische Gründe, sondern der Glaube und die Liebe zu Jesus die Kirche mit ihrem sichtbaren Oberhaupte verbindet. Vielleicht wird dann manches Vorurtheil verschwinden, in manchen Herzen eine Ahnung von dem göttlichen Wesen der Kirche erwachen; vielleicht soll die Erniedrigung der Kirche die Augen öffnen und sehend machen, welche die Erhöhung derselben nicht zu öffnen vermochte.

Wenn wir aber der Zukunft mit vollem Vertrauen entgegengehen, so dürfen wir doch nicht verkennen, daß in dieser neuen Lage der Dinge große Kämpfe und große Gefahren für die Kirche liegen können, und daß es daher, wenn Gott seiner Kirche den äußeren Schutz und die irdische menschliche Hilfe entzieht, um so mehr unsere Aufgabe und Pflicht ist, die göttliche Kraft in der Kirche und die übernatürlichen Hilfsmittel zu gebrauchen, um uns dadurch des göttlichen Schutzes würdig und theilhaftig zu machen. Was wir an Staatsschutz und Staatshilfe, was wir an irdischen Mitteln verlieren, das wird uns Gottes Schutz und Gottes Hilfe, das werden uns die übernatürlichen Hilfsmittel der Kirche reichlich und überfließend ersetzen, wenn wir nur auf Gottes Schutz vertrauen, wenn wir nur die übernatürlichen Mittel, die Gott in seiner Kirche niedergelegt hat, gut zu benützen verstehen. Wenn uns das weltliche Schwert eines geweihten römischen Kaisers nicht mehr schützet, so wird uns das Schwert Dessen schützen, der den Königen und Kaisern

das Schwert in die Hand gegeben und vor dem ihre Macht Staub und Asche ist, sofern wir uns nur mehr und mehr dieses Schutzes würdig machen. Diese wunderbaren Zulassungen Gottes scheinen uns ein Ruf vom Himmel zu sein, vor Allem an uns, die Diener der Kirche, daß wir unser ganzes volles Vertrauen nicht mehr auf Menschen, sondern auf Gott und auf die göttlichen Kräfte der Kirche setzen sollen. „Unsere Hilfe sei im Namen des Herrn!" das muß von jetzt an das Feldgeschrei der Kirche sein, nachdem die Welt und die weltlichen Mächte ihr jede Hilfe entzogen haben.

Es kann nun nicht in unserer Aufgabe liegen, ins Einzelne einzugehen und die Wege zu verfolgen, welche die Kirche unter den veränderten Verhältnissen einschlagen wird, um einestheils gegen alle Gefahren, die ihr drohen, gerüstet zu sein, und anderntheils die größere Freiheit, die sie erlangt hat, zu benutzen. Der heilige Geist, der die Kirche lenkt und leitet, wird ihr diese Wege zeigen und namentlich die Hirten, die er bestellt hat, die Kirche Gottes zu regieren, erleuchten, um diese Wege zu finden. Es mag aber angemessen sein, hier wenigstens einige Andeutungen darüber zu geben, wie die eingetretenen Verhältnisse schon jetzt der Kirche mancherlei Gelegenheit bieten, die Mittel zur Stärkung des göttlichen Lebens in ihr zu gebrauchen, und zugleich auf einige Gefahren hinzuweisen.

Die Einheit in der Kirche ist nicht nur, wie wir vor-

her sahen, das ihr von Christus aufgedrückte Kennzeichen, sondern auch zugleich das Hauptmittel, ihr göttliches Leben zu entfalten. Nichts stärkt so die Wirksamkeit der göttlichen Kraft in ihr als die Pflege der Einheit. Je mehr die Kirche ein Herz und eine Seele ist, desto unüberwindlicher ist sie in der Welt, und je mehr der einzelne Christ diesen Geist der Einheit in sich selbst nährt, desto mehr wirkt auch in ihm die Kraft Gottes. Nichts schwächt umgekehrt so sehr das Leben des einzelnen Christen, wie auch ganzer Theile der Kirche, als die Schwächung der Einheit. Ein Organ dieses Geistes der Einheit sind die großen Zusammenkünfte in der Kirche, namentlich ihre Concilien, von den allgemeinen Concilien bis zu den Diöcesansynoden. Ein Zeichen des neu erwachenden Geistes und der mächtigen Entfaltung des christlichen Lebens ist es daher immer gewesen, wenn diese Zusammenkünfte sich mehrten. Das scheint nun in der Gegenwart allgemein der Fall zu sein und viele Hindernisse dieser Zusammenkünfte, wie sie in den letzten Jahrhunderten bestanden, sind beseitigt. Wir haben schon in den letzten Jahren diese außerordentlichen Zusammenkünfte aller Bischöfe der Welt in Rom gesehen; vielleicht sind sie die Vorläufer zu großartigen Concilien, wie die Kirche sie kaum noch gesehen hat; vielleicht wird der vertriebene heilige Vater in der Lage sein, ein Concil um sich zu versammeln, wie noch keiner seiner Vorgänger. Auch die Provinzial- und Diöcesan-Synoden haben wieder in großem Umfange

stattgefunden und werden sich mehr und mehr verbreiten. Vor wenigen Tagen haben wir die Nachricht erhalten von jener merkwürdigen Versammlung der Bischöfe in Baltimore, ein denkwürdiges Zeichen der Einheit und der Kraft dieses jüngsten Theiles der Kirche. Auch in Deutschland sind alle Hindernisse der Versammlung der Bischöfe verschwunden. Zur Zeit des heil. Bonifazius bildete fast ganz Deutschland eine Kirchenprovinz und diese Einheit in der Kirche Deutschlands wirkte so mächtig, daß sie zugleich die Grundlage des nationalen Bandes der deutschen Völker wurde. Das vollkommene Gegentheil sahen wir in den Zuständen Deutschlands in der letzten Zeit. Dadurch daß die alten Diöcesen zerrissen und nach den Landesgrenzen neu eingetheilt wurden, während zugleich diese Länder selbst die Souveränität erlangten, waren die so vereinzelten Diöcesen im Kampfe mit den feindseligsten Verhältnissen im eigenen Lande vielfach ganz sich selbst überlassen. Seit den letzten Jahrhunderten hatten fast alle Concilien aufgehört, die früher in Deutschland so überaus häufig waren, und nun war noch überdies jedes kleine Bisthum durch die Landesgrenze vom übrigen Deutschland losgetrennt, und konnte dort verfolgt und gedrückt werden, fast ohne daß die andern Theile in Deutschland davon Kenntniß erhielten. Wir wiederholen es, dieser Zustand in Deutschland war das gerade Gegentheil von dem Zustand zur Zeit des heil. Bonifazius und er hat die katholische Kirche unendlich beschädigt. Diese Zeit des

Landeskirchenthums war eine unglückselige Zeit. Gott hat sie beseitigt. Es steht nichts mehr entgegen, daß die Bischöfe Deutschlands sich versammeln und gemeinschaftlich ihre Angelegenheiten berathen, ganz wie sie wollen. Seit Jahrhunderten waren diese Versammlungen nicht mehr so vollständig unbehindert von äußeren Verhältnissen. Eine große Versammlung außer den vielen Provinzialconcilien haben wir schon im Jahre 1848 zu Würzburg erlebt und der Eindruck, welchen sie in dem ganzen katholischen Deutschland hervorrief, war überaus segensreich. Nichts steht jetzt mehr entgegen, daß die katholischen Bischöfe von ganz Deutschland sich versammeln, wie die Bischöfe von ganz Nord-Amerika in Baltimore zusammengetreten sind; nichts steht entgegen, daß sich diese Versammlungen nach dem Bedürfniß wiederholen, um alle gemeinschaftlichen Angelegenheiten in Einem Geiste zu behandeln. Unabsehbar ist es aber, wie dadurch der Geist der Einheit in dem ganzen katholischen Volke Deutschlands erstarken würde. Solche Versammlungen werden mächtiger wirken, als aller Staatsschutz es gethan hat.

Ein zweites Mittel, die göttliche Kraft in der Kirche zu bethätigen, ist die freie Besetzung aller kirchlichen Stellen von der höchsten bis zur niedrigsten. Unter freier Besetzung verstehen wir eine Besetzung aller Kirchenstellen nach dem Geiste der Kirche, ohne irgend welche äußere Behinderung. Nichts ist reiner und erhabener als die Grundsätze der Kirche

über die Besetzung der Kirchenstellen; sie will überall eine Besetzung ohne irgend welche Rücksicht auf selbstsüchtige Interessen und Menschenvortheil, lediglich nach der Rücksicht des wahren Besten und des Seelenheils des christlichen Volkes. Zu jeder Stelle soll der Würdigste gewählt werden; jener, der am meisten den Geist Christi hat, der vor Allen geeignet ist, im Geiste Christi ein guter Hirt des Volkes zu werden. Das ist der Wille Gottes bei Besetzung der Kirchenstellen und das ist der Geist der Kirche. Was würde dem Christenthum widerstehen können, wenn in der That nach diesem einzigen Maßstabe alle Stellen in der Kirche besetzt würden? An der Spitze aller Kirchenstellen einer Diöcese steht der Bischof. Nach der Lehre der Kirche ist der bischöfliche Stand der eigentliche und wahre Stand der Vollkommenheit. Auch die Ordensleute streben nach der Vollkommenheit und bilden einen Stand derselben. Nach der Lehre der Kirche steht aber der bischöfliche Stand auch in dieser Hinsicht höher als der Ordensstand, weil er der von Christus unmittelbar in der kirchlichen Hierarchie gegründete Stand der Vollkommenheit ist. Vollkommenheit aber ist die höchstmögliche Aehnlichkeit mit Christus. Ihm zur Seite steht der Klerus der Kathedralkirche und dann der Seelsorger in den einzelnen Gemeinden, die seine Stelle vertreten. In dieser ganzen heiligen Ordnung von oben bis unten, soll stets der Würdigste, der Tugendhafteste, der Beste zu jeder erledigten Stelle berufen werden. Es ist nicht abzusehen, welchen

Aufschwung das ganze christliche Leben nehmen würde, wenn dieser Wille der Kirche sich immer erfüllte. Die ganze Kirchengeschichte zeigt uns, wie viel in der Kirche von den Werkzeugen Gottes in den einzelnen Stellen abhängt; wie einzelne große Männer lediglich dadurch, daß sie geeignete Werkzeuge der Kraft Gottes waren, auf ihre Zeit, ja auf Jahrhunderte eingewirkt haben. Nichts beschädigt daher so sehr das ganze Leben der Kirche, als jeder Mißbrauch in der Besetzung ihrer Aemter; nichts belebt so ihre Kraft, als eine gute Besetzung derselben. Man sage uns nicht, daß dieses Ideal bei Besetzung der Kirchenstellen nie vollkommen erreicht werden könne; denn das entbindet uns nicht von der Pflicht, darnach redlich zu streben. Es ist die göttliche Norm, die Gott uns gegeben hat und nach welcher er einst richten wird. Keine blutige Verfolgung hat das göttliche Leben der Kirche auf Erden so beschädigt, als jene Hindernisse, die sie durch die Bosheit der Menschen oder durch ihre Schwachheit oder durch Usurpation angeblicher Rechte oder durch ein schlechtes Herkommen ohne Unterlaß in der Besetzung ihrer Aemter gefunden hat. Jener Geist, der gegen den Geist der Kirche und Christi kämpft, hat kein wirksameres Gebiet seines verderblichen Kampfes, als dieses. In dem alten Europa hatten sich unzählige Rechtsverhältnisse ausgebildet, welche der Kirche die Besetzung der Aemter nach ihrem Geiste zwar nicht geradezu unmöglich machten, aber unendlich erschwerten; sowohl die Rechte der

Fürsten bei Besetzung der bischöflichen Stühle, als die der Inhaber von Patronaten bei Besetzung der Pfarrstellen hatten, unterstützt von einer kirchenfeindlichen Rechtswissenschaft, eine Auslegung gefunden zum allerhöchsten Verderben der Sache Gottes auf Erden. Viele Zustände der Kirche in manchen Ländern, in manchen Diöcesen und Pfarreien lassen sich lediglich und allein hieraus erklären. Noch jetzt sucht man in einigen Gegenden nach Mitteln, verderblichen Zuständen entgegenzuwirken, aber es wird nicht eher gelingen, bis man die wirksamsten Aemter auf Erden nämlich jene, mit denen die Seelsorge verknüpft ist, überall Händen anvertraut, durch welche die göttliche Kraft des kirchlichen Amtes unbehindert wirken kann. Es gibt daher kein wichtigeres Interesse, als die Beseitigung aller jener Hindernisse, welche es der Kirche unmöglich machen oder sehr erschweren, alle ihre Aemter, vom bischöflichen bis zum Pfarramt, nach dem Willen Christi zu besetzen. In dieser Hinsicht haben wir gleichfalls große Fortschritte gemacht und die eingetretenen Verhältnisse haben schon viele Hindernisse beseitigt. Es bleibt aber noch viel zu thun übrig und es müssen große Gefahren, die wieder neu erstehen wollen, vermieden werden. Eine derselben ist bei Besetzung mehrerer bischöflichen Stühle und namentlich auch in Preußen zu Tage getreten. Die Art, wie die preußische Regierung ihren Einfluß bei Besetzung der Bisthümer geltend machte, die Auslegung, welche die Rechte der Regierung bei dieser Gelegen-

heit in officiösen Zeitungen und Blättern gefunden haben, die Unterstützung, welche ihr bei diesen maßlosen Anforderungen selbst unter einzelnen servilen Mitgliedern des Klerus zu Theil wurde, zeigen, welche Gefahren der Kirche in Preußen in dieser Hinsicht drohen. Wir können gar nicht genug hierauf aufmerksam sein; denn wenn es der Regierung gelingen sollte, die Grundsätze über Besetzung der Bisthümer zur Ausführung zu bringen, die bei den letzten Bischofswahlen ausgesprochen wurden, so wäre das für die katholische Kirche im Norden Deutschlands eine tödliche Wunde. Jede neue Anerkennung, jede Ehre, jede Berücksichtigung, welche die Kirche in Preußen finden würde, hätte von dem Augenblick an für das göttliche Leben in ihr keinen Nutzen, sondern wäre nur zu ihrem Verderben, wenn die Regierung gleichzeitig einen so entscheidenden Einfluß auf die Besetzung der bischöflichen Stellen zu gewinnen vermöchte, um dann servilen Creaturen der Regierung den Hirtenstab in die Hand zu geben. Was wir hier aber von Preußen gesagt haben, gilt mehr oder weniger auch von den andern deutschen Ländern, und gilt auch in ganz ähnlicher Weise von den so überaus wichtigen Pfarrstellen. Die Zeitverhältnisse erleichtern es also vielfach, zahllose Mißbräuche bei Besetzung der kirchlichen Stellen zu entfernen und die Freiheit zu gewinnen, sie nach dem Geiste der Kirche und dem wahren Wohl des christlichen Volkes zu besetzen, und insofern erkennen wir in ihnen wahrhaft wiederum den Finger Gottes. Es hängt von uns ab, sie in diesem Sinne zu

benutzen und alle noch bestehenden Mißbräuche im Ganzen und im Einzelnen zu beseitigen. Das muß die Aufgabe der Bischöfe sein, dazu muß uns das ganze christliche Volk zur Seite stehen. Namentlich bedarf es deßhalb auch in vielen Gegenden einer ganz neuen Regelung sowohl des vom Staate geübten Patronatsrechtes, das nicht selten schon so schmählich mißbraucht wurde, um servile Staatsdiener zu belohnen und würdige Priester dem christlichen Volke vorzuenthalten, als auch des Privat-Patronatsrechtes, das in manchen Gegenden eine Ausdehnung hat und in einer Weise geübt wird, daß dadurch das bischöfliche Amt und die Kraft der Kirche vollständig erlahmt. Wenn es der Kirche gelingt, die wahre Freiheit bei Besetzung ihrer Stellen zu erringen, so wird sie in der Kraft, die in der Seelsorge liegt, eine Hilfe finden, die mehr werth ist, als alle Kirchengüter, die ihr geraubt, und als alle Ehren und Rechte, die ihr entzogen wurden. Es gibt Gemeinden, die seit vielen Jahren dieses äußeren Einflusses wegen keine wirksame Seelsorge mehr gekannt haben und deren Pfarrkinder dazu verurtheilt sind, von einer Generation zur andern aller Segnungen zu entbehren, die in einer guten Seelsorge liegen. Ein historisches und ungebührlich ausgedehntes Recht wird da benützt, um das höchste Recht Christi und des christlichen Volkes zu beschädigen. Das ist unerträglich, das ist eine Beschädigung an den heiligsten Gütern.

Ein drittes Mittel, die ganze göttliche Kraft in der Kirche, welche die Welt überwindet, zu bethätigen, ist die freie Existenz der religiösen Genossenschaften. Sie sind die Anstalten zur höchsten Heiligung vieler Seelen und jede geheiligte Seele stärkt das ganze Leben der Kirche, die ja nur Einen Leib bildet; sie sind die Anstalten des Gebetes, der siegreichen Waffe der Kirche, — während Priester und Volk die Kämpfe Christi streiten, beten diese Genossenschaften für sie um den Sieg; sie sind die Stätten heiliger Wissenschaft; sie sind unentbehrliche Gehilfen in der Seelsorge; sie fördern die Heiligkeit im Priesterstande und im Volke durch ihre geistlichen Uebungen und durch die Missionen; sie unterstützen die Kirche in ihrer großen Aufgabe, alle Werke der Nächstenliebe zu üben; sie pflegen die Kranken in den Spitälern und in den Häusern der Armen; sie ersetzen die Elternstelle bei den armen Kindern, die ihre Eltern verloren haben u. s. w. Wie wichtig die geistlichen Genossenschaften für das kräftige Leben der Kirche sind, sehen wir auch an dem Kampfe des Weltgeistes gegen sie. In den früheren Verhältnissen fand aber die Verbreitung der geistlichen Genossenschaften große Schwierigkeiten und die Freiheit der Kirche in Gründung derselben war vielfach gehemmt oder ganz aufgehoben. Der Vermögensschutz, welchen der Staat den geistlichen Genossenschaften zu Theil werden ließ, wurde ein Vorwand der Bedrückung und Hemmung. Auch in dieser Hinsicht sind wir jetzt in der Lage, die Freiheit der Kirche

zu erkämpfen. Wir müssen zwar auf eine Anerkennung der Orden seitens des Staates, namentlich auf einen Schutz ihres Ordensvermögens verzichten; dafür aber kann der Staat uns das Recht nicht länger vorenthalten, nach unserem Belieben unser Leben einzurichten und jede Ordensregel zu befolgen, die dem allgemeinen Staatsgesetz nicht widerspricht. Der Versuch, der jetzt in Deutschland und in der Schweiz gemacht wird, trotz Anerkennung der allgemeinen Grundsätze der Freiheit, dennoch den Katholiken die Freiheit zu beschränken, nach ihrem Belieben und nach ihrem Gewissen eine Ordensregel zu befolgen, ist eine Inconsequenz, ein Herübertragen alter Vorstellungen in neue, mit ihnen gänzlich unvereinbare Verhältnisse, der deßhalb auch scheitern muß, wenn wir Katholiken mit der gehörigen Einstimmigkeit und Entschiedenheit dagegen auftreten. Eine Beschränkung dieser Freiheit hatte nur so lange einen Vorwand, so lange der Staat den religiösen Genossenschaften Rechte und Privilegien zugestand; seitdem diese aber weggefallen sind, seitdem die religiösen Genossenschaften selbst in den betreffenden Ländern dieselben nicht mehr fordern, seitdem folglich die Ordensregel für jedes einzelne Mitglied lediglich Sache seines Gewissens, seiner inneren Willensbestimmung ist, hat Niemand mehr das Recht, die Befolgung derselben zu hindern, oder zu inquiriren, welche Vorsätze wir in unserm Innern gemacht haben, welche Lebensweise wir in unsern Häusern befolgen. Wir können daher unabweis=

bar die unbedingte Freiheit aller religiösen Genossenschaften fordern. Auch hier müssen Bischöfe und Volk vereint zusammenstehen, um diese Freiheit gegen alte Vorurtheile zu erkämpfen und wenn sie errungen ist, so wird auch dadurch das ganze kirchliche Leben und die Kraft der Kirche Gottes einen mächtigen Zuwachs erlangen.

Ein viertes Mittel, die göttliche Kraft in der Kirche zu bethätigen, ist die Heiligung ihrer Priester. Das steht mit dem Gesagten in inniger Verbindung. Um die Aemter der Kirche im Geiste Christi zu besetzen, muß die Kirche auch Priester haben, die vom Geiste Christi erfüllt sind. Die Macht der Priester wird oft überschätzt und oft unterschätzt. Außer der Kirche macht man sich von dem katholischen Priesterthum eine ganz verkehrte Vorstellung und dieses Vorurtheil wird dann ein Haupthinderniß, das Wesen der Kirche zu erkennen. Man stellt sich das Priesterthum vor, als ob es gewissermaßen zwischen Christus und dem Volke stehe, so daß der unmittelbare Verkehr zwischen dem Christen und seinem Heiland dadurch gehindert sei. Das ist eben so wenig der Fall, als die Hand des Vaters, die dem Kinde das Brod zur Nahrung reicht, das unmittelbare Verhältniß zwischen dem nährenden Brode und dem Leibe des Kindes hindert; oder als der Lehrer, der dem Schüler die Wahrheit lehrt, dadurch die unmittelbare Beziehung zwischen der Wahrheit und der Seele des Schülers aufhebt. Dadurch daß der katholische Priester dem von Gott verordneten Stande

angehört, der berufen ist, dem Volke das Brod des Lebens in den Sakramenten darzureichen und die göttliche Wahrheit zu lehren, hindert er wahrhaftig nicht den unmittelbaren Verkehr zwischen der Seele des Christen und Christus selbst. Wie er das heiligste Sakrament von dem Altare zu den Christen trägt und ihnen zum Genusse darreicht und dadurch nicht die Verbindung zwischen Christus und der Seele hindert, so ist es mit seinem ganzen Wirken. Als Christus das Brod vermehrte, gab er es den Jüngern, um es dem Volke auszutheilen. Das ist das Priesterthum: ein Austheilen, ein Ausspenden, wie der Apostel sagt, der Geheimnisse Gottes, nicht eine Trennung des Volkes von Christus. Man stellt sich ferner das Priesterthum vor, als ob es in seiner Lehrautorität und in seiner Hirtengewalt unbeschränkt sei, während das gerade Gegentheil der Fall ist. Der protestantische Prediger ist weit unbeschränkter in seiner Lehrgewalt und in seiner Machtvollkommenheit als der katholische Priester; denn jener hängt in Bestimmung des Umfanges beider lediglich von seiner subjektiven Interpretation des Wortes Gottes ab, während der katholische Priester nichts lehren darf, als die Glaubenslehre seiner Kirche, und dem Volke nichts befehlen darf, als die zehn Gebote Gottes und die fünf Gebote seiner Kirche. Jedes katholische Kind kann in seinem Katechismus genau die Competenz der Lehr- und Hirtengewalt seines Priesters controliren und diese Controle wird auch in der That auf

das Allergenaueste geübt. Wo ein katholischer Priester es wagen sollte, dieses Maß seiner rechtmäßigen Competenz im Mindesten zu überschreiten, da würde es sofort von dem katholischen Volke bemerkt werden.

Auf der andern Seite aber unterschätzt man das katholische Priesterthum. Der geheiligte Priester hat eine viel größere Macht, als man glaubt; eine wahrhaft weltüberwindende, unwiderstehliche Macht. Seine Macht ist nicht groß dem Umfange seiner Befugnisse nach, wie die Glaubenslehren und die göttlichen Gebote auch nicht groß sind der Zahl nach; seine Macht ist aber unberechenbar groß der Wirksamkeit nach. Der geheiligte Priester hat einen Antheil an der Macht, in welcher Christus die Welt überwunden hat, er hat einen Antheil an der Macht Christi selbst. Jene Fischer vom See Genesareth, welche die Welt durchzogen und allen Creaturen die Lehre Jesu verkündeten; jene Glaubenszeugen, die in allen Welttheilen siegreich die Fahne des Kreuzes aufgepflanzt haben; jene großen Kirchenväter und Lehrer der Menschheit waren geheiligte Priester. Das Priesterthum in einem heiligen Manne und das Priesterthum in einem vielleicht vor der Welt ganz tadellosen, aber ganz gewöhnlichen Menschen ist im Wesen zwar dasselbe, aber in seiner Wirksamkeit für die Kirche und die Menschheit, in seiner Wirksamkeit für Verbreitung des Reiches Christi unermeßlich verschieden. Ein geheiligter Priester hat oft den göttlichen Samen des Christenthums über große

Theile der Welt ausgesäet, so daß überall in weiter Ferne göttliches Leben zu keimen und zu wachsen anfing und wie eine himmlische Saat in Ländern aufblühte, die bis dahin dem tiefsten Verderben anheimgegeben schienen, während das Leben eines unheiligen Priesters selbst in dem kleinen Raume seiner Amtsthätigkeit spurlos vorübergeht. Daher kömmt es auch, daß zu jeder Zeit unter den schwierigsten Verhältnissen heilige Priester voll Siegesmuth waren, voll Vertrauen, ja voll Gewißheit über den Sieg des Kreuzes; während Niemand muthloser und rathloser ist, selbst unter den kleinsten alltäglichen Schwierigkeiten im Kampf gegen die Welt, als der unheilige Priester, der von dem Geiste der Welt erfüllt ist, statt von dem Geiste Jesu Christi.

Wenn aber zu jeder Zeit die siegende Kraft der Kirche wesentlich von der Heiligkeit der Priester abhängt, oder, was dasselbe ist, von der Aehnlichkeit mit Christus selbst, der ein sich ähnliches Werkzeug fordert, um durch dasselbe selbst zu wirken, so ist das insbesondere der Fall in unserer Zeit, dem Geiste gegenüber, den wir zu bekämpfen haben. Nicht durch äußeren Glanz, nicht durch eine mächtige äußere Stellung, sondern nur durch die Heiligkeit des Priesterthums kann der antichristliche Geist überwunden werden, der jetzt in der Welt herrscht. Die Kirche hat sich in manchen Gegenden Norddeutschlands eine ehrenvolle Anerkennung erworben; wo das geschehen ist, da lag der Grund in dem Wirken geheiligter Priester. Weil es in den norddeutschen

Diöcesen viele, sehr würdige Priester gegeben hat, hat auch die Kirche sich Anerkennung erworben; das wird auch für die Zukunft das einzige Mittel sein. Unsere Aufgabe ist die Wiederaussöhnung der Protestanten mit der Kirche; dieser große Zweck wird aber nicht durch äußere Mittel erreicht, sondern durch die Heiligkeit des katholischen Priesterthums. Die dogmatischen Differenzen müssen vor Allem durch die Heiligkeit entschieden werden.

Man hat in letzter Zeit oft von der Errichtung eines Bisthums in Berlin gesprochen. Wir würden uns unendlich mehr freuen, wenn in Berlin ein Haus geheiligter Priester gegründet würde, als ein Bisthum. Thiers hat im vorigen Jahre im Parlament gesagt, er habe im Laufe seines Lebens schon viele ausgezeichnete Erzbischöfe von Paris kennen gelernt; sie alle seien sehr verdienstvolle Männer gewesen, alle hätten aber einen sehr fühlbaren Fehler gehabt, daß nämlich Notre-Dame zu nahe bei den Tuilerien liege — St. Hedwig liegt noch viel näher beim königlichen Schlosse in Berlin. Ein Hofbischof in Berlin, der mehr Werth auf äußere Etiquette als auf Heiligkeit legte, könnte vielleicht der Kirche mehr schaden, als alle Feinde der Kirche in Preußen zusammengenommen. Wir würden ein Bisthum in Berlin für ein Unglück halten.

Eine andere große Gefahr finden wir in der Militärseelsorge, die wir grundsätzlich für schädlich halten, sobald sie von der ordentlichen bischöflichen Jurisdiction eximirt

ist. Die Folgen davon können sich in Preußen noch nicht zeigen. Jene vortreffliche Militärgeistlichen der preußischen Armee, welche der Kirche durch ihr Wirken mancherlei Anerkennung erwarben, haben in dem ordentlichen Diöcesanverbande ihren Geist geschöpft und besteht daher die abgesonderte Militärseelsorge zwar thatsächlich, aber noch nicht in den Wirkungen als Institution mit einem eigenen Geiste. Erst in der Zukunft, wenn diese Institution älter ist, kann sie ihre Früchte zeigen. Gott bewahre Preußen vor den Folgen, die sie in anderen Ländern gehabt hat. Wir halten die Stellung, welche diese Militärpriester haben, für äußerst gefährlich für die Heiligung des Priesterstandes und wir sind doch zugleich überzeugt, daß kein Stand mehr Heiligung bedarf, um wahrhaft zu wirken, als der Militärpriester. Wenn der Militärgeistliche der preußischen Armee mehr Einfluß übt, als der Militärseelsorger in der österreichischen Armee, so hängt das, wie wir glauben, mit den besprochenen Verhältnissen zusammen.

Die Kirche bedarf daher in allen Verhältnissen besonders in der Gegenwart eines geheiligten Priesterstandes und wir glauben, daß auch in dieser Hinsicht die Zeitereignisse nicht ungünstig gewirkt haben. Die Gefahr der Wahl dieses Standes ohne göttlichen Beruf ist wesentlich vermindert worden; die Anstalten zur Bildung und Erziehung geheiligter Priester haben sich überall vermehrt und es geht ein so ernster Geist durch den ganzen Priesterstand, daß wir darin die Absichten Gottes

nicht verkennen können. Ein großes und mächtiges Mittel, um den Geist der Heiligkeit im Priesterthum zu befördern, ist auch das gemeinschaftliche Leben der Priester. Seitdem Christus, unser hoher Priester, selbst mit seinen Aposteln zusammenlebte, hat dasselbe für die Heiligung des Priesterstandes eine wunderbare Bedeutung erlangt. Die Zeiten, in denen der Geist Christi sich am kräftigsten im Priesterstande regte, waren jene, wo die Priester sich zu einem gemeinschaftlichen Leben mächtig hingezogen fühlten. Möchte die Zeit wiederkehren, wo, von den Bischöfen mit ihren Domcapiteln angefangen, wieder viele Priester zu diesem gemeinschaftlichen Leben sich vereinigten; das würde mehr als vieles Andere dazu beitragen, den Geist der Heiligkeit im Priesterthum zu mehren und dadurch die göttliche Kraft des Priesterthums ihrem Wirken zu verleihen.

Ein fünftes großes Mittel, das göttliche Leben in der Kirche zu entfalten, ist die Wissenschaft und in Verbindung mit ihr die Schule, von der höchsten bis zur niedrigsten. Was die Schule selbst betrifft, so steht freilich der Zeitgeist auf diesem Gebiete noch den Anforderungen der Kirche in der schroffsten Weise entgegen. Wir haben aber auch bereits in unseren Bemerkungen über die Schule hervorgehoben, daß wir hier seine Stellung für unhaltbar halten. Der Standpunkt, welchen er in dieser Hinsicht einnimmt, steht und fällt mit der Idee des absolutistischen Staates. Wenn wir wahrhaft einer freien Entwickelung entgegengehen im

Geiste wahrer germanischer Freiheit, so kann die Forderung des katholischen Volkes, Schulen zu haben, durch alle Stufen, die seinen religiösen Bedürfnissen vollkommen entsprechen, nicht abgelehnt werden. Vorläufig leidet noch das Christenthum und die Kirche unter keinen Verhältnissen mehr, als unter den gegenwärtigen Schul- und Unterrichtsverhältnissen, und der größte Theil derer, die unter unseren Zeitgenossen dem christlichen Glauben entfremdet sind, sind es durch die Schulen geworden. Leider sind vielfach die deutschen Mittel- und Hochschulen Parteianstalten des Unglaubens, ja theilweise selbst des platten Materialismus geworden. Weil wir aber in Deutschland fast keine katholischen Schulen mehr haben, können wir auch fast keine katholische Wissenschaft mehr besitzen. Wir haben eine kleine Zahl katholischer Gelehrten, deren Wirken um so verdienstlicher ist, je vereinzelter sie sind, und die durch den Einfluß, den sie gewonnen haben, uns beweisen, welchen Werth für die Kirche in Deutschland es hätte, wenn sie von einer entsprechenden katholischen Wissenschaft unterstützt würde. Wir haben aber keine Träger der katholischen Wissenschaft, keine katholischen Lehrkörper und deßhalb sind die Bestrebungen zur Gründung einer katholischen Universität innerlich so berechtigt und für das Leben der Kirche so nothwendig, daß sie allgemeine Unterstützung verdienen und endlich zu einem Erfolg führen müssen.

Das sind einige Andeutungen darüber, wie die Kirche

unter den veränderten Verhältnissen ihre große Sendung zu erfüllen sich bemühen wird und wie auch, obgleich in den Zeitverhältnissen so Manches sich ungünstig für sie gestaltet hat, dennoch auf der anderen Seite wieder Vieles liegt, was zur Förderung ihres Lebens und ihrer Wirksamkeit dienen kann. Es ist schwer für uns, mit unseren blöden Blicken von der Zukunft zu sprechen; wir dürfen es auch gewiß immer nur mit großer Bescheidenheit thun; wenn wir aber von dem Leben der Kirche Gottes sprechen, so wissen wir wenigstens das Eine, daß sie auf einen Felsen gegründet ist, der allen Anfechtungen der Welt widerstehen wird und daß sie trotz aller Kämpfe der Welt gegen sie, die Welt überwinden wird. Es ist daher gewiß nicht vermessen, wenn wir in diesem Vertrauen auch die Verhältnisse der Gegenwart uns erklären und unter allen Niederlagen die Lichtstrahlen des Sieges erkennen.

XIV.

Die Monarchie.

Die Kirche hat für ihre ununterbrochene Fortdauer auf Erden eine göttliche Verheißung, deren Erfüllung in einer Geschichte von achtzehn Jahrhunderten schon theilweise vor uns liegt; die Monarchie hat keine solche göttliche Verheißung ihrer Fortdauer, noch weniger besitzt ein einzelnes Fürstengeschlecht dieselbe.

Ein Professor einer deutschen Universität[1]) hat uns den inneren Entwickelungsgang der neueren deutschen Geschichte in dem Gedanken zusammengefaßt, daß es die Aufgabe der deutschen Fürsten gewesen sei, durch ihren Abfall von der katholischen Kirche und durch ihr Bestreben nach absoluter Fürstengewalt, nach Sou=

---

1) G. G. Gervinus, Einleitung in die Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts. Leipzig 1853.

veränität, die Macht des Papstes und des deutschen Kaisers zu brechen; daß folglich der Fürsten-Absolutismus der letzten Jahrhunderte als Mittel zu diesem Zwecke, als Mittel, um Deutschland von diesem doppelten Uebel zu befreien, nothwendig und deßhalb berechtigt gewesen sei; daß aber nun die Demokratie, der dadurch nur der Weg gebahnt sei, die Aufgabe habe, es den Fürsten zu machen, wie sie selbst es dem Papste und dem Kaiser gemacht hätten, um an ihrer Stelle das Regiment in die Hand zu nehmen. Der Herr Professor versichert uns deßhalb, daß die demokratische Verfassung das nothwendige Product des ganzen inneren Entwickelungsganges der Völker der Gegenwart sei; sie sei die Verfassung der Zukunft, des Fortschrittes und der Vollendung. Die Herren Professoren, welche die Diener der Fürsten zu Lehrern des deutschen Volkes bestellt, haben dafür gesorgt, daß diese Ansicht nicht isolirt geblieben ist. Sie ist jetzt der Grundgedanke eines großen Theiles der s. g. gebildeten Welt. Wir kennen kein anderes Buch, in welchem der innerste Gedanke dieser unserer Zeitgenossen so ehrlich, so wahr und so erschöpfend ausgesprochen ist, wie hier. Wir können es daher als ein politisches Glaubensbekenntniß Vieler betrachten, und je mehr man diese Wünsche aus Klugheitsrücksichten namentlich den Fürsten, die mitwirken sollen, sie zu verwirklichen, zu verbergen sucht, desto werthvoller sind uns diese Geständnisse, desto wichtiger ist es, auf sie zurückzukommen, um das

wahre Verständniß vieler politischer Bewegungen unserer Zeit zu haben.

Wir können nicht verkennen, daß in dieser Ansicht eine Consequenz liegt; die Consequenz einer Lavine, die sich oben an der Spitze des Berges losgelöst und nun herabstürzt, um auf dem ganzen Wege bis auf den Thalgrund Alles zu zerstören. Wir können nicht verkennen, daß alle Fürsten, welche mitgewirkt haben, die Autorität in Kirche und Reich zu erschüttern, dadurch einen Strom entfesselt haben, der in seinem natürlichen Laufe auch ihren Thron erfassen und wegreißen wird. Wir können endlich nicht verkennen, daß die letzten Zeitereignisse die Erfüllung der Verheißungen unseres Professors um vieles wahrscheinlicher gemacht haben. Dieselben Grundsätze, die auch die Demokratie zur Erreichung ihrer Pläne bedarf, daß nämlich alle Mittel erlaubt sind, alles Unrecht Recht wird und jede geschichtliche positive Berechtigung weichen muß, wenn es sich um Verwirklichung eines politischen Systemes handelt, haben ja im letzten Kriege einen großen Sieg davon getragen und die Demokratie wird nicht verfehlen, zur rechten Zeit auch ihrerseits von ihnen Gebrauch zu machen.

Dennoch werden die Monarchien in der Art, wie jener Professor es vorhergesagt, nicht verschwinden, und noch weniger würden wir einer hohen politischen Prosperität der Völker bei einer andauernden und bleibenden demokratischen Ver-

fassung entgegengehen. Schon die weltgeschichtliche Thatsache steht dieser Annahme entgegen, daß alle demokratischen Staaten einer schnellen Auflösung und noch schneller einer inneren Corruption verfallen sind. Es gibt in der Geschichte keine evidentere Thatsache, als daß unter den verschiedenen möglichen Verfassungsformen die monarchische diejenige ist, welche weitaus am häufigsten sich vorfindet, die längste Dauer hat und verglichen, nicht mit einem willkürlichen Ideale, sondern mit der Wirklichkeit, mit den Schatten- und Lichtseiten aller anderen Verfassungsformen immer die meiste Garantie für das Glück der Völker bietet. Wenn wir daher die Geschichte befragen und in ihren Ergebnissen eine innere Berechtigung und Nothwendigkeit erkennen, so müssen wir annehmen, daß die gemäßigte Monarchie die relativ beste Verfassungsform sei. Dazu kömmt ferner, daß die Monarchie in dem Leben der deutschen Völker die tiefsten Wurzeln geschlagen hat, Wurzeln, die noch lebenskräftig im Herzen des christlichen deutschen Volkes sind, wenn sie auch in den Herzen und in den Köpfen jener Bevölkerungsclassen abgestorben sind, die nach den modernen Grundsätzen und zumal in höheren Staatsschulen erzogen wurden. Dazu kömmt endlich, daß wir in der deutschen Geschichte das Vorbild der besten monarchischen Verfassungsform, der mit Autonomie des Volkes verbundenen, beschränkten Monarchie im Gegensatz zur absoluten vor Augen haben. Wenn es daher selbst eintreten würde, was freilich nicht unmöglich ist, daß

in Folge von Revolutionen die deutschen Throne zusammenstürzten und eine demokratische Verfassung versucht würde, so wäre das keine Grundlage zu bleibenden Zuständen und nicht eine Zeit des Friedens und allgemeiner Prosperität, sondern eine Zeit endloser innerer Kämpfe, aus denen endlich doch wieder die Monarchie hervorgehen würde.

Mögen daher auch die Ereignisse eintreten, wie sie wollen, so werden die Fürsten und ihre Geschlechter fortfahren, auf die Geschicke unseres deutschen Vaterlandes einen großen Einfluß zu üben. Von der Tüchtigkeit der Fürsten wird daher zu einem beträchtlichen Theile das Wohl der Staaten abhängen. Wenn wir den Grund der großen Ereignisse der letzten vier Jahrhunderte suchen, so werden wir ihn nicht ganz finden, ohne den Einfluß zu berücksichtigen, den die Fürsten an denselben genommen haben. Wie die Kirchenspaltung ist auch die Zerstörung des deutschen Reiches vorwiegend ein Werk der Fürsten gewesen; die französische Revolution würde nie die Uebermacht in der Welt erlangt haben ohne den Antheil, den die Fürstenhöfe an der Verbreitung der Grundsätze genommen haben, die ihr zu Grunde lagen. Die Revolution befolgte wesentlich die nämlichen Grundsätze, welche fast alle Fürsten in Europa adoptirt hatten; sie wendete dieselben nur nicht im Interesse der Fürstenfamilien, sondern im eigenen Interesse an. Sie waren oft die ersten Vertreter dieses Zeitgeistes, des fortgeschrittensten Zeitgeistes, oder wenigstens die Werkzeuge desselben.

Es ist schwer, über jene Sterblichen, denen Gott diese Stellung, die für die Menschenatur fast zu schwer ist, eingeräumt hat, zu sprechen, ohne in Gefahr zu kommen, entweder zu schmeicheln, oder jene Ehrfurcht zu verletzen, die ihnen gebührt. Zur Zeit freilich, als noch alle Fürsten Kinder der einen katholischen Kirche waren, wurde ihnen im Namen Gottes die Wahrheit mit derselben Rücksichtslosigkeit gesagt, wie dem Volke. Das hat jetzt aufgehört; und obwohl kein Mensch auf Erden es mehr bedürfte, daß er auf seine Pflicht und seine Verantwortung hingewiesen würde, wie der Fürst, so entbehrt doch gerade keiner mehr dieses mächtigen Hilfmittels, um die schwersten Verirrungen zu vermeiden. Seitdem die Einheit des Glaubens verschwunden ist, haben auch die Fürsten die Festigkeit ihrer Grundsätze, die Klarheit über ihre Ziele vielfach verloren; jede Schwankung in den Grundsätzen aber, in den Zielen, in den Mitteln, in dem Urtheil über das, was dem Lande heilsam oder nachtheilig ist, wird dann um so verderblicher für das ganze Volk, je höher und einflußreicher ihre Stellung ist. Wie schwer ist es, klar zu sein über die Welt, über die täglich auftauchenden großen Fragen, über das, was den Völkern zum Heile und zum Verderben gereicht! wie schwer ist es, Menschen richtig zu kennen, die edelsten und besten auszuwählen, die verschmitzten, lügnerischen, selbstsüchtigen zu meiden! wie schwer ist es, mitten unter allen Verlockungen der Welt sich vor ihnen zu

bewahren! wie schwer das Alles in einer Zeit, wo der bodenloseste Subjektivismus herrscht, wo alle Wege der Geschichte verlassen sind, wo auch der Fürst in jedem Augenblicke über ganz neue Verhältnisse ein Urtheil fällen muß! Und dennoch, wir wiederholen es, welches Gewicht haben diese Entschlüsse, welchen Segen und welches Verderben können sie bringen!

Zwei Wahrheiten scheinen uns hiernach klar zu sein: daß erstens die Geschicke der Menschen und der Staaten wesentlich von den Fürsten, die sie regieren, abhängen werden; und daß zweitens Fürsten ohne Glauben und Gottesfurcht noch mehr, wie alle anderen Menschen, den rechten Weg verlieren und zum Verderben der Völker werden müssen. Der Glaube allein kann den Fürsten schützen gegen die Gefahren seiner Stellung; der Glaube allein ist im Stande, ihm die nothwendige Festigkeit der Grundsätze zu geben; der Glaube allein wird ihm jene wahrhaft fürstliche Gesinnung verleihen, für die Wahrheit und Gerechtigkeit, und nicht für niedere selbstsüchtige Interessen zu kämpfen und, wenn nöthig, im Kampfe zu sterben. Ohne den Glauben, ohne Gottesfurcht werden die Fürsten das Unheil ihrer Völker, der Spielball der Parteien. Glaubenslose Fürsten sind nach dem Worte Gottes eine Zuchtruthe, durch welche Gott die Völker straft.

Es wird vielleicht geeignet sein, hier einige jener wichtigen Stellen der heiligen Schrift anzuführen, in denen

Gott den Fürsten ihre Pflichten vorhält und das Glück guter und das Unheil schlechter Fürsten uns schildert. Möchten Fürsten und Völker sie beherzigen.

So spricht Gott durch einen König zu allen Königen: „Höret nun Könige und erfasset es: leihet Gehör, ihr, die ihr Gewalt übet über die Völker. Von dem Herrn ist euch die Gewalt gegeben, und die Macht, die ihr übt, geht vom Allerhöchsten aus. Er nimmt eure Werke ins Verhör und er durchforscht eure Rathschläge, weil ihr, obwohl Diener seiner Herrschaft, nicht richtig Recht gesprochen, das Gesetz der Gerechtigkeit nicht bewahrt habet und nach dem Willen Gottes nicht gewandelt seid: das schwerste Gericht wird die Vorgesetzten treffen. Der Geringe erlangt Barmherzigkeit, die Machthaber aber werden mächtige Strafe leiden; denn Gott scheuet sich vor keiner Größe, indem er den Kleinen und den Großen erschaffen hat und trägt in gleicher Weise Obsorge für Alle. An euch Herrscher ergehen diese meine Reden. Begehret nach meinem Worte, liebet es und es wird euch führen: lichthell und nimmer verwelkend ist die Weisheit (welche es verleiht) und leicht wird sie wahrgenommen von denen, welche sie lieben… Der Sinn für diese Führung ist Liebe, Liebe aber ist Beobachtung ihrer Gesetze, Beobachtung der Gesetze aber ist Vollendung der Unsterblichkeit, Unsterblichkeit endlich hat zur Folge: Gott nahe sein. So geleitet das Verlangen nach Weisheit zum ewigen Königthume. Wenn ihr euch somit erfreuet an Thronen und Sceptern, o Herrscher

des Volkes, so verehret die Weisheit, damit ihr in Ewigkeit Könige seid[1]."

Schlechte Könige dagegen bringen Unheil über die Völker und werden Strafgerichte in der Hand Gottes zur Züchtigung der Völker. Ein solches Strafgericht verkündet Isaias den Juden: „Siehe, der Herr der Herrscher nimmt weg von Jerusalem und von Judäa, was stark ist und kräftig, ... Helden und Krieger, Richter und Propheten, Rathgeber und Weise... Dafür bestelle ich Knaben als ihre Fürsten und Weichlinge sollen herrschen über sie. Und das Volk wird sich erheben Mann gegen Mann und jeder gegen seinen Nächsten; der Bube wird toben gegen den Greis und der Niedere gegen den Hohen[2]." Aehnlich sagt der Prediger: „Wehe dem Lande, dessen König ein Knabe ist und dessen Fürsten in Schwelgereien leben; Heil dem Lande, dessen König ein Edler ist und dessen Fürsten essen zur rechten Zeit, zur Stärkung und nicht zur Ueppigkeit[3])!"

So spricht das Wort Gottes über die Könige und zu allen Völkern der Erde; es belehrt uns, welchen Antheil die Fürsten im Guten wie im Bösen an der Weltgeschichte genommen haben, und auch in der Zukunft an derselben nehmen werden.

---

1) Buch der Weisheit VI.

2) Is. 3, 1 ff.

3) Prediger 10, 16.

XV.

Christ — Antichrist.

In diesem Gegensatze liegt die Entscheidung für die Zukunft.

Wir schließen unsere Betrachtungen mit zwei Bemerkungen.

Es steht am Himmel ein finsteres Gestirn, von dem es schwer zu sagen ist, ob es im Abnehmen oder Zunehmen begriffen ist; und ob es im ersteren Falle nur zeitweise abnimmt, um dann wieder sich mächtiger zu erheben und seinen verderblichen Einfluß auf die Welt zu üben. Dieses Gestirn ist die Vergötterung der Menschheit in der Form des Gott-Staates. Wer an Gottes Wort glaubt, wird, je mehr er an Erkenntniß und Erfahrung zunimmt, eine hohe Freude, ein Unterpfand der Wahrheit seines Glaubens darin finden, daß ihm der Sinn des Wortes Gottes immer

tiefer erscheint, daß ihm dasselbe immer mehr ein Licht wird, um in den Grund der Dinge, die sich seinem Geiste zur Betrachtung darbieten, einzudringen. Eines dieser göttlichen Worte, deren Erkenntniß uns den Gang der Weltgeschichte klar macht, ist jenes auf den ersten Blättern der heiligen Schrift, wo uns als Grund des Abfalles unserer Stammeltern von Gott das Wort des Versuchers: „Ihr werdet Gott gleich werden," angegeben wird. Darin lag auf der einen Seite die Größe der Bestimmung des Menschen und der ihm von Gott gegebenen Gaben; denn nur seiner überaus hohen Bestimmung wegen war das Bestreben möglich, Gott gleich zu werden und sich über Gott zu erheben. Darin lag aber auf der anderen Seite auch die ganze Gefahr des Menschengeschlechtes, nämlich die Ueberhebung über die ihm von Gott angewiesene erhabene Stellung als Kind und Geschöpf Gottes. Diese Versuchung ist nicht nur an die ersten Stammeltern herangetreten, sondern sie tritt an jedes ihrer Kinder heran. Zu jedem spricht der böse Geist: Du sollst Gott gleich sein; für jeden liegt die Entscheidung darin, ganz wie bei den ersten Stammeltern, ob er dieser Stimme folgt oder nicht.

Mit dieser Versuchung des einzelnen Menschen ist aber der Sinn dieser Worte noch nicht erschöpft. Die Kräfte, die Gott dem Menschen gegeben hat, die Aufgabe, die er ihm gestellt, die Entwickelungen auf allen Gebieten seines Lebens, zu denen er befähigt ist, sind nicht abgeschlossen in seinem indivi=

duellen persönlichen Leben. Der Mensch gehört überdies der Menschheit an. Wir stammen alle von einem Stammvater und bilden deßhalb eine unlösbare Gemeinschaft. Nur in dieser Gemeinschaft besitzen wir vollkommen die uns von Gott verliehenen Gaben; nur in dieser Gemeinschaft erreichen wir unsere volle Bestimmung. Das Gute und Böse des Menschen erreicht erst seine ganze Größe und Vollendung, wenn es in dieser Verbindung auftritt. Das Reich Gottes auf Erden, wie das Reich der Finsterniß verwirklichen sich als Reich, als Gemeinschaft. Die Empörung des Geschöpfes gegen seinen Schöpfer, des Menschenkindes gegen seinen unendlich liebreichen Vater, zu welcher der böse Geist den Menschen aufforderte, wenn er ihn antrieb, darnach zu streben, Gott gleich zu sein, erreicht daher nicht mit der Auflehnung des einzelnen Menschen gegen Gott ihr Ende, sie wird vielmehr auch mit der ganzen Macht noch auftreten, die der Mensch in der Genossenschaft, in der Verbindung findet. Auf den Versuch des einzelnen Menschen, sich über Gott zu erheben, folgt mit einer gewissen relativen Nothwendigkeit der Versuch, die Menschheit, das Menschthum, den Menschen in seiner Gesammtheit über Gott zu erheben; der Selbstvergötterung des einzelnen Menschen folgt die Selbstvergötterung des Menschthums. Nach so vielen Anzeichen der Zeit können wir wohl annehmen, daß wir in dieser Entwickelung begriffen sind; ja, daß dies der tiefste Grund vieler Erscheinungen der Gegenwart ist. Dieses Wort der

heiligen Schrift erklärt uns daher nicht nur die Geschichte der Menschen in den abgelaufenen Jahrtausenden, sondern auch in unseren Tagen in ganz überraschender Weise.

Für diesen Versuch aber, die Menschheit als solche zu vergöttern, ist keine andere Form zu finden, als die des Staates — und zahllose Richtungen der Zeit laufen, wie viele kleine Bäche, in diesem Einen Strom zusammen: der Gott-Staat, der Staat ohne Gott, der Staat als die Darstellung des reinen Menschthums und als die höchste Verwirklichung und Verherrlichung desselben. Das ist das Wesen des modernen Staates. Das ist auch, soviel wir es zu beurtheilen vermögen, die Richtung der geheimen Gesellschaften und des Freimaurerthums; zwar nicht in den Hoflogen, welche für das eigentliche Leben des Freimaurerthums durchaus nicht maßgebend sind und nur aus Klugheitsrücksichten von den übrigen Logen ertragen werden, wohl aber in allen, welche die Lebenskraft dieser Verbindungen vertreten.

Einige der fortgeschrittensten Logen haben deßhalb auch in neuerer Zeit die Bibel entfernt und an deren Stelle ein leeres Buch mit weißen Blättern gelegt mit der einzigen Aufschrift: „Gott!" Das ist gewiß mehr Wahrheit, um den Geist dieser Verbindungen zu bezeichnen, als die Bibel auf dem Tische; so weit mußte es kommen. Paulus predigte im Areopag, um den Heiden den unbekannten Gott, den sie verehrten, durch die Lehre Christi bekannt zu machen;

das war seitdem die Mission des Christenthums; Gott sollte den Menschen nicht mehr unbekannt sein, seitdem Gott selbst in Christus erschienen war. Jene Richtung ist die gerade entgegengesetzte und deßhalb wesentlich antichristliche. Was das Christenthum den Menschen von Gott bekannt gemacht hat, soll wieder unbekannt werden. Dieses Buch mit der Inschrift „Gott!“ aber mit weißen Blättern ohne Inhalt, in welches auch der Gottesleugner seine Lehre von der Gott-Menschheit beliebig eintragen kann, ist ein merkwürdiges und ganz zutreffendes Symbol des wahren, lebendigen Freimaurerthums unserer Tage. In demselben Maße aber als diese Geistesrichtung Gott wieder zu einem uns ganz Unbekannten macht, stellt sie sich zugleich dar als die Repräsentantin des rein Menschlichen, des wahrhaft Menschheitlichen, des wahren Menschenthums. Diese Verdunkelung des wahren Gottesbegriffes muß natürlich vorausgehen, ehe der Verführer den Menschen wieder mit neuer Kraft das alte Wort zurufen soll: Ihr sollt wie Gott sein. Die wahre Vergöttlichung des Menschen, wie das Christenthum sie will, schöpft ihre ganze Bedeutung, Wahrheit und Kraft aus der wahren Gottes-Erkenntniß; die Empörung gegen Gott aber, in der zugleich alles Verderben und alle Sünde ruht, schöpft nothwendig ihre Möglichkeit aus einer Verdunkelung der Gottes-Erkenntniß. Nur eine Menschheit, die jener Gottesidee beraubt ist, kann das Verbrechen begehen, sich selbst zu vergöttern.

Die Form aber für diese Abgötterei des Menschthums, für diese letzte und boshafteste Abgötterei, kann nicht mehr, wie im alten Heidenthume die göttliche Verehrung der Werke Gottes sein, der Sonne, des Mondes, der Sterne, sondern sie muß die göttliche Verehrung des Geistes und der Werke des Menschen sein. Das aber ist der Gott-Staat als Werk und Darstellung des Menschthums. Die letzte und höchste Empörung, zu der es folglich die Menschen treiben können gegen Gott, ehe alle, die daran Antheil nehmen, in den ewigen Abgrund stürzen, sucht sich deßhalb in diesem Gott-Staate zu verwirklichen. Dieses Antichristenthum in dieser Form ist das schwarze Gestirn, das am Himmel steht; es ist schon lange aufgegangen in der Idee des absoluten Staates; es scheint sogar in diesem Augenblicke etwas zu sinken; es kann aber durch Weltereignisse sich plötzlich wieder furchtbar erheben und eine große Macht auf einige Zeit gewinnen. Möge Gott unsere nächste Zukunft davor bewahren. Sollte dies aber eintreten, so wäre das ein Zeichen, daß jene Zeiten furchtbarer zerstörender Kämpfe nahen, von denen die heiligen Schriften reden.

Die zweite Bemerkung.

Alle Richtungen der Zeit, die bösen wie die guten, drängen uns auf einen Punkt hin, nämlich auf Christus; auf Eine Entscheidung, nämlich auf die, ob wir mit oder gegen Christus stehen wollen. Von dieser Wahl wird daher auch die Zukunft abhängen, ob sie uns Heil oder Unheil

bringen wird; in dieser Entscheidung liegt die Entscheidung aller Fragen.

Dahin drängt die Wissenschaft alle Geister. Die Alten nannten die Weisheit das Haupt aller Wissenschaften. Darin stimmen die großen christlichen Denker ihnen freudig bei. Der heil. Thomas von Aquin sagt von der Weisheit, daß sie uns befähige, die letzten Gründe der Dinge zu erkennen; daß sie deßhalb auch alle anderen Erkenntnisse richte und ordne, indem ein richtiges Urtheil und eine richtige Erkenntniß nur durch die Einsicht in den letzten Grund und das letzte Ziel der Dinge möglich sei. Er nennt deßhalb so bezeichnend die Weisheit eine architektonische Erkenntnißkraft, weil sie nämlich alle übrigen Wissenschaften zu einem einzigen großen zusammenhängenden Gebäude der Erkenntniß so vereinige, wie die Architektur die einzelnen Steine zu einem herrlichen Tempel. Die Weisheit ist darum auch vor Allem die Kraft der Seele, Gott als den Urgrund aller Dinge, und in allen Dingen ihre Beziehungen zu Gott, ihren Zusammenhang mit Gott aufzufassen. Darum rechnet auch das Christenthum zu den besonderen Gaben, welche wir in den Sakramenten vom heiligen Geiste empfangen, die Gabe der Weisheit, wodurch diese natürliche Erkenntnißkraft der Seele in übernatürlicher Weise so erhöht wird, daß der Menschengeist fähig ist, Gott in der Klarheit, wie ihn das Christenthum uns darstellt, in seinem Zusammenhange mit der ganzen natürlichen und übernatürlichen Weltordnung, als den einzigen und wahren

Grund, wie auch als das einzige und wahre Ziel aller Dinge zu erkennen. Die heilige Schrift selbst verkündet uns das Lob dieser Weisheit in dem herrlichen Buche der Weisheit.

Nun ist es aber offenbar, daß trotz der außerordentlichen Ausdehnung, welche die Wissenschaften gewonnen haben, gerade diese Fähigkeit der Seele, diese architektonische Seelenkraft, die aus allen Erkenntnissen einen großen geistigen Tempel der Erkenntniß aufbaut, in dem dann der wahre Gott, der vollkommenste Geist, seine wahre Verherrlichung findet, mehr und mehr und genau in dem Maße verloren geht, wie sich die Wissenschaft vom Christenthum abgewendet hat. Der Umfang der Erkenntnisse nimmt zu; alle Wissenschaften sind wie große Steinbrüche, aus denen das kostbarste Material zu einem geistigen Riesenbau zusammengetragen wird; aber es fehlt diese architektonische Weisheit, die es verstände, alle diese kostbaren Steine, diese wahren Edelsteine zu einem Bau zusammenzutragen, welcher der Ehre Gottes diente. Jener Gedanke Gottes, der die ganze Schöpfung durchdringt, zusammenhält und ordnet, dieses geistige Band, das sich von Gott aus durch alle Dinge zieht, fehlt im Geiste jener Menschen, die sich von Gott abgewendet haben. Nur durch Christus und seinen Glauben finden wir aber diese ächte Weisheit wieder. Wir haben sie verloren, seit wir uns von ihm getrennt haben; wir werden sie wiedererlangen, wenn wir

uns ihm wieder zuwenden. Von allen Seiten der Welt trägt der Menschengeist das Material zusammen zu diesem geistigen Bau, den er seiner Bestimmung nach zur Verherrlichung Gottes aufführen soll; und es liegen diese geistigen Steine noch wüst durcheinander, wie in einer babylonischen Verwirrung. O, wann wird Gott den Geist erwecken, der es versteht, diesen geistigen Bau zur Ehre Gottes so aufzuführen, wie es jene großen Geister im Mittelalter gethan haben nach dem Umfange der damaligen Kenntnisse. Nur der wird das aber vermögen, der gleich diesen heiligen Männern die Quellen der wahren Weisheit im Glauben Christi, im Glauben der Kirche gefunden hat. Die ganze moderne Wissenschaft ist ein Beweis dafür, daß sie zu dieser Entscheidung hingetrieben wird. Je länger sie es verschmäht, von jenem Lichte, das in die Welt gekommen ist, um die Wissenschaft des Lichtes zu verbreiten, sich erleuchten zu lassen, desto mehr wird sie jener Fluch treffen, der die Baumeister in Babylon traf; desto mehr wird die Verwirrung gerade so zunehmen, wie der Umfang der Erkenntnisse wächst. Die Anhäufung des geistigen Baumaterials wird die chaotische Verwirrung nur noch vermehren. Kein anderes Fundament kann für die Wissenschaft gelegt werden, als welches von Gott gelegt ist, Christus Jesus.

Das Völkerrecht führt uns zu diesem Punkte, zu dieser Entscheidung hin. Die Menschheit liest nicht nur in der Bibel das Wort, daß sie von einem Elternpaare abstamme,

sie fühlt es auch in ihrem tiefsten Innern. Alle Lügensysteme und alle Leidenschaften des menschlichen Herzens haben es noch nicht vermocht, dieses Bewußtsein in der Menschenbrust zu zerstören. Jede Menschenseele legt das Zeugniß ab für diese Zusammengehörigkeit, für diese heilige Verwandtschaft des Menschengeschlechtes. Deßhalb versteht auch der Mensch so leicht das Gebot, daß wir alle Menschen lieben sollen, wie uns selbst; daß wir in allen unsern Mitmenschen Brüder erkennen sollen; daß wir schuldig sind, ihnen zu thun, was wir wünschen, daß man uns thue. Deßhalb hat er in seiner Seele die sittlichen Grundgesetze aller menschheitlichen Verbände, die gewissermaßen lauter besondere Gestaltungen dieses ursprünglichen Familienbandes sind. Deßhalb hat er namentlich als sittliches Gesetz für dieses Zusammenleben mit seinem Mitbruder das Bewußtsein der Pflicht, der Gerechtigkeit und der wohlwollenden Liebe. Auf diesen Grundlagen beruht dann auch die wahre Idee des Völkerrechtes. Es ist gewissermaßen die Anerkennung, daß alle Völker von einem Elternpaare abstammen, und daß sie deßhalb auch in ihren Völkerbeziehungen einigermaßen das Bild einer großen Familie darstellen sollen. Es ruht auf dem, trotz aller furchtbare Kämpfe der Völker unter einander, trotz aller mächtigen Leidenschaften des Egoismus, die diesem Völker- und Bruderverbande entgegen sind, — dennoch unvertilgbaren Bewußtsein, daß die Beziehungen aller Völker einem höheren Gesetze unterworfen sind und daß die-

selben nach den Gesetzen der Gerechtigkeit und der wohlwollenden brüderlichen Liebe geregelt werden müssen. Wo dieses Bewußtsein zurücktritt, da herrscht auch im Völkerrechte rohe Selbstsucht mit allen ihren Folgen. Weil aber das Christenthum die wahre Gotteserkenntniß und durch dieselbe die wahre Grundlage aller sittlichen Kräfte der Menschheit in sich schließt, so bietet auch nur das Christenthum den wahren Fortschritt für das Völkerrecht.

Auch hier sind wir daher auf den entscheidenden Punkt hingedrängt. Seitdem das Völkerrecht sich von den Grundsätzen des Christenthums abgewendet hat, sind wir auf dem offenen Wege zu dem Völker-Faustrecht. Das letzte Jahr hat einen mächtigen Beitrag dazu geliefert. Nicht die sittlichen Grundlagen, nicht das Gefühl der Gerechtigkeit und des Wohlwollens, nicht das Gesetz: Was du nicht willst, das thue auch deinem Nächsten nicht, entscheiden dann über die Beziehungen der Völker untereinander, über Krieg und Frieden, über jene Fragen, von denen das Wohl und Wehe, das Gut und Blut der Völker abhängt, sondern der nackte Egoismus, die Selbstsucht, höchstens um ihre häßliche Natur zu verbergen, in den Schafspelz irgend eines doctrinären Systems eingehüllt. Wir haben auf diesem Weg furchtbare Fortschritte gemacht, und endlose Kriege — denn die Selbstsucht führt zu endlosen Verwirrungen, da sie nie gesättigt wird — stehen uns in Europa und in der Welt bevor, wenn wir auf diesem Wege fortschreiten. Auch hier ist deß-

halb die Welt in ihrer Entwickelung auf Christus hingewiesen und es kann nur die Frage sein, ob wir vor endlosem Unglück zu ihm zurückkehren werden, oder ob die äußerste Noth großer Völkerkämpfe, wie damals die Fürsten bei Leipzig, uns wieder zu ihm zurückführen wird. Kein anderes Fundament kann für das Völkerrecht gelegt werden, als welches gelegt ist, Christus Jesus.

Auch das innere Staatsleben führt uns zu diesem Punkte, zu dieser Entscheidung. Wir haben darauf im Verlauf unserer Schrift oft hingewiesen. Das Glück der Staaten hängt ab von der Güte der Gesetze; von der Gerechtigkeit, von der Pflichttreue, dem Wohlwollen, der Uneigennützigkeit, der Opferwilligkeit Aller, die, vom Fürsten bis zu seinem letzten Beamten, an der Staatsgewalt Antheil nehmen; von dem gegenseitigen Wohlwollen, von der gegenseitigen Gerechtigkeit, von der Achtung vor dem Gesetze, von der täglichen treuen Pflichterfüllung Aller, die dem Staat angehören. Der Staat, wo die besten Menschen wohnen, kann auch der freieste sein; wo dagegen die Menschen ihren sittlichen Werth verloren haben, da wird die Unfreiheit eine unselige Nothwendigkeit. Diese nothwendigen Bedingungen des wahren Glückes der Staaten können uns aber nicht bloße Formen bringen, sondern nur der Geist und das Leben. Wo finden wir aber den lebendigen Geist, der die Gesetze wahrhaft gut macht? Wo finden wir den lebendigen Geist, der die Fürsten vor dem Stolze, der Selbst-

sucht und allen jenen Lastern bewahrt, die das Glück der Staaten zerstören, und zu welchen ihre Stellung ihnen so viele Versuchungen bietet? Wo finden wir den lebendigen Geist, der die Richter gerecht, die Staatsdiener wohlwollend, uneigennützig, opferwillig, treu macht? Wo finden wir den Geist, der Denen, die das Volk vertreten sollen, jene Tugenden verleiht und vor jenen Verirrungen bewahrt, welche den wahren Freund des Volkes von dem Volksverführer und Volksbetrüger unterscheiden [1])? Wo finden wir den Geist,

---

1) Merkwürdig ist, welch hohe Anforderungen das Alterthum an den sittlichen Charakter des Volksredners stellte. Hierüber sagt der Geh. Rath Dr. Seitz in der eben erschienenen Schrift: Zum Processe Twesten S. 11. „Von Demjenigen, der im Auftrage des Volkes und zu demselben sprach, verlangte man mit aller Strenge, daß er sich dieser hohen Mission durchaus würdig erweise, daß er jeden Exceß der Rede sorgfältig vermeide, daß er nicht bloß formell, sondern auch sachlich jedes Wort, das er sprach, jeden Rath, den er ertheilte und jeden Vorschlag, den er machte, vorher wohl überlege. Wer an der Berathung von Gesetzen theilnahm, der mußte vor Allem zeigen, daß er selbst die Gesetze achte; und wer über die Angelegenheiten des Staates redete, sollte der großen Gefahren, die er durch unbedachte und leichtsinnige Vorschläge hervorrufen konnte, eingedenk bleiben. Deßhalb bestanden zu Athen zur Zeit der höchsten Blüthe der politischen Beredsamkeit äußerst strenge Gesetze gegen die Rhetoren in den Volksversammlungen. Ungeberdige Redner wurden mit schweren Geldbußen belegt, und wenn sie Staatsbeamten, namentlich die Archonten schmähten, mit dem Verluste ihrer Bürgerrechte bestraft. Wer in öffentlicher Rede das Volk zu mißlungenen Versuchen aufgereizt, oder mit unerfüllt gebliebenen Verheißungen für seine Vorschläge zu gewinnen gesucht hatte, fiel als Volksbetrüger der Todesstrafe anheim und vor jeder Volksversammlung sprach ein Herold den Fluch über die, welche den Staat durch ihre

der alle Bewohner des Landes mit wahrer Achtung vor der Ehre und dem Rechte der Mitbürger, mit wahrem gegenseitigen Wohlwollen, gegenseitiger Hilfeleistung, täglich treuer Pflichterfüllung erfüllt? Wo finden wir endlich den Geist und die höheren sittlichen Kräfte, welche alle diese Menschen, die von oben bis unten an dem wahren Wohle des Staatslebens mitwirken, von jenen Lastern befreien, die nach dem Zeugniß der Weltgeschichte das Unglück der Staaten herbeiführen, die ihnen alle jene sittlichen Tugenden mittheilen, welche das Glück der Staaten befördern?

Nur die vollendetste geistige Blindheit, die ja selbst wieder eine jener Wunden ist, welche dem Glücke der Staaten entgegenstehen, kann es verkennen, daß nicht bloße endlose Verfassungsverhandlungen und Verfassungskämpfe, nicht bloße doctrinäre Systeme, nicht endlose leere Phrasen, wie sie uns die Zeitungen und die Kammerverhandlungen ohne Unterlaß bieten, uns diese Güter der Staaten bringen können, sondern nur sittliche und geistige Kräfte. Deßhalb hängt aber das Glück

---

Reden betrügen würden." Aehnlich war es, wie der Verfasser weiter ausführt, bei den Römern. Welche Wahrheit und welche tiefe sittliche Anschauung liegt in dieser Forderung an einen Führer des Volkes, an einen Redner in öffentlicher Versammlung! In unserem modernen Staatsleben ist vielfach das gerade Gegentheil eingetreten und das, was die Griechen verfluchten, den Betrug am Volke durch öffentliche Reden und also gewiß auch durch die Presse, wird bei uns oft als die wahre Blüthe der Freiheit verkündet. Dahin sind wir bereits gekommen durch unsere Abkehr vom Christenthum und der wahren sittlichen Grundlage des Staatslebens.

der Staaten wesentlich und vor Allem von der Religion ab. Das ganze Staatsleben mit allen zum Wesen des Staates gehörenden Institutionen, mit allen zur Lenkung und Leitung der Angelegenheiten des Staates berufenen Menschen ist ein wesentlich sittliches, und weil die Grundlage aller Sittlichkeit absolut nur in Gott selbst ruht, ein religiöses. Das vollkommenste staatliche Leben ist darum wieder nur in und durch das Christenthum möglich, weil das Christenthum die höchste und wahre Gotterkenntniß und allein die ausreichenden Kräfte des sittlichen Lebens uns bietet. Diese sittlich-religiöse Natur des Staates verkennt der moderne Staat; sie verkennen alle modernen Staatstheorien. Sie Alle erfassen den Staat entweder nach seiner bloß formellen Seite oder noch niedriger von einem Partei-interesse aus. Im letzteren Falle erfassen sie den Staat gerade in dem Element, das der höheren sittlichen socialen Natur des Staates am feindseligsten ist, nämlich in einem selbstsüchtigen Interesse, mag es nun das Interesse einer herrschenden Familie oder das Interesse eines Standes oder das Interesse des Geldes oder das Interesse des Arbeiters rc. sein. Aus dieser Richtung entspringen alle jene inneren Katastrophen des Staatslebens, die wir vor Augen haben. Sie drängen uns alle gleichfalls zur Entscheidung, freiwillig oder unfreiwillig auf den liebevollen Weg, den uns die göttliche Vorsehung durch freie Erkenntniß der Wahrheit führen will, oder auf jenen Weg der Zerrüttung

und des Elendes, der zugleich in der Hand Gottes der Weg seiner Strafe und seiner Gerichte ist. Auch hier stehen wir durch den schnellen Lauf falscher Richtungen an dem Abgrunde, an dem Punkte der Entscheidung. Auch hier kann kein anderes Fundament für den Staat und das Staatsleben gelegt werden, als welches von Gott gelegt ist, Christus Jesus.

Endlich führt uns zu diesem Punkte, zu dieser Entscheidung die ernste sociale Frage, die Lage des Arbeiterstandes. Alle volkswirthschaftlichen Bestrebungen, die sich von der sittlich-religiösen Grundlage dieser Frage entfernt haben, reißen die Kluft zwischen Kapital und Arbeit, d. h. zwischen Reichen und Armen, immer weiter und führen die große Masse der Menschen, die dem besitzlosen Arbeiterstande angehören, einem Zustande der Entbehrung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse entgegen, der nicht nur an sich eine Unmenschlichkeit ist, sondern auch endlich zu jenen furchtbaren inneren socialen Kämpfen zwischen Armuth und Reichthum führen muß, wie sie uns in den Staaten der alten Welt zur Zeit ihrer Auflösung entgegentreten. Die Resultate dieser modernen Volkswirthschaft und der verderblichen Theorien, die sie ins Leben gerufen hat, können wir kurz in folgenden Sätzen zusammenfassen:

Anhäufung des Kapitals, der Geldmacht auf der einen Seite; in demselben Maße Zunahme des besitzlosen Arbeiterstandes auf der anderen Seite;

Beschränkung des Antheils, den diese besitzlosen Arbeiter an dem Gewinne haben, welchen das Zusammenwirken des Kapitals, der Industrie und der Arbeit abwirft, auf den Betrag der Lebensnothdurft, nach welcher allein der Arbeitslohn bemessen wird;

Die Höhe dieses Arbeitslohns lediglich bestimmt durch den täglichen Marktpreis der Arbeit, ganz in der Weise anderer Waaren nach Angebot und Nachfrage, nur mit dem Unterschied von anderen Waaren, daß man bei Ueberfüllung des Marktes diese liegen lassen kann, um bessere Zeiten abzuwarten, während der arme Arbeiter seine Waare, nämlich die Arbeit, täglich um jeden Preis losschlagen muß, mag der Markt noch so überfüllt an Arbeit, mag die Nachfrage noch so gering sein, wenn er nicht selbst mit seiner Familie verhungern will. Daher eine Neigung, den Lohn der Arbeit bei jeder Stockung im Handel und in den Geschäften sich durch niedere Forderungen immer mehr abzubieten. Daher dann weiter ein Herabsinken desselben unter die nothwendigsten Lebensbedürfnisse, wo dann sofort der Nothstand im eigentlichen Sinne des Wortes, das langsame Verhungern beginnt;

Mit dieser ewigen Schwankung des Arbeitslohnes nach dem täglichen Marktpreis ein entsprechendes tägliches Schwanken der ganzen materiellen Existenz der Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern — ein Schwanken, das sich täglich bei der Befriedigung aller Lebensbedürfnisse jedem einzelnen

Gliede dieser Familien fühlbar macht; bei günstigen Verhältnissen sie verleitet, gleichsam als Ersatz für ihre Entbehrungen mehr auszugeben, als diese eigentlich gestatten, wodurch dann in minder günstigen Zeiten die Entbehrungen nur um so schmerzlicher werden. Nach einem officiellen dem englischen Parlamente vorgelegten Berichte „über die Nahrungsmittel der ärmeren arbeitenden Kla ssen in England“ befinden sich ganze Klassen dieser Arbeiter in einer Lage, daß sie beinahe ein Viertheil weniger zu ihrer Ernährung besitzen, als der Minimalsatz betrug, welcher als Maßstab des nothwendigen Quantums der Ernährung festgestellt war. Derselbe Bericht führt mehrere Grafschaften auf und zwar nicht in Irland, sondern in Alt-England, von denen er behauptet, daß mehr als die Hälfte der Bevölkerung dort weniger zu essen habe, als die Erhaltung der Gesundheit und der Lebenskraft erfordere. Das ist schon jetzt die Consequenz der Lehren der modernen Volkswirthschaft in Ländern, wo sie länger in Uebung sind, und dieselben Consequenzen müssen überall eintreten, wo diese Lehren längere Zeit die Herrschaft erlangt haben.

Daraus entstehen dann nothwendig alle jene Zustände, die wir mit der Bezeichnung „Uebervölkerung“ zusammenfassen, entweder in der Art, daß bei zeitweiliger günstiger Lage der Arbeiter dieser Stand sich schneller vermehrt, als die nothwendigen Lebensmittel, oder was viel häufiger eintritt, daß, wenn auch die Lebensmittel wohl vorhanden

sind, doch die Arbeiter des heruntergedrückten Arbeiterlohnes wegen nicht mehr im Stande sind, diese vorhandenen nothwendigen Lebensmittel für sich und ihre Familien zu erwerben.

In diesen Sätzen haben wir die nothwendigen Resultate der Grundsätze der liberalen Volkswirthschaft in Bezug auf die Ernährung der großen Masse der Menschen, die dem besitzlosen Arbeiterstande angehören, zusammengestellt, und wenn wir bedenken, daß diesen Ständen vielleicht achtzig Procent aller Menschen angehören, so ist es unmöglich zu verkennen, wie ernst die socialen Zustände sind, denen wir entgegengehen.

So unselig aber die Folgen sind, welche diese volkswirthschaftlichen Theorien mehr und mehr hervorrufen, so gänzlich unfähig sind letztere, ausreichende Heilmittel aufzufinden, um diese schweren gesellschaftlichen Zustände und Uebel auszugleichen. Ueber keine Frage ist mehr geschrieben und gesprochen worden; und der kurze wahre Inhalt aller dieser Erörterungen ist, daß alle Zeitrichtungen, welche die sittlichen und religiösen Grundlagen aller menschheitlichen Verhältnisse verkennen, diesem wachsenden socialen Uebel gegenüber vollkommen hilf- und rathlos sind, ja daß sie zu Mitteln ihre Zuflucht nehmen, von denen man hätte glauben sollen, daß sie ihrer Grausamkeit und ihrer Unsittlichkeit wegen nur im Heidenthume hätten geltend gemacht werden dürfen. Bis zu welchem furchtbaren Extreme wir bereits auf diesem Gebiete gekommen sind, wollen wir an zwei Beispielen zeigen.

Die Mittel, die uns die Anhänger des berühmten Malthus'schen Systemes gegen die Uebervölkerung anrathen, finden sich in folgenden Sätzen: Die Bevölkerung strebt sich in einer geometrischen Reihe zu vermehren, die Lebensmittel können sich nur in einer arithmetischen Reihe vermehren; indem die Bevölkerung der Vermehrung der Lebensmittel voraneilt, entsteht nothwendig Mangel und Elend, wodurch ein Theil der Bevölkerung direkt oder indirekt wieder zu Grunde gehen muß. Ein in einem übervölkerten Lande geborenes Wesen hat kein natürliches Recht auf Subsistenzmittel; ein allgemeines Unterstützungssystem ist vom Uebel, weil es nur die Vermehrung der Bevölkerung und damit neues Elend fördert. Das einzige Mittel, die allgemeine Noth zu lindern, besteht in der Verhinderung zu starker Bevölkerungszunahme; diese hat die Regierung auf dem Wege der Gesetzgebung und des Polizeizwanges herbeizuführen; und im Uebrigen muß man die Armuth sich möglichst selbst überlassen.

So weit hat uns die Volkswirthschaft ohne Religion und ohne Christus gebracht, daß man solche entsetzliche Grundsätze bereits aussprechen kann. Bei Uebervölkerung „muß ein Theil der Menschen wieder zu Grunde gehen." Das ist naturnothwendig, — was hat man sich also darum weiter zu kümmern? „Ein Kind, in einem überfüllten Lande geboren, hat kein natürliches Recht auf Subsistenzmittel;" „der Staat darf durch Polizei und Gesetz die Bevölkerungs-

zunahme verhindern;" „die Armuth muß sich sebst überlassen werden." Das sind Grundsätze, um die Menschen zu wilden Thieren zu machen, und dennoch wie weit sind sie verbreitet! Schon die Sprache dieser modernen Volkswirthschaftler ist für das christliche Gefühl unerträglich; sie sprechen über den Arbeiter wie über jede Sache und Waare.

Ein anderer einflußreicher Vertreter der modernen Volkswirthschaft, Stuart Mill, stellt folgendes System auf: Jedes menschliche Wesen hat ein natürliches Recht auf Erhaltung durch seine Erzeuger bis zur erlangten Selbstständigkeit. Ein Wesen zu erzeugen, welches man nicht erhalten kann oder will, ist ein Verbrechen. Die Gesellschaft hat ihre nothleidenden Mitglieder zu unterstützen, kann aber dafür verlangen, daß diejenigen, welche aus öffentlichen Mitteln ernährt werden, sich der Heirath enthalten. Das einzige Mittel, die sociale Noth zu beseitigen, besteht in der allgemeinen Verbreitung vernünftiger und freiwilliger Selbstbeherrschung hinsichtlich der Zahl der zu erzeugenden Kinder. Die Regierung hat das Recht, diese Selbstbeherrschung auf dem Wege der Gesetzgebung zu fördern. Es kann nicht eher besser werden, bis die Kinder erzeugenden armen Familien mit denselben Gefühlen betrachtet werden wie Betrunkenheit oder eine andere physische Ausschweifung [1]).

---

1) Vgl. J. St. Mill's Ansichten über die sociale Frage von F. A. Lange, Duisburg 1866 und Histor.-polit. Blätter, Band 57.

Auch hier rufen wir aus: So weit hat uns die Volkswirthschaft ohne Religion und ohne Christus gebracht, daß man solche Verbrechen offen lehren darf! Den Sinn dieser Grundsätze hat im vorigen Jahre der Präsident v. Kirchmann sich nicht gescheut in einer Arbeiterversammlung in Berlin zu erläutern und sie als Heilmittel für den Arbeiterstand anzuempfehlen [1]. Wir können uns daher nicht wundern, daß man in England in Folge solcher Lehren bereits dahin gekommen ist, den Kindermord in einer Ausdehnung zu üben, die uns an China erinnert [2]. So

---

1) Am Schlusse seines Vortrages über den „Communismus in der Natur" ertheilte er den Arbeitern folgenden Rath: „Sie sollten dafür sorgen, daß keine Uebervölkerung stattfinde, dadurch würde sowohl das Kapital, wie die Nachfrage nach Arbeitern vermehrt. Der Arbeiter habe an zwei Kindern hinlänglich genug und, um mehr Kinder zu vermeiden, müsse er sich beherrschen, ohne den Trieb der Natur ganz zu unterdrücken. Siehe Social-Democrat vom 6. Februar 1866.

2) Kindermord — so schrieb man vor einem Jahre der „Neuen Freien Presse" aus London — ist eine stehende Rubrik in den Londoner Zeitungen. Ein Obmann der Todtenschau äußerte sich neulich dahin, es werden in London alljährlich 10,000 Kinder getödtet! Man ist übrigens von Seiten der Geschwornengerichte äußerst milde gegen Kindesmörderinnen... Als man vor etwa einem Jahre in einer Menge Londoner Kirchen auf den Glockenthürmen und in sonstigen Ecken eine Masse Kinderleichname fand, deren Dasein auf einen bedenklichen gesellschaftlichen Zustand schließen ließ, entstand zwar allerdings ziemliche Aufregung, da in der That aus jedem Schrank, aus jedem Loche ein Skelett zu grinsen schien; doch wurde die Sache bald vergessen. Jetzt ist das Publikum plötzlich wieder durch die im Westen

scheut man sich nicht mehr, in wissenschaftlichen Werken, wie von der Volksbühne herab, den Greuel der Unzucht zur Verhinderung des Kindersegens und den Kindermord in den Arbeiterfamilien als das Mittel zur Abhilfe der Noth des Arbeiterstandes anzupreisen! Unzucht und Kindermord waren die letzten Entwickelungsstufen des in Grund und

---

von England gemachte Entdeckung erschüttert worden, daß es dort gewisse alte Weiber gibt, die geradezu den Kindermord als Handwerk betreiben. Eine solche Hexe unternahm es, wie gerichtlich nachgewiesen ist, für 5 Pfd. St., gelegentlich auch für 2 Pfd. St., den armen unschuldigen Dingerchen den Hals umzudrehen. Das eine Mal, wo sie es sehr billig that, geschah es aus Freundschaft — für ihre Schwester.

In dem officiellen „Weihnachtsrapport" für 1865, welchen der Coroner der Grafschaft Middlesex, Dr. Lancaster, veröffentlichte, heißt es: „Der Kindermord in London hat so fürchterliche Proportionen angenommen, daß ich nicht im mindesten Anstand nehme zu behaupten, daß unter je dreißig Personen weiblichen Geschlechts, denen wir begegnen, eine Mörderin — mit andern Worten daß 12,000 Weiber in London sind, denen jenes Verbrechen zuzuschreiben ist. Meine Todtenschau erstreckt sich unaufhörlich auf todte Kinder, die in die Gärten geworfen, in Parks verlassen, auf Bahnhöfen versteckt worden. Auch Verheirathete sind oft desselben Verbrechens schuldig." — Besonders ist die Weihnachtszeit die Zeit des Jahres, wo hinter Gartenzäunen die meisten jener unheimlichen Packete von der Polizei aufgehoben werden, die in Lumpen oder die „Times" gewickelt — weggeworfene Kinder enthalten Aber nicht bloß in London hat dieses unnatürliche Verbrechen solche furchtbare Dimensionen angenommen. Es ist fürchterlich zu lesen, aber es ist Wahrheit. „Das Winseln der Säuglinge, so schreibt ein anderes Blatt, die nicht leben sollen, klingt überall im Lande durch das Getöse des Verkehrs." Im Jahre 1864 betrug diese entsetzliche „Auflese" 3050. Nach M. Pashley (Pauperism, pag. 138.) ist aller Grund vorhanden zu befürchten, daß in Folge der Ver-

Boden verdorbenen Heidenthums. Das Christenthum hat uns das erhabene Ideal der sittenreinen Familie, welche das Ehebett, wie der Apostel sagt, unbefleckt erhält — ein Wort, in dem allein eine Welt voll Segnungen für das Menschengeschlecht enthalten ist — gebracht. In der kurzen Zeit, wo wir uns vom Christenthum abgewendet haben, stehen wir also bereits wieder mitten in den Greueln des Heidenthums. Den christlichen Familien, wenn sie auch arm sind, sind die Kinder mit ihren gottähnlichen Seelen der reichste himmlische Segen, die Quellen der erhabensten Freuden des irdischen Lebens, und ein himmlischer Trost ist es dem christlichen Manne auf seinem Sterbebette, wenn gute Kinder den letzten Segen von ihm empfangen. In christlichen Familien ist die Ehe ein hohes, heiliges, sittliches Verhältniß, und eine erhabene Sittlichkeit schützt in ihnen, nur bewacht vom Auge Gottes, von dem ersten Augenblick des Daseins an das Leben des Kindes. So ist es noch überall, wo das Christenthum das Gewissen bildet. Von solchen Gütern weiß aber nichts die moderne Volkswirthschaft; sie fördert den greulichsten Egoismus des Kapitals,

---

sunkenheit und des Elendes der ärmsten Klassen, der Kindermord ein wahrhaft allgemeines Uebel geworden sei. Auch Dr. E. Smith spricht in dem erwähnten officiellen Bericht „über die Nahrungsmittel der ärmeren Arbeiterklassen" von der gemeinen Praxis des Kindermordes in den Hungerdistricten Hants, Cornwall, Somerset, Chester, Oxford, Berks, Herts, Rutland, Wilts und Norfolk. Weitere Belege findet man bei Ch. Périn, de la richesse tom. II. pag. 128.

sie fördert die Anhäufung der Geldmacht in wenigen Händen, sie treibt den Arbeiter mit seinen nackten Händen in Concurrenz mit dieser Geldmacht zur Verzweiflung und läßt ihm nichts übrig als Rathschläge der Unmenschlichkeit und der schändlichsten Unsittlichkeit: Kindermord der Wesen, „die kein Recht auf Existenz haben," oder Unzucht, „um ihre Existenz zu verhindern."

Wie aber die liberale Volkswirthschaft den Nothständen des Arbeiterstandes hilflos gegenübersteht, so auch die sogenannten social-demokratischen Bestrebungen, die nur dadurch sich von jenen unterscheiden, daß sie wenigstens die Zustände des Arbeiterstandes mit größerer Theilnahme und mit größerer Wahrheit offen legen. Im Uebrigen sind auch ihre Systeme doctrinäre Experimente, die unseren Arbeitern nicht helfen können. Wir können daher die Behauptung mit voller Wahrheit aussprechen, daß auf der einen Seite die socialen Schwierigkeiten, welche aus den Zuständen in den Arbeiterclassen hervorgehen, riesenhaft zunehmen und daß auf der anderen Seite alle Theorien der modernen Volkswirthschaftler diesen sich anthürmenden Schwierigkeiten gegenüber vollkommen hilflos sind. Wer das sittlich religiöse Band zwischen den Menschen zerrissen hat, der hat auch keine Mittel mehr, die tiefe Kluft zwischen Reichen und Armen anders als durch den Existenzkampf auszugleichen.

So tritt denn die Welt auf allen Gebieten, auf die

Gott das Menschenleben und die Menschenthätigkeit hingewiesen hat, der Entscheidung näher, und diese liegt in Christus, im christlichen Glauben und in der Anwendung des christlichen Sittengesetzes auf alle Gebiete des menschlichen Lebens. In der Wissenschaft, im Völkerrechte, im Staatsleben, im Volksleben stehen die Menschen vor Aufgaben, die Gott ihnen gesetzt hat. Wo sie dieselben durch Christus lösen werden, da ist Fortschritt, da ist Vollendung, da ist wahres Glück, da ist Gottes Ehre in der Menschheit verwirklicht, da erreichen die Menschen ihre höchste Bestimmung; wo sie dieselben ohne Christus erfüllen wollen, da ist Tod, Verderben, Untergang, Kampf Aller gegen Alle und der Fluch Gottes.

Es gibt kein anderes Fundament, als welches gelegt ist, Christus Jesus.

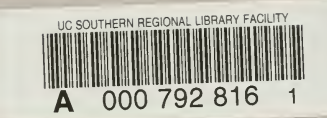
Christ oder Antichrist — da ist die Entscheidung.










UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
A 000 792 816 1

